Nr. 120. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 26. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zum Gedenktag der Einheit.

(26. Mai 1875 — 1900.)

An den Namen des Dr. J. B. v. Schweitzer knüpft sich die Geschichte der Spaltung der deutschen Socialdemokratie, die zum Kongreß in Eisenach vom 7. bis 9. August 1869 und der dort vollzogenen Konstituierung der socialdemokratischen Arbeiterpartei führte. Jahrelang wurde von da ab ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Fraktionen, den „Lassalleanern" und den „Eisenachern", geführt.

Der Name des Dr. J. B. v. Schweitzer ist es wieder an den die ersten, ernsten Versuche, die Versöhnung unter den entzweiten Brüdern herbeizuführen, anknüpfen.

Im Lauf des Sommers 1872 waren in den Kreisen der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Hamburg ernste Zwistigkeiten mit der Vereinsleitung in Berlin ausgebrochen. Unklar, wie die Führer der Hamburger waren, verlangten sie starres Festhalten an der Lassalleschen Organisation, wie sie sie verstanden, und bekämpften sie besonders die damals sich mächtig regende gewerkschaftliche Bewegung im Verein, zugleich aber wurde von ihrer Seite die Wiedervereinigung mit den „Eisenachern" gefordert.

In ihrer Ratlosigkeit wandten sich die oppositionellen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auch an ihren früheren Präsidenten Dr. v. Schweitzer und dieser sprach sich in seiner schriftlich gegebenen Antwort rückhaltlos für die Vereinigung der bisher feindlichen Fraktionen aus.

„Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie unthätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben.

Einheit um jeden Preis!"

So lautete der Mahnruf Schweitzers, der aus Berlin im November 1872 datiert war und dessen Begründung von dem Adressaten in Druck gegeben und in einer Auflage von zehntausend Exemplaren unter den deutschen Arbeitern verbreitet wurde. So groß das Mißtrauen damals gegen Dr. v. Schweitzer auch in den beiden Fraktionen war, seine Aufforderung zur Vereinigung übte doch eine gewaltige Wirkung aus. Besonders war dies im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein der Fall, zumal ja auch die Mehrheit der großen Hamburger Mitgliedschaft in offener Opposition gegen das Präsidium stand, und in einer Reihe andrer Mitgliedschaften, besonders aber im Maingau und Bremen, die Opposition starken Anhang fand.

Um dieselbe zu ersticken, berief deshalb der Präsident Hasenclever zum 5. Januar 1873 den Gesamtvorstand des Vereins, der aus 22 Personen bestand und dessen Mitglieder über ganz Deutschland zerstreut wohnten, zu einer Sitzung nach Hamburg. Die Verhandlungen dauerten zwei Tage. Im Vorstand hatte das Präsidium eine sichere Majorität, aber die Mitgliedschaft Hamburg beherrschte deren Bevollmächtigter August Bräuer, so daß die Beschlüsse des Vorstands nicht in geschlossener Mitgliedschaft, sondern in einer zu diesem Behufe berufenen Volksversammlung verkündet werden konnten. Der Vorstand hatte in entschiedenster Weise Stellung gegen die Vereinigung genommen; das gleiche geschah auf der Generalversammlung des Vereins, die vom 18. bis 24. Mai in Berlin tagte. Von den Herren E. B. Richter-Hannover (später Wandsbeck), Kamigau-Cöthen, Tölcke-Iserlohn, Finn-Berlin, Arnold-Finsterwalde, Schmidt und Daßbach-Hanau wurde folgender Antrag eingebracht:

In Erwägung:

1. daß die sogen. „Socialdemokratische Arbeiterpartei" ursprünglich auf dem Verbandstag der Schulze-Delitzschen Arbeiter-Bildungsvereine zu Nürnberg im Jahre 1868 bez. auf dem Kongreß zu Eisenach im Jahre 1869 lediglich in der Absicht gegründet worden ist, die Arbeiterbewegung in Deutschland zu schädigen dadurch, daß neben dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eine zweite, angeblich socialdemokratische Fraktion geschaffen wurde, welche nur deshalb ein anscheinend mehr politisch-revolutionäres Programm aufstellte, um durch dasselbe die Arbeiter anzuziehen und so die Spaltung der deutschen Arbeiter herbeizuführen;

in Erwägung:

2. daß das jetzige Zusammenwirken des Herrn v. Schweitzer mit den Führern der sogenannten „Socialdemokratischen Arbeiterpartei" zum gemeinsamen Unterwühlen und zur Beseitigung der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins den schlagendsten Beweis liefert, daß die Vernichtung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins der Hauptzweck der Führer der Socialdemokratischen Arbeiterpartei ist, die sich nicht scheuen, sich zur Erreichung dieses Zwecks mit unstreitig reaktionären Elementen zu verbinden;

in Erwägung:

3. daß das Programm, die Organisation und die Taktik der Socialdemokratischen Arbeiterpartei durchaus unvereinbar sind mit dem Programm und der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins,

tritt die Generalversammlung dem Beschlusse des Vorstands des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vom 5. Januar ds. Js. bei, welcher also lautet:

In Erwägung, daß für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in principieller und formeller Beziehung durchaus keine Veranlassung vorliegt, an der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zum Zweck einer Vereinigung mit der Eisenacher Partei eine Aenderung vorzunehmen, —

in fernerer Erwägung,

daß es den Mitgliedern jener Partei freisteht, in Gemäßheit des Statuts des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in diesen einzutreten, welcher durch seine starke Organisation sowie durch seine viel bedeutendere Mitgliederzahl die beste Grundlage zur Einigkeit der Arbeiter bietet,

geht der Vorstand über die sogenannten Einigungs-Vorschläge der Eisenacher-Partei zur Tagesordnung über.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der drei Deputierten aus Offenbach a. M. und Bieber, Häuser, Stürtz und Ehmann, angenommen. Die Hamburger Opposition, deren Führer A. Bräuer mittlerweile aus dem Vereine ausgeschlossen war, war auf der Generalversammlung nicht vertreten. Ein von den Bremer Vereinsmitgliedern gemachter schüchterner Annäherungsversuch für die nahe bevorstehenden Reichstagswahlen wurde mit allen gegen die eine Bremer Stimme zurückgewiesen.

Die Antwort auf diese schroffe Haltung lag für die Eisenacher nahe. Hatten sie auf ihrem vorjährigen Kongreß in Mainz ihren Ausschuß beauftragt, Annäherungsversuche an den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einzuleiten, so nahmen sie jetzt auf dem Kongreß in Eisenach, der vom 23. bis 27. August tagte, einstimmig einen Antrag der Ronsdorfer Genossen an, der folgenden Wortlaut hatte:

„Da von seiten unsrer Partei bereits Schritte zur Einigung der gesamten deutschen Socialdemokratie gemacht worden, von der diesjährigen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Einigung aber fast einstimmig zurückgewiesen ist, erklärt der Kongreß, jedweden Versuch mit obiger Fraktion, sei er auf die Einigung der Partei oder auf die Wahlen gerichtet, einzustellen."

Es stand also fest, daß die beiden Fraktionen getrennt in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen würden und dieser selbst hat auch nirgends ein gemeinsames Vorgehen gezeigt. Wo die Lassalleaner Anhang hatten, stellten sie eigne Kandidaten auf, unbekümmert um die Eisenacher und diese zahlten mit gleicher Münze. Ja, als es im sechsten Berliner Wahlkreise zur Stichwahl zwischen Schultze-Delitzsch und Hasenclever kam, weigerte sich ein Teil der Eisenacher entschieden, unter Metzners Führung, für Hasenclever einzutreten, während Eduard Bernstein den entgegengesetzten Standpunkt vertrat.

Der Ausgang der Wahlen hat übrigens für beide Fraktionen sehr ernüchternd gewirkt. Hatte bisher der „Neue Socialdemokrat" seine Leser stets in dem Glauben zu erhalten gewußt, daß die Eisenacher nur aus wenigen mißgeleiteten Arbeitern und partikularistischen Volksparteilern und Kleinbürgern sich rekrutierten, und wurde man in Leipzig allen Ernstes gefragt, ob es denn in Berlin und Hamburg noch immer „Schweitzerlinge" gebe? stellten nunmehr die Wahlen zur allgemeinen Ueberraschung fest, daß beide Fraktionen fast gleich stark an Anhängerschaft waren.

Von den bei der Hauptwahl abgegebenen 351 670 socialdemokratischen Stimmen lauteten 180 319 auf Lassalleanische und 171 351 auf die Kandidaten der Eisenacher. Während aber die ersteren nur mit Hasenclever und Reimer im achten und neunten schleswig-holsteinischen Kreise gesiegt und mit Hasselmann in Barmen-Elberfeld in aussichtsreicher Stichwahl standen, hatten die Eisenacher in Sachsen im ersten Ansturm sechs Mandate gewonnen und später in der Stichwahl noch Leipzig-Land mit Johann Jacoby dazu erobert. In Elberfeld wurde Hasselmann gewählt, während Jacoby das Mandat ablehnte, bei der Nachwahl aber die Eisenacher unterlagen.

Die Socialdemokraten zogen also mit neun Mann in den neugewählten Reichstag ein.

Dort zeigte sich das unerträgliche der Spaltung in zwei Parteien sofort. Präsident Forckenbeck, gegen die Minoritäten wohl der gehässigste und parteiischste Präsident, den der Reichstag je gehabt, lehnte es ab, die Vertreter der Arbeiter als in zwei Parteien getrennt, anzuerkennen. Für ihn gab es nur socialdemokratische Vertreter, und da von diesen sich natürlich bei wichtigen Anlässen stets die Vertreter beider Richtungen zum Wort meldeten, so gab Forckenbeck, „um es mit keiner Seite zu verderben", keinem der Gemeldeten das Wort.

Die socialdemokratischen Abgeordneten wurden also von den Gegnern förmlich dazu gedrängt, sich zu verständigen. Auch bei den Parteigenossen im Lande war das Bedürfnis nach Einigung durch die Wahlen mächtig angeregt.

Das große Hindernis, das der Vereinigung — abgesehen von dem persönlichen Widerstreben einzelner — noch im Wege stand, war der Glaube der alten Lassalleaner an ihre Organisation, den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Lassalle hat in glühenden Worten den Arbeitern den Wert der Organisation für ihre Emancipationsbestrebungen gelehrt und bei den treuesten Lassalleanern stand der Glaube fest, daß diese Organisation nur der Allgemeine deutsche Arbeiterverein sein könne. Jeder Vereinigungsvorschlag, der auf Zustimmung bei den Kerntruppen der Lassalleaner rechnen konnte, mußte also zur Voraussetzung den Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein haben. Daß aber an eine Vereinigung auf dieser Basis nicht zu denken war, lag auf der Hand. Trotz des auf beiden Seiten vorhandenen Friedensbedürfnisses war daher die Aussicht auf Befriedigung desselben eine sehr geringe.

Da sandte das Schicksal in Herrn v. Tessendorff einen Retter in der Not. Dieser extra von Magdeburg nach Berlin verpflanzte Socialistentöter zerstörte durch die gerichtliche Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der mit ihm verwandten Organisationen den bis dahin unerschütterlichen Organisationsglauben selbst der orthodoxesten Lassalleaner so gründlich, daß nun das stärkste Hindernis gegen die Vereinigung endgültig beseitigt war.

Im Herbst 1874 war die Stimmung in beiden Lagern versöhnlich. In den beiden Hauptorganen „Neuer Socialdemokrat" und „Volksstaat" herrschte Waffenstillstand. Allgemein erwartete man in der Partei den ersten offiziellen Schritt zur Anbahnung der Vereinigung von der neun Köpfe starken socialdemokratischen Vertretung im Reichstag.

Es kam anders!

Der Ausschuß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei hielt seine Sitzungen regelmäßig Dienstags und Freitags abends in der Privatwohnung des Genossen A. Geib, Rödingsmarkt 12, ab. Wieder einmal an einem Herbstabend 1874 hatten sich die fünf Ausschußmitglieder eingefunden, um ihres Amts zu walten, als Geib sie mit der Mitteilung überraschte, daß er etwas ganz Superbes — wörtlich: reinen Marzipan — vorzulegen habe. Natürlich war die Neugierde der Ausschußmitglieder auf das höchste gespannt, und sie machte allgemeinem Erstaunen Platz, als Geib ein längeres Schreiben von der Hand C. W. Tölcke's auf den Tisch niederlegte.

In diesem Schreiben des erbittertsten Gegners der Eisenacher sprach Tölcke seine Ueberzeugung aus, daß der alte Streit zwischen den bisher feindlichen Brüdern begraben werde und eine Vereinigung herbeigeführt werden müsse. Tölcke teilte weiter mit, daß sein Freund Hasenclever von seinem Schritt unterrichtet und damit einverstanden sei. Weiter machte Tölcke den Vorschlag, für den Fall, daß der Ausschuß zu einer Konferenz bereit sei, mit dem Genossen Rudolph aus Hannover nach Hamburg zu kommen, um dort unter Beiziehung der Hamburger Bevollmächtigten mit dem Eisenacher Ausschuß zu konferieren.

Der Vorschlag Tölckes wurde vom Ausschuß einstimmig acceptiert. Geib wurde mit der notwendigen Korrespondenz beauftragt.

Wenige Tage später fand in denselben Räumen die abgemachte Konferenz statt. Tölcke brachte, wie angekündigt, das Vorstandsmitglied Rudolph aus Hannover, den Hamburger Bevollmächtigten Vater und den leider auch schon verstorbenen August Hörig mit. Von den Eisenachern war außer den fünf Vorstandsmitgliedern Geib, Bennecke, Auer, Fischer und Martienzen, noch Theodor York anwesend. Die Verhandlungen ergaben das vollständige Einverständnis über die Notwendigkeit der Einigung. Nur einer schwieg während der gepflogenen Verhandlungen und den ganzen Abend. Dieser eine war Theodor York; als wir uns nach der Konferenz auf der Straße zum Abschied die Hand schüttelten, raunte er mir ins Ohr: „Ich glaube nicht, daß es Tölcke ernst meint".

Der brave York, er konnte die leidenschaftlichen Kämpfe, die er seit 1868 mit den Lassalleanern durchgefochten, nicht vergessen. Selbst Lassalleaner durch und durch, ist ihm der Bruderzwist doppelt nahe gegangen.

Anders August Geib. Obwohl er an seiner hohen Stirn eine breite Narbe trug, die aus einer Verwundung herrührte, die ihm gelegentlich einer von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gestürmten Versammlung beigebracht wurde, glaubte er von der ersten Stunde an an den Ernst der Vereinigungsbestrebungen und was an ihm lag, geschah, um dieselben zu fördern.

Der arme York erlebte die Vereinigung nicht mehr. In der Neujahrsnacht 1875 verschied er im Freimaurer-Krankenhause zu Hamburg. Bei seinem Leichenbegängnis beteiligten sich aber Lassalleaner und Eisenacher in geschlossenen Massen und über seinem Grabe begrüßten sich die Fahnen der bisher feindlichen Brüder zum erstenmal. In das Komitee zur Fürsorge für die Hinterbliebenen Yorks traten Lassalleaner und Eisenacher zu gleichen Teilen. Die Fürsorge für die Angehörigen eines im Kampfe gefallenen braven Genossen war die erste offizielle That der zwar noch nicht offiziell aber thatsächlich wieder geeinten Socialdemokratie Hamburgs und seiner Umgebung.

Die Vorbereitungen für den Vereinigungskongreß, dessen Notwendigkeit allseitig anerkannt wurde, wurden in die Wege geleitet. In einer Sitzung der Reichstags-Abgeordneten am 15. Dezember 1874 wurden Liebknecht und Hasselmann beauftragt, Programmentwürfe auszuarbeiten, während Organisationsentwürfe von den beiden Parteileitungen vorgelegt werden sollten. Man verständigte sich, daß nach Fertigstellung der Entwürfe eine Konferenz in einer Stadt Mitteldeutschlands stattfinden sollte.

Die Parteipresse gab den Genossen von diesen Vorgängen Kenntnis, in Berlin und Hamburg fanden die ersten Massenversammlungen statt, in denen Abgeordnete der beiden Fraktionen über die Notwendigkeit der Vereinigung sprachen. Jubelnd stimmten die Massen zu. Die Verschmelzung der beiden Fraktionen stand von dieser Zeit an auf der Tagesordnung der deutschen Socialdemokratie.

Während so äußerlich alles im schönsten Fluß war und besonders die Masse der Genossen den Gedanken der Vereinigung mit wahrer Begeisterung aufnahm, gab es hinter den Coulissen doch mancherlei Friktionen. Bald stellte sich nämlich heraus, daß durch die Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ein dicker Riß ging. Tölcke war vom tiefsten Mißtrauen gegen Hasselmann erfüllt und dieser, dies wissend, brachte deshalb der Tölckeschen Vermittelungsthätigkeit ein voll gerütteltes Maß von Abneigung entgegen. Es bedurfte großer Vorsicht auf seiten der Eisenacher und des gewaltigen Drängens der Massen in beiden Lagern, um zu verhindern, daß nicht ein Bruchteil der Lassalleaner von der Vereinigung ausgeschieden blieb. Daß Hasselmann sich später weigerte, in die Redaktion des neuen Centralorgans „Vorwärts" einzutreten, war auf den alten Gegensatz Tölcke-Hasenclever contra Hasselmann zurückzuführen. Hasselmann war stets nur mit halbem Herzen bei der Vereinigung, seine späteren Seitensprünge erklären sich daraus.

War Hasselmann nur ein halber Freund der Vereinigung, so waren — und das fiel schwerer ins Gewicht — Marx und Engels ausgesprochene Gegner derselben. Daß Marx den Programmentwurf bitterbös zerzauste, ist bekannt, er und Engels schrieben aber auch an den Hamburger Ausschuß, daß das, was die preußische Regierung seit einem Jahrzehnt mit aller Finesse und unterstützt durch das Geschick eines Herrn v. Schweitzer vergebens angestrebt habe, nämlich die deutsche Socialdemokratie in den Dienst des Berliner Molkenmarkts zu bringen, daß dies jetzt dem Pygmäen Hasenclever spielend zu gelingen scheine.

Diese Einwürfe, für so unberechtigt sie auch erkannt wurden, schlugen wie ein Donner in die Reihen der Eisenacher Parteileitung ein. In dem Briefe erklärten Marx und Engels weiter, daß wenn die Vereinigung auf der geplanten Grundlage stattfinden sollte, sie sich um ihrer Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung willen von der neu zu gründenden Partei los sagen müßten. Das war eine harte Nuß. An ein Zurückgehen dachte niemand bei den Eisenachern. Die Angst vor Hasenclever und seinen Intriguen war hinfällig und absolut unberechtigt, darüber war nur eine Meinung. Wie waren aber die Londoner Führer von ihrem Vorurteil abzubringen und die Partei vor einem Eclat zu bewahren?

Genosse Liebknecht fand das erlösende Wort. Er erklärte: in allen prinzipiellen Fragen erkennen wir die überlegene Einsicht der Genossen Marx und Engels gern und ohne Vorbehalt an. In allen taktischen und organisatorischen Fragen aber müssen wir uns in Deutschland die Schlußentscheidung vorbehalten. Hier kann nur eingehendste Personen- und Sachkenntnis — die den im Auslande lebenden Genossen naturgemäß fehlt — für die Entscheidung maßgebend sein.

In diesem Sinne wurde namens der gesamten Parteileitung nach London berichtet und Marx und Engels gaben ihren Widerspruch auf. Später haben beide gern und offen anerkannt, daß sie sich in ihrem ursprünglichen Urteile über Personen und Erfolg der Vereinigung geirrt hatten.

Sollen aber einmal die Schwierigkeiten aufgezählt werden, die es galt bei der Vereinigung zu überwinden und alle bedeutenden Gegner derselben zu nennen, so muß auch gesagt werden, daß eine Zeitlang kein geringerer als Genosse Bebel dazu gehörte.

In der Zeit vom Jahre 1872 bis 1875 hatte Genosse Bebel zwei Jahre Festung und neun Monate Gefängnis mit kurzer Unterbrechung abzumachen. Als er seine neun Monate Gefängnis in Zwickau antrat, lag die Vereinigung noch im weiten Felde. Alle Verhandlungen und Abmachungen mußten getroffen werden, ohne ihn unterrichten zu können. Die Parteipresse war ihm nicht zugänglich. An dem Programm-Entwurf hatte Genosse Bebel auch mancherlei auszusetzen und persönlicher Verkehr und Aussprache war natürlich ausgeschlossen. So braucht es denn nicht wundernehmen, daß eines schönen Tags in Zwickau ein Kassiber geschoben wurde, der nichts weniger enthielt als einen vollständigen Programm-Entwurf und die Erklärung des Genossen Bebel, daß wenn man dem Lassalleanismus, um der Vereinigung willen, zu weitgehende principielle Konzessionen mache, er, Bebel die Vereinigung nicht mitmachen werde. Dieser Widerspruch wurde nun weniger ernst genommen als der von Marx und Engels. Man wußte, daß Bebels Strafzeit vor dem Vereinigungskongreß ablänft und war sicher, sich mit ihm leicht zu verständigen, sobald der persönliche Verkehr wieder möglich war. Die Thatsachen haben diese Annahme bestätigt. In Gotha wirkte Bebel mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften für die Vereinigung.

Der Einigungskongreß selbst verlief ohne jede Störung. Unter den 127 Delegierten, mit denen er beschickt war, herrschte nur ein Streben, die Vereinigung zur Wahrheit und That zu machen. Im Geist war dieselbe in der deutschen Arbeiterschaft schon vollzogen; es handelte sich nur noch darum, die Form zu sanktionieren. Dies geschah in den Tagen vom 22. bis 27. Mai 1875.

Es war ein gutes Werk, das die Vertreter der deutschen Socialdemokratie in jenen Tagen vollbrachten. J. A.

* * *

Die Redaktion der „Petite République" in Paris sendet der deutschen Socialdemokratie telegraphischen Glückwunsch:

„Wir senden zum 25. Gedenktag der Einigung der deutschen Socialdemokratie unsren deutschen Freunden brüderlichen Glückwunsch. Wir hoffen, daß alle socialistischen Richtungen bei uns in Frankreich gleichfalls die volle Einigkeit der Arbeiterklasse verwirklichen werden!

Es lebe die internationale Socialdemokratie!"

Wir danken im Namen der deutschen Socialdemokratie den französischen Parteigenossen, daß sie sich mit uns in der Feier eines der bedeutsamsten Tage der deutschen Arbeiterbewegung vereinen. Mögen auch die ernsten und unermüdlichen Bemühungen unsrer französischen Kampfesfreunde um die Zusammenfassung aller proletarisch-sozialistischen Kräfte Frankreichs bald von vollständigem Erfolg gekrönt werden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Mai.

Reichstag.

Ehe der Reichstag am Freitag in seine Tagesordnung eintrat, sprach der Präsident Graf Ballestrem dem — übrigens durch die Gratulationscour am Erscheinen verhinderten — Dr. Langerhans, dem greisen bürgerlichen Demokraten, unter allseitigem Beifall die Glückwünsche des Hauses zu seinem 80. Geburtstag aus. Der Platz des Jubilars war auf Anordnung des Präsidenten mit einem Blumenstrauß geschmückt.

Ohne erhebliche Debatte wurde der Nachtragsetat für die Legung des fünften Kabels nach England in dritter Lesung bewilligt.

Sodann trat das Haus in die dritte Lesung der Novelle zur Unfallversicherung ein.

In der Generaldebatte legten noch einmal die Redner der einzelnen Parteien ihren Standpunkt dar. Im Namen unsrer Fraktion erkannte Molkenbuhr an, daß das Gesetz einige Verbesserungen des bestehenden Zustands bringt. Diesen Verbesserungen stehen aber mancherlei Verschlechterungen gegenüber, die teils die Interessenpolitik der Berufsgenossenschaften, teils die Schlaffheit der bürgerlichen Parteien in die Novelle hineingebracht haben. Mit treffendem Ausdruck nannte unser Fraktionsredner den Centralverband deutscher Industrieller die Reichs-Oberregierung, deren Willen die Reichstags-Mehrheit, wo irgend es angeht, zu erfüllen ängstlich beflissen ist. Im Namen der Liberalen entschiedenerer Färbung pries Rösicke-Dessau, im Namen des Centrums pries Dr. Hitze das Gesetz, wenn auch beide Redner anerkannten, daß noch mancherlei zu wünschen übrig bleibe. Herr Dr. Hitze gab wieder die famose Parole aus, den Socialdemokraten nicht zu antworten, dagegen ihre Anträge unbesehens niederzustimmen, wofür er von Molkenbuhr die gebührende Abfuhr bezog. Dr. Oertel, der beliebte Sachse in der weißen Weste, philosophierte sich etwas über Mittelstandspolitik und notleidende Landwirtschaft zusammen und verriet, daß ein Teil seiner Freunde aus agrarischen Motiven am liebsten gegen das Gesetz stimmen möchte, aber aus einem Rest von Schamgefühl davon Abstand nehmen will. Die industriellen Unternehmer-Schmerzen brachte in wehmütiger Klage der Nationalliberale Dr. Lehr zum Ausdruck, doch auch er schloß mit der Erklärung, daß seine Freunde in den sauren Apfel beißen und für das Gesetz stimmen wollen.

Vor leeren Bänken — nur die socialdemokratische Fraktion war fast in voller Stärke zur Stelle — wurde die Specialdiskussion vorgenommen. Sie ergab zwar das Resultat, daß unsre Verbesserungsanträge von der Kompromißmehrheit zum größten Teil unter den Tisch geworfen wurden, daß aber andrerseits einige, auf unsre Anregung zurückgehende Verbesserungen gegenüber den Beschlüssen zweiter Lesung erzielt wurden. So ward in letzter Stunde das Oberaufsichtsrecht der Berufsgenossenschaften über die Arbeiterehen vereitelt und den im Auslande weilenden Inländern der Weiterbezug der Rente garantiert. Auch eine Verbesserung bezüglich des Heilverfahrens wurde erzielt.

Die dritte Lesung des Gewerbe-Unfall-Versicherungs-Gesetzes wurde beendet. Gelingt es, morgen die übrigen 4 Versicherungs-Gesetze zu erledigen, so ist nach der Versicherung, die der Präsident dem Abg. Rickert gab, Aussicht vorhanden, daß schon am Sonnabend die Pfingstferien beginnen werden.

Die Wiedereröffnung der Kammer.

Paris, 23. Mai.

Wenige Schritte vom Palais Bourbon dehnt sich die Weltausstellung in ihrer ganzen Pracht aus. Ehe die Deputierten den Schauplatz der parlamentarischen Kämpfe und Intriguen betreten, müssen sie den handgreiflichen Eindruck des von Frankreich der ganzen Welt gegebenen Friedensfestes über sich ergehen lassen. Das bändigt die rabiateste Portefeuille-Sucht der ministerfähigen Politikaster, entmutigt die tapfersten oppositionellen Stürmer und Dränger.

So schwebte denn auch der Gedanke an die Weltausstellung über der Eröffnungssitzung der Kammer. Anstatt der angekündigten und wieder zurückgezogenen nationalistischen Interpellationen kam zur Verhandlung eine Interpellation des ministeriellen Linksradikalen, Gouzy. Die von der Opposition gefürchtete Kraftprobe wurde aber vom siegessicheren Regierungslager angeboten. Die Reden des Ministerpräsidenten machten übrigens auch den Eindruck, als ob er sich einer langweiligen, überdrüssigen und überflüssigen Formalität zu entledigen hätte. Mit einem Wort, die Debatte war diesmal nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form eine Spiegelfechterei: dieselben unzählige Male wiederholten Argumente hüben und drüben.

Unter diesen Stimmungen hatte selbst die Besprechung der bedeutsamen Gemeindewahlen zu leiden. Um so mehr freilich trat die wahre Bedeutung dieser Wahlen in dem negativen Umstand zu Tage, daß die siegesberauschten Pariser Nationalisten es nicht wagten, ihren Sieg, der in ihren Zeitungen die „Zerschmetterung des Ministeriums" bedeuten sollte, auch in der Kammer zu einer Ministersturzaktion auszunutzen. Ein kompromittierendes Eingeständnis, daß die Pariser Wahlen eine isolierte Erscheinung sind. Ebensowenig konnten die Nationalisten Waldeck-Rousseaus Behauptung bestreiten, daß die nationalistische Mehrheit des Pariser Gemeinderats — infolge der ungerechten Wahlbezirkseinteilung — eine Minderheit der abgegebenen Stimmen vertritt.

Die mit 49 Stimmen Mehrheit votierte Vertrauensformel besagt, daß die Kammer „entschlossen ist, ein Politik republikanischer Reformen und der Verteidigung des weltlichen Staats (gegen den Klerikalismus) energisch zu befolgen". Der konkrete Inhalt dieser Formel wurde in Waldeck-Rousseaus Rede angegeben: Gesetz gegen die Kongregationen zur Eindämmung des Wachstums des Vermögens der toten Hand, des Kriegsschatzes des Klerikalismus und jeglicher Reaktion; Gesetz über den obligatorischen dreijährigen Besuch staatlicher Mittelschulen für alle Beamtenkandidaten, demokratische Erbschafts- und Einkommensteuer-Reform, Alterspensionen für die Arbeiter. Ein schönes Programm, das aber erstens durch die Ankündigung eines reaktionären Preßgesetzes (namentlich zum Schutz des Präsidenten der Republik) verunziert wird, und zweitens den Fehler aller schönen Ministerprogramme in Frankreich teilt: bei der „Arbeitsweise" des französischen Parlaments würde der ganze zweijährige Rest der laufenden Legislatur für die Verwirklichung des Programms nicht genügen. Bis dahin aber wird mehr als ein Ministerium gewechselt haben und manches neue Programm versprochen worden sein . . . Daher konnten auch für den rein programmatischen Teil der Vertrauensformel nicht weniger als 439 gegen bloß 56 Stimmen votieren. Auch die klerikalsten und die reaktionärsten Parteien konnten ruhig mitstimmen, denn ein solches Votum verpflichtet gar nicht.

Erst am Schluß der Sitzung versuchten die Nationalisten eines jener Umgehungsmanöver, die in der Kammer so empörend-häufig sind und darin bestehen, mit Hilfe eines Zusatzes zur eben votierten Vertrauensformel das Ministerium zu Boden zu werfen. Der Kommune-Renegat, Alphonse Humbert, Leiter des generalfeindlerischen „Eclair", entwickelte eine regelrechte Dreyfus-Interpellation auf Grund einer von seinem Blatt dieser Tage „enthüllten" Räubergeschichte, die wie ein Ei dem andren den sattsam bekannten Machenschaften der Fälscherbande ähnlich sieht. Es handelt sich um angebliche Versuche von Sicherheitspolizei-Agenten, eine „neue Thatsache" ausfindig zu machen zum Zweck der Wiederaufnahme der Revision des Dreyfus-Prozesses. Natürlich verfiel die Kammer, die die Fälschungen Henrys in ganz Frankreich hatte anschlagen lassen, sofort in patriotische Krämpfe und votierte bestimmungslos mit 425 gegen 60 (socialistische und radikale) Stimmen eine „Einladung an die Regierung, sich der Wiedereröffnung der Dreyfus-Affaire energisch zu widersetzen". Die Regierung war ihrerseits dem Manöver ausgewichen durch die Erklärung, daß der nationalistische Zusatzantrag überflüssig wäre, indem die bereits gebilligten Regierungserklärungen die Amnestie als die Vorbedingung eines „definitiven Friedens" in der Dreyfussache befürworteten. Im übrigen setzten Waldeck-Rousseau und Gallifet den „Enthüllungen" Humberts ein energisches Dementi entgegen.

Die hysterische Angst der Kammer vor dem Dreyfusgespenst hat die reaktionäre Demagogie zu neuen Hoffnungen beflügelt.

Deutsches Reich.

Thielens Rückzug. Die Offiziösen bemühen sich, die Aeußerungen des Eisenbahnministers über den Streik der Eisenbahn-Angestellten mit mehr Eifer als Geschick zu verwischen. Wir begrüßen in diesen Versuchen eine Anerkennung unsrer Kritik der ministeriellen Auslassungen.

Nur sollten sich die Herren Offiziösen doch vor den unehrlichen Praktiken der „Post" in acht nehmen und den Anschein zu erwecken suchen, als ob in der Erklärung des Herrn v. Schulz folgendes inhaltlich zu lesen wäre:

„Unzutreffend ist aber auch die Behauptung, daß der Herr Minister behördliche Maßnahmen gegen die Ausständigen schlechtweg angedroht habe. Die Auslassungen des Herrn Ministers haben sich vielmehr in derselben Richtung bewegt, in der auch die ministeriellen Erklärungen am Montag im Abgeordnetenhause gehalten waren. Strenge Maßregeln der Behörden waren hiernach nicht gegen die Fortsetzung des Streiks, sondern nur gegen diejenigen in Aussicht gestellt, welche Störungen der öffentlichen Ordnung sich zu schulden kommen lassen sollten."

Das steht so wenig in der Erklärung des Herrn v. Schulz, daß vielmehr das Gegenteil darin ausgesprochen ist. Die Offiziösen lassen in der Angst der Rechtfertigung ihren ministeriellen Patron eitel Unsinn reden: „Die Angestellten sollten nur schleunigst die Arbeit wieder aufnehmen, weil sonst die Behörden unnachsichtlich gegen die — Ruhestörer einschreiten würden, die gar nichts mit Ausständigen zu thun hatten."

Man sucht die mit den Gesetzen nicht in Einklang stehende Einmischung zu Gunsten der Unternehmer jetzt dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man die zuerst von der Scharfmacher-Presse so feurig gerühmten Drohungen gegen die Streikenden zu einem sinn- und zwecklosen Gerede zu verwässern sucht. —

Die Bestrafung des Kontraktbruchs fordert jetzt täglich zweimal die „Post". Sie sieht den Untergang des Staates an dem Tag besiegelt, wo einmal alle Menschen zu Fuß gehen müssen:

„Immerhin macht die rasche Aufeinanderfolge der Lohnforderungen auf eine Möglichkeit aufmerksam, die man beizeiten ins Auge fassen muß und auf die wir auch bereits bei Erörterung des Kontraktbruchs hingewiesen haben. Wir meinen die Solidarität aller Verkehrsangestellten untereinander. Wäre dem Gewerkschaftsverband der Verkehrs- und Transportarbeiter der große Wurf gelungen, die gesamten Angestellten der Straßenbahnen für sich einzufangen, so war die solidarische Organisation schon geschaffen. Nun haben aber die Angestellten der „Großen Berliner" beschlossen, einen eignen Verband zu gründen. Sie rücken dadurch etwas von der socialdemokratischen Nachbarschaft ab. Wenn nun aber die Angestellten von Siemens u. Halske, die Omnibusangestellten und sogar die Droschkenkutscher eigne Verbände gründen und diese im entscheidenden Augenblick für einen bestimmten Zweck gemeinsam mobil machen, so ist mit einem Schlage der gesamte Berliner Verkehr lahm gelegt. Das bedeutet eine Schädigung des Nationalwohlstands und eine Störung unsrer Ordnung, die sich gar nicht vorher berechnen und ermessen läßt. Soll es nun gar keinen gesetzlichen Schutz dagegen geben, daß über Nacht ein derartiger Schlag gegen die Bevölkerung der Reichshauptstadt ausgeführt werden kann? Soll der Kontraktbruch in einem Unternehmen, von dem für Tausende und Abertausende von Familien die Existenzbedingungen abhängen, ebenfalls straflos bleiben." . . . . „Es giebt nur ein Schutzmittel gegen die brutale, rücksichtslose Gewalt der Angestellten, und das ist die Bestrafung des Kontraktbruchs in solchen Fällen, wenn dadurch öffentliche Interessen und die Ordnung gestört werden. Alles andre sind leere Redensarten, mit denen man nur der Socialdemokratie entgegenkommt."

Es fehlt jetzt nur noch eine Oeynhauser Rede und wir haben zur Abwechslung nach den Umsturz- und Zuchthausvorlagen einen Entwurf zur Bestrafung des Kontraktbruchs, eine lex Große Berliner. —

Das Ende eines Socialisten. Wir haben vor einiger Zeit die Vermutung ausgesprochen, daß Herr Max Lorenz, erst Socialdemokrat, dann einer der national-socialen Führer, bei der „Post" endigen würde, allwo ja alle früheren Socialdemokraten von der Art des Korbmachers Fischer eine letzte Zufluchtsstätte finden.

Wir müssen heute unsern Irrtum bekennen. Herr Max Lorenz giebt sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Er hat die freikonservative Station kühnlich übersprungen und ist sofort in der „Kreuz-Zeitung" gelandet. Jetzt bleibt für die weitere Entwicklung nur noch das „Adelsblatt" als allerletzte Station der Entwicklung übrig — indessen wird ihn eine gewisse naive Ehrlichkeit, die in dem Adelsblatt herrscht, davor bewahren, diesen allerletzten Schritt zu wagen. Er mag also nach Kropatschecks Redaktionssitz streben.

Die „Kreuz-Zeitung" hat sich aus Anlaß der lex Heinze den Luxus eines Specialrenegaten geleistet, während die „Post" solche Personen heranzuziehen pflegt, wenn es sich um die tiefen Probleme der Mästung von gewissenlosen Agitatoren mit Arbeitergroschen handelt. Herr Max Lorenz aber beweist in einem Leitartikel der „Kreuz-Zeitung" haarscharf, daß die Socialdemokraten weder im Gegenwarts- noch im Zukunftsstaat die idealen Interessen der Kunst wahrzunehmen vermögen. Infolgedessen sollten sich die Künstler vor den Liebeswerbungen der Socis hüten. Also wende man sich lieber an die „Kreuz-Zeitung" und die Väter der lex Heinze. . . .

Die Socialdemokratie hat wirklich Glück. Es wäre doch eine derbe Blamage für uns geworden, wenn Herr Max Lorenz länger mit seinen philosophischen Spekulationen, seinen intellektuellen und moralischen Gaben bei uns gastiert hätte. Wir glauben sogar, daß sich selbst die National-Socialen — der Verein entpuppt sich immer mehr als bloße politische Durchgangsstation — gratulieren, den Max Lorenz losgeworden zu sein. Er gehört in die „Kreuz-Zeitung".

Kürzlich hat — wie bei dieser Gelegenheit — erwähnt sei — unser französischer Genosse Jaurès einen Vortrag über Kunst und Socialismus gehalten, den er mit folgenden Sätzen schloß:

„Ueberall (in der herrschenden Reaktion) Heuchelei und Scheinheiligkeit, überall Lüge, infolgedessen überall Verneinung des Lebens, Verneinung der Schönheit; und da wir von uns mit Recht behaupten, daß wir die bewegende Wahrheit darstellen, das Leben selbst in seiner notwendigen Umgestaltung, glauben wir besser, als alle andren, den Aufschwung der Künste unterstützen zu können.

„Darum wende ich mich an alle, die an die Schönheit glauben, die da glauben an das Ideal, sie alle fordere ich auf, ihre Kräfte zu vereinigen mit der Kraft des Proletariats, das den Kampf führt um die Gerechtigkeit.

„Künstler! Vereinigt Euch mit uns!"

So Genosse Jaurès, der freilich noch nicht den Beweis des deutschen Ergenossen gelesen hat, daß Kunst und Socialismus unvereinbare Widersprüche sind. —

Die Heinzemänner die Vertreter der Minderheit. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß die Gegner des gefallenen Heinze-Paragraphen nur die Minderheit der Wähler hinter sich hätten, daß also schon aus diesem Grund die Obstruktion berechtigt gewesen sei. Die „Volks-Ztg." macht nun eine specificierte Rechnung über die einzelnen Parteien des Reichstags und die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen auf, als deren Resultat auch sie feststellt, daß die Parteien der Opposition und Obstruktion ohne die Polen **51,3** Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten. Dies Resultat kommt hauptsächlich dadurch zustande, daß die Socialdemokratie, die allein 22,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen für sich in Anspruch nahm, um 13,2 Proz. Abgeordnete weniger zählt, als ihr nach dem Durchschnitt zukommen müßten, während umgekehrt das Centrum um 6,5 Proz. seiner Abgeordneten zu stark vertreten ist. Hätte die aus einer dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts widersprechenden Wahlkreisvertretung ihre Macht herleitende Heinzemajorität, auf der brutalen Gewalt fußend, ihre Absichten durchgesetzt, so wäre also die Mehrheit des Volkes durch die Minderheit vergewaltigt worden. Wäre endlich einmal die von der Reaktion hintertriebene Neuvertretung der Wahlkreise, die das Princip unsres Reichswahlrechts erfordert, vorgenommen worden, so hätte es freilich nicht der Obstruktion bedurft, um die Respektierung des Rechts der Mehrheit durchzusetzen. —

Das Volk quittiert! Aus **Meiningen** wird uns geschrieben: Es ist den Lesern des „Vorwärts" bekannt, in welcher Weise vor drei Jahren die Majorität des Meininger Landtags eine Revision des Gemeindewahlrechts vornahm, indem man an Stelle des gleichen Wahlrechts das Pluralsystem setzte. Die Folge davon war, daß in der im Herbst 1897 stattgefundenen Landtagswahl anstatt des bisher einen socialdemokratischen Vertreters deren vier gewählt wurden. Doch siehe da! Noch war die Majorität mit der Wahlrechtsrevision nicht befriedigt, sie wollte noch weiter zeigen, daß sie Herr im Hause am Bleichgraben sei. Und so schloß sie denn einfach die Socialdemokraten aus allen Kommissionen des Landtags aus — weil, nun weil diese so unverschämt gewesen waren, den Landtags-Eröffnungs-Gottesdienst nicht mitzumachen! Immerhin eine Begründung! Jedoch solche Stücklein der gewöhnlichsten Vergewaltigung erheischen Sühne, sagen wir Vergeltung, und die Socialdemokratie, sie hat vergolten, mit schweren, wuchtigen Hieben direkt ins Angesicht der patentierten „Ordnungs"-parteien hat sie sich Genugthuung verschafft. Anfangs dieses Jahres starb in Rauenstein der Vertreter des Schalkau-Rauensteiner Kreises, Kommerzienrat Georgii. Sofort trat unsre Partei in Aktion und in der am 8. März stattgehabten Hauptwahl errang unser Kandidat 496 Stimmen, während der Landrat des Kreises 653, ein dritter Kandidat 492 und ein vierter 267 Stimmen erhielt. Kein Zweifel, unser Kandidat mußte in der Stichwahl unterliegen angesichts des

landrätlichen Vorsprungs und der 789 sonstigen bürgerlichen Stimmen. Und doch siegte unser Genosse Hofmann am 19. März in der Stichwahl mit 914 gegen 879 landrätliche Stimmen. Dabei muß man bedenken, daß der Kreis überwiegend landwirtschaftlich ist und daß mit dem erdenklichsten Hochdruck des amtlichen Apparats gearbeitet wurde! — Noch mitten im Wahlkampf kam die Kunde, daß der Vertreter des Wasunger Kreises, der Senior des Landtags, der 82jährige Landwirt Petzenberger gestorben sei. Die Erfolge im Schalkau-Rauensteiner Kreise ließen unsre Hoffnung schwellen und so traten wir auch hier mit aller Energie in den Wahlkampf. Und siehe da, die Domäne des Bundes der Landwirte, sie zeigte recht guten Boden für unser Wirken, denn nach hartem Kampf brachte uns der 10. Mai, der Hauptwahltag 489 Stimmen für unsern Genossen Schuhmacher Wehner in Salzungen (gegen 1897: 237), während drei weitere bürgerliche Kandidaten 456, 263 und 394 Stimmen erhielten. Wieder wurde mit aller Energie die Arbeit aufgenommen; auch in den kleinsten Orten wurden Versammlungen abgehalten und die „antikollektivistischen Bauern", wie waren sie ganz Ohr, wenn ihnen in den Versammlungen das Evangelium des Socialismus zum erstenmal gepredigt wurde! Die Gegner zogen alle Register, alle alten Schmöker und Wahlwitzchen mußten herhalten, und doch war alles das vergeblich. Die Bauern ließen sich nicht gruselig machen durch das angekündigte „Teilen" ihres Besitztums, der Stich-Wahltag, der 26. Mai, brachte unserm Genossen 800 und dem Bauernbündler Krug 730 Stimmen. Der Sieg hat deshalb doppelte Bedeutung, weil der Wahlkreis wiederum ein fast rein bäuerlicher ist und der Gegenkandidat als „Bauer" sich der wärmsten Protektion der Regierungskreise erfreute! Jetzt hat unsre Partei nun von den 24 Sitzen des Meininger Landtags 6 inne, resp. von den 16 Sitzen der Mindestbesteuerten fast die Hälfte; bedenkt man ferner, daß bei der letzten Wahl der Saalfelder Kreis m. s. mit nur 11 Stimmen und der Gräfenthaler Kreis mit nur 5 Stimmen verloren ging, so sind auch da die Aussichten für die nächste Wahl die besten. Man darf nun begierig sein, wie beim Wiederzusammentritt des Landtags die Ordnungsmajorität sich anstellt und ob sie es auch noch ferner wagen wird, unsre Genossen principiell von den Kommissionen fernzuhalten. —

Die bayrische Regierung als agrarischer Sturmbock. München, 25. Mai. Die Abgeordnetenkammer nahm bei der Beratung des Zolletats mit großer Mehrheit einen Antrag Lutz an, durch welchen die Regierung gebeten wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß in den künftigen Handelsverträgen und Zolltarifen der Zoll auf Gerste und Hafer dem Zoll auf Weizen und Roggen gleich gestellt werde. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister Freiherr v. Riedel, die Regierung werde seiner Zeit bei den Vertragsverhandlungen die thunlichste Erfüllung dieser Wünsche und auch eine Zollerhöhung für ausländischen Tabak zu erreichen suchen. Ueberhaupt werde die Regierung alles thun, um die Interessen der Landwirtschaft möglichst zu schützen.

Durch die Handelsverträge wurde der Zoll auf Hafer von 4 M. auf 2,80 M., der für Gerste von 2,25 auf 2 M. herabgesetzt. Eine Gleichstellung des Zolls auf Gerste und Hafer mit dem auf Weizen und Roggen würde also wahrscheinlich mindestens einer Verdoppelung gleichkommen. Die bayrische Regierung hat nun nicht nur versprochen, den Wünschen der agrarischen Antragsteller bezüglich des Zolls auf Gerste zu entsprechen, sondern auch noch ein Eintreten für die Erhöhung des Tabakzolls in Aussicht gestellt! —

Karlsruhe, 24. Mai. (Eig. Bericht.) Mit der Wahlrechtsfrage treiben die Nationalliberalen auch in diesem Landtag wieder dieselbe Verschleppungspolitik, wie in den vorhergegangenen Landtagen. Drei Monate lang haben sie es verstanden, unter allerhand Vorwänden die Sitzungen der Verfassungskommission zu hintertreiben. Gestern endlich trat die Kommission, nicht ohne daß vorher eine entschiedene Betreibung seitens der Oppositionsparteien stattgefunden hatte, wieder zu einer Sitzung zusammen. Die Nationalliberalen legten abermals eine neue Erklärung vor, die sieben Punkte enthält, von welchen die beiden wichtigsten die „Reform" der ersten Kammer und das Festhalten an der Forderung der durch die Bürgerausschüsse zu wählenden Städtevertreter sind.

Es ist selbstverständlich, daß die Oppositionsparteien diese letzte Forderung, welche das allgemeine und gleiche Wahlrecht illusorisch machen würde, unter keinen Umständen acceptieren. Die offenkundige Volksentrechtungspolitik der Nationalliberalen in dieser Frage erreicht aber ihren Höhepunkt in der Behauptung, die nationalliberale Partei sei bestrebt, eine baldige positive Lösung der ganzen Frage herbeizuführen, allein die Opposition mache eine Einigung unmöglich. Das behauptet die Presse einer Partei, deren Führer im Landtag s. Z. es offen ausgesprochen hat, seine Freunde würden sich hüten, den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen. Nach dem Verhalten der Nationalliberalen wird sich also auch der kommunale Landtags-Wahlkampf unter der Parole der Wahlrechtsfrage vollziehen. Die Nationalliberalen kommen wieder zwischen die Puffer des Centrums und der socialdemokratischen Partei und werden einige weitere Mandate verlieren. Vielleicht daß sie dann endlich Vernunft annehmen. —

Das Ende des Flottenkarnevals auf dem Rhein.

Aus Straßburg wird uns vom 23. d. M. geschrieben: Das Spiel ist aus! Der alte Vater Rhein hat den Blechläuen der Reklame-Flottille das Wasser unter den Kielen weggezogen und ihrer moralischen Eroberungsfahrt bei Maxau gestern ein Ziel gesetzt. Dem sehnlichen Wunsch des Reichsoberhaupts, die Torpedoboote bis zur Hauptstadt des Reichslands vordringen zu lassen, ist damit die Erfüllung versagt geblieben und den marinebegeisterten Krieger-, Veteranen-, Flotten-, Ruder- und sonstigen Vereinen, die sich in Straßburg bereits zum Empfang des Propagandageschwaders gerüstet hatten ist eine schwere Enttäuschung bereitet worden.

Ganz abgesehen von den augenblicklich noch ungünstigen Wasserstandsverhältnissen auf dem Oberrhein, mußte man sich vernünftigerweise auch ohnehin schon sagen, daß die Leistungsfähigkeit der Torpedoboots-Besatzung der Erschöpfung nahegebracht war, nachdem man die Bedauernswerten seit Wochen gegen den tückischen Rheinwein einen Vernichtungskampf hatte durchkämpfen lassen, der alle Strapazen in Schatten stellt, die den wackeren Marinern jemals zu Wasser zugemutet worden sind. Man bedenke: an einem Tage eine Landfahrt durch die pfälzischen Weinorte Dürkheim, Deidesheim und Neustadt! Tags zuvor die Ovation der Blaujacken vor den Riesenmatzen des Heidelberger Fasses, und zuletzt der Ehrentrunk in der Residenz des badischen Weinlands! Wie nahe hätte angesichts solch übermenschlicher Anstrengungen der Gedanke gelegen, die Schiffsbesatzung alle paar Tage abzulösen, die im Kampfe gegen die ungewohnten „Elemente" erschöpften Mannschaften durch neue, frische Kräfte ersetzen zu lassen! Damit hätte man einmal den Genuß der Fahrt ins Binnenland einer größeren Zahl unsrer Mariner zu teil werden lassen, und andrerseits wäre man in der Lage gewesen, den flottenbegeisterten Landratten die Blaujacken in etwas besserer „Form" vorzuführen, als dies während der letzten Tage der Fahrt nach den übermenschlichen Alkoholstrapazen da und dort der Fall war.

Das Reichsland muß also auf den Flottenspektakel verzichten, der den preußischen, hessischen, bayrischen und badischen Uferstaaten in so reichlichem Maß zu teil geworden! Die enttäuschten Marine-Enthusiasten des schönen Elsaß mögen sich über diesen Schmerz trösten. Vielleicht hat die verunglückte Straßburg-Fahrt auch ihre gute Seite! Eben steht die Hauptstadt des Reichslands im Begriff, die großartigen Rheinhafen-Anlagen dem Verkehr zu übergeben, die sie im Lauf der letzten Jahre mit einem Aufwand von nahezu 10 Millionen Mark erstellt hat. Und auch auf dem Nachbarufer bei Kehl hat der badische Staat, mit wohl noch größerem Geldaufwand, gewaltige Hafenbauten erstellt, die bereits seit kurzem eröffnet sind. Noch sind aber die Fahrstraßenverhältnisse zwischen Mannheim und Straßburg äußerst mangelhafte und bedingen nur allzu oft monatelange Unterbrechungen der oberrheinischen Schiffahrt. Seit Jahren schon fordern Industrie- und Handelskreise in Elsaß-Lothringen und Baden eine durchgreifende **Regulierung des Oberrheins** und die Herstellung einer zuverlässigen Fahrrinne. Bisher leider vergeblich! Sollte der Strich, den der Vater Rhein jetzt durch das Programm der Flottenreklamefahrt gemacht hat, zu einem Zeigerpfeil werden, der die Aufmerksamkeit hoher und höchster Kreise auf diese die Entwicklung von Handel- und Gewerbefleiß am Oberrhein so gewaltig hemmenden Zustände hinweist, dann hätte der Vorstoß der bescheidenen Marinerepräsentanten ins Binnenland wenigstens eine gute Frucht gezeitigt.

Nächsten Sonnabend trifft das Reichsoberhaupt auf einige Stunden in Straßburg ein. Zur Auskunfterteilung über die Ursachen des unterbliebenen Flottenbesuchs wird der Bürgermeister der an der Gestaltung der oberrheinischen Stromverhältnisse aufs lebhafteste interessierten Stadt Straßburg dann gewiß gern bereit sein. Vielleicht erfährt dann das verdienstliche Kulturwerk der Stromregulierung eine eifrigere Förderung, als es bisher der Fall gewesen, — und wäre es auch nur, um den guten Straßburgern später einmal das Schauspiel der Torpedo-Parade vorführen zu können. —

Druckfehler-Berichtigung. Im Leitartikel der Donnerstag-Nummer muß es in der dritten Zeile oben heißen statt starke Armee „stehende Armee"; in der zweiten Spalte im vierten Absatz 13. Zeile statt Vorteil „Urteil"; in der dritten Spalte zweiter Absatz zweitletzte Zeile statt vierzehn „siebzehn".

Ausland.

Frankreich.

Paris, 23. Mai. (Eig. Ber.) Zwei bemerkenswerte Ernennungen hat Millerand beschlossen. Zum Professor des im „Conservotoire des Actes et Métier" (Gewerbe- und Kunstgewerbeschule) neueingeführten Faches Geschichte der Arbeit wurde Genosse Georges Renard ernannt, früherer Chefredacteur der „Revue Socialiste", gegenwärtig Professor an der Lausanner Universität. Zum Mitglied des Höheren Arbeitsrates hat der socialistische Handelsminister gar den Genossen Jaurès ernannt. Der Arbeitsrat — dessen Kompetenz von Millerand erweitert und dessen Wert dadurch erhöht wurde, daß Millerand in denselben gewählte Vertreter der Gewerkschaften berief — hat zur Aufgabe die Kontrolle der Fabrikinspektion, die Anordnung bezw. Anregung von socialstatistischen Arbeiten, sowie die Vorberatung und Anregung von Arbeiterschutz-Gesetzen.

Die kapitalistisch-oppositionellen Zeitungen, die schon über die Ernennung des der aktiven Politik fernstehenden Professors G. Renard gejammert haben, werden über die Ernennung des Genossen Jaurès gewiß ein Jetergeschrei erheben.

Die Dreyfus-Interpellation im Senat.

Paris, 25. Mai. Der Senator Chonnie stellte heute nachmittag im Senate an die Regierung die Frage, ob es wahr sei, daß Dokumente, welche mit der Dreyfus-Angelegenheit in Zusammenhang stehen, aus dem Kriegsministerium entwendet worden sind, zum Zweck der Wiederaufnahme der Agitation in der Angelegenheit der Dreyfus-Affaire und welche Maßregeln das Kabinett zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse zu treffen gedenke. Der Kriegsminister Gallifet antwortete, er habe nach der vorgestrigen Kammersitzung sich das Gesamt-Dossier der Dreyfus-Angelegenheit unterbreiten lassen und thatsächlich nach eingehender Untersuchung festgestellt, daß Dokumente durch einen Offizier im Kriegsministerium entwendet worden sind. Diese Bestätigung rief große Sensation hervor. Der betreffende Offizier, erklärte Gallifet weiter, erhielt sofort seinen Abschied, besonders weil derselbe mir versicherte, es handle sich um einen politischen Akt. Der Kriegsminister erneuerte seine Worte, welche er in Form eines Tagesbefehls an die Armee in betreff der Dreyfus-Affaire erlassen hatte, nämlich: Die Dreyfus-Affaire ist beendet. Der Kriegsminister versicherte schließlich, er werde alles thun, was in seinen Kräften stehe, um die Disciplin in der Armee aufrechtzuerhalten. Diese Worte riefen ungeheuren Beifall hervor. Auch der Senator Chonnie erklärte sich durch die Ausführungen des Kriegsministers befriedigt. Waldeck-Rousseau ergriff alsdann das Wort und erklärte, diese Angelegenheit betreffe auch sein Ressort. Der Kabinettschef verteidigte des weiteren den Agenten Thomps, gegen welchen seit einiger Zeit eine verleumderische Compagne ins Werk gesetzt worden ist. Das betreffende Dokument, von dem die Rede ist, ist ein Brief eines gewissen Geiger über die Dreyfus-Angelegenheit. Dieser Brief wurde von dem betreffenden Offizier abgeschrieben und weiter verbreitet. Die Angelegenheit scheint auch in der Kammer Gegenstand einer Interpellation zu werden. —

Afrika.

Die Truppenansammlungen an der marokkanischen Südgrenze nehmen ihren Fortgang. Nach einem aus Paris vorliegenden Berichte werden die militärischen Operationen behufs voller Besitzergreifung der Oase Tuat eifrigst durchgeführt, um bis zur endgültigen Pacifizierung dieses Gebiets die Verbindungen zwischen dem südlichen Oran und dem französischen Sudan zu sichern. Der dritte der zur Verproviantierung der Mission Bertrand in Igli bestimmten Transporte mit 4000 Kamelen ist vor etwa vierzehn Tagen von Djenien-bu-Rezg abgegangen. Als Bedeckung sind ein Schützen-Bataillon, eine Compagnie des ersten afrikanischen Bataillons, eine berittene Compagnie vom ersten Fremden-Regiment, eine Halbesladron von afrikanischen Schützen und eine Halbesladron Spahis beigegeben, die zugleich zur Verstärkung der Mission Bertrand dienen sollen. Längs der marokkanisch-französischen Grenze ist nunmehr eine Reihe von Garnisonsorten mit französischen Truppen besetzt.

Die Pariser Presse bestreitet mit Entschiedenheit, daß Frankreich es auf eine Annexion marokkanischer Gebietsteile abgesehen habe. Die Truppenansammlungen hätten lediglich den Zweck, das von den Franzosen occupierte, nicht zu Marokko gehörige Gebiet gegen die Einfälle der zum „heiligen Krieg" aufgereizten Grenzstämme zu sichern. Auch läßt man durchblicken, daß Frankreich seine Position in Afrika deshalb festige, um auf eine etwaige Besetzung Tangers durch England mit einer Annexion Marokkos antworten zu können. Natürlich wird das bedrohliche Vorgehen Frankreichs gegen Marokko Englands etwaige Absichten auf Tanger eher anstacheln als durchkreuzen. Auch Italien und Spanien beginnen bereits durch Frankreichs Vorgehen beunruhigt zu werden.

Ueber neuere Operationen wird unterm 23. Mai aus Paris berichtet:

Die in Nordwestafrika operierende Kolonne Menestrel meldet, daß die französische Besetzung des Gebiets zwischen Tabelkusa und Timmimum in der Oase Gurara gesichert sei. Am 13. Mai sei die Expedition vor Fastio, dem Hauptpunkt im Gebiet Timerkant angelangt, das als Mittelpunkt des etwaigen Widerstands der Eingeborenen bezeichnet worden war. Menestrel habe Parlamentäre entsandt, um seine friedlichen Absichten den Bewohnern kundzuthun, als er aber keine Antwort erhielt, ein langsames Artilleriefeuer auf den, wie er wußte, von Frauen und Kindern geräumten Platz eröffnet. Bei den ersten Schüssen, meldet Menestrel weiter, flohen die Eingebornen und Fastio wurde besetzt, worauf sich alle Häuptlinge unterwarfen. Am 21. Mai ging die Expedition von Tahuntas nach Timmimun weiter. —

Weitere Füsilladen im Kongostaat. Brüssel, 24. Mai. Die „Indépendance belge" veröffentlicht ein Schreiben aus Boma, in welchem es heißt, achtzehn der eingebornen Soldaten, welche sich im Fort Shinkakassa empört hatten und mit den Waffen in der Hand festgenommen wurden, seien zum Tode verurteilt und am 30. April erschossen worden. Man hat die Rebellen also wenigstens nicht ohne eine kriegsgerichtliche Posse ins Jenseits befördert. —

Bevorstehende Unruhen in Aegypten? Die „Times" meldet aus Kairo vom 23. ds. Mts.: Nicht nur die Engländer, sondern auch andre Nationen und hauptsächlich die Franzosen sind wegen der Zunahme des panislamitischen Fanatismus in Aegypten besorgt. Die Bewegung verursache bereits eine gefährliche Aufregung. Der Khedive würde mit Vergnügen den Ausbruch des Fanatismus sehen.

Der Ausbruch von Unruhen in Aegypten würde wahrscheinlich auch die englischen Errungenschaften im endlich niedergeworfenen Sudan wieder in Frage stellen. —

Parlamentarisches.

Ueber die Handelsbeziehungen zu England ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen. Bekanntlich hatte im vorigen Jahr, durch Gesetz vom 1. Juli 1899, der Bundesrat die Ermächtigung erhalten, den Angehörigen und den Erzeugnissen Englands und seiner Kolonien, mit Ausnahme von Kanada, bis zum 30. Juli 1900 die Vorteile der Meistbegünstigung zu gewähren. Da nicht mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Verhandlungen mit England wegen eines neuen Handelsvertrags bis Ende Juli zum Abschluß gelangen, ist jetzt dem Reichstag die erwähnte Vorlage zugegangen, durch welche die im vorigen Jahre dem Bundesrat gegebene Ermächtigung über den 30. Juli d. J. hinaus verlängert wird. Da durch neue Zollgesetze vom 26. Juni 1899 Barbados gewisse amerikanische und britische Erzeugnisse günstiger als die deutschen behandelt, ist außer Kanada auch Barbados von der Meistbegünstigung ausgenommen worden.

Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

Der Kongreß, der gegenwärtig in Blaurocks Saal in Pankow tagt, wurde am Donnerstagabend von Kater-Berlin mit einer Ansprache eröffnet. Der Redner betonte, daß der diesjährige Kongreß hauptsächlich mit Rücksicht auf die Aenderung des Vereinsgesetzes einberufen worden sei. — Es wurde eine Mandats-Prüfungs-Kommission gewählt und die Tagesordnung des Kongresses festgesetzt.

Nach Eröffnung der Freitag-Sitzung erstattete Gielke-Breslau den Bericht der Mandats-Prüfungskommission: Es sind 25 Berufe durch 50 Delegierte aus 34 Orten anwesend, ferner ein Mitglied des niederrheinischen Weberverbandes als Gast.

Mit der Leitung des Kongresses wurden betraut: Kater-Berlin, Heimann-Solingen, Lange-Görlitz.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung

Geschäfts- und Rechenschaftsbericht

referierte Kater-Berlin. Er gab einen Ueberblick über die Thätigkeit der Geschäftskommission im verflossenen Jahre. Der Geschäftskommission sind dem gedruckten Bericht zufolge angeschlossen: Maurer mit 5700 Mitgliedern, Zimmerer 2300, Bauarbeiter 1070, Arbeiter und Arbeiterinnen 450, Töpfer 300, Möbelpolierer 1000, Tischler 265, Musikinstrumenten-Arbeiter 265, Tapezierer (Kleber) 285, Polsterer und Dekorateure 100, Stockarbeiter 150, Schirmmacher 50, Bäcker 250, Brettschneider 80, Holz- und Bretterträger 300, Böttcher 45, Fliesenleger 95, Isolierer und Rohrumhüller 80, Rohrer 98, Firmenschilderbranche 55, Zinkgießer und Stürzer 55, Bilderrahmenmacher 50, Ziegelei-Arbeiter 520, Messerarbeiter des Kreises Solingen 650, Schiffbauer 100, Metallarbeiter-Gewerkschaft 2000. (Hinter der letzteren Zahl und der der Möbelpolierer macht der gedruckte Geschäftsbericht ein Fragezeichen.)

Die Ausgaben für mündliche Agitation betragen 511,95 M., für schriftliche Agitation neben der Zeitung 503,50 M. Neue Organisationen der Vertrauensmänner-Centralisation sind gegründet worden für die Ziegelei-Arbeiter in Hennickendorf und Herzfelde, für die Bau- und Erdarbeiter in Rüdersdorf-Kalkberge, für die Rohrer sowie die Firmenschilderbranche in Berlin, für die Schiffbauer in Woltersdorfer Schleuse und Umgegend. Der Referent hob hervor, daß in Weißenhöhe an der Ostbahn, einer Gegend, wo die Socialdemokratie noch gar keinen Eingang gefunden habe, die von der Geschäftskommission unter den Ziegelei- und Erdarbeitern betriebene Agitation auf guten Boden gefallen sei.

An Streikunterstützungen hat die Geschäftskommission gezahlt: für die Maurer in verschiedenen Orten 4539 M., für die dänische Aussperrung 3885 M., für die Isolierer und Rohrumhüller Berlins 855,25 M., für die Töpfer Berlins 2396 M., für die Solinger Messerarbeiter 2850 M., für den Berliner Holzarbeiterstreik 18 850 M.

Das Preßorgan „Die Einigkeit" hatte beim vorjährigen Kongreß 5135 Abonnenten, gegenwärtig beträgt deren Zahl 10 252. Das Blatt hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Ueberschuß von 1748,30 M. erzielt.

In der hierauf folgenden Diskussion bemerkte Metallarbeiter Morike, daß die Mitgliederzahl seiner Gewerkschaft im Geschäftsbericht zu hoch angegeben sei, sie betrage nur 1000. Tischler Heim giebt die Zahl seiner Organisation auf nur 200 an. Heßmer-Solingen hält die angeführte Zahl der Messerarbeiter für viel zu niedrig. Der Delegierte der Stockarbeiter giebt seine Mitgliederzahl auf 350 und die der Schirmmacher auf 80 an.

Nachdem die Debatte über den Geschäftsbericht beendet war, folgte der zweite Punkt der Tagesordnung:

Berichte der Delegierten.

Hierzu nahmen fast alle Delegierten nacheinander das Wort. Sie gaben eine Darstellung über den Stand und die Thätigkeit ihrer Organisationen. Unter andrem wurde berichtet, daß an 25 Orten Deutschlands Vertrauensmänner-Centralisationen der Maurer bestehen, die an 11 Orten Streiks durchgefochten haben. Diese Organisationen dulden nicht, daß eines ihrer Mitglieder in Accord arbeitet. Maurer und Zimmerer konstatierten einen erheblichen Fortschritt in der Mitgliederzahl ihrer Organisationen. Seitens der Bauarbeiter wurde berichtet, daß ihre centralistischen Kollegen in Berlin nicht mit lokal Organisierten zusammenarbeiten, so daß es den letzteren kaum noch möglich sei, in Berlin Arbeit zu finden. Der Vertreter der ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins beklagt den in dieser Berufsklasse herrschenden Indifferentismus, der den Fortgang der Organisation hindert. Ein trübes Bild von den Verhältnissen der Textilarbeiter entrollte Lange-Görlitz. Stundenlöhne von 15—20 Pf. seien an der Tagesordnung und selbst Väter zahlreicher Familien müßten sich mit solchen Hungerlöhnen begnügen. Die Polizei mache der Organisation alle Schwierigkeiten. Als der Verein ins Leben gerufen wurde, hätten die Polizeibeamten die Mitglieder persönlich aufgesucht, um sie zum Austritt zu bewegen. Weiter schilderte der Redner die Verhältnisse in Aachen. Daselbst gebe es 16 000 Textilarbeiter, davon sei ein Viertel organisiert, und zwar in vier verschiedenen Organisationen: Der christliche Verband habe 2500, der christlich-sociale Verein 350, der deutsche Textilarbeiter-Verband 300 und der Allgemeine Arbeiter-Verein — den der Redner vertritt — 70 Mitglieder. Der durchschnittliche Wochenverdienst der Aachener Weber betrage laut Handelskammerbericht 12,50 M. Die sonstigen Textilarbeiter verdienen nur 10 M. durchschnittlich. Redner plädierte für die Schaffung einer Vertrauensmänner-Centralisation der Textilarbeiter Deutschlands im Anschluß an den niederrheinischen Weber-Verband besonders aus dem Grunde, weil ein eigenes Organ, wie es dieser Verband hat, eine Notwendigkeit für die Textilarbeiter sei. Bär-Krefeld, welcher diesen Verband vertritt, führte aus: Seine Organisation bestehe seit zwei Jahren. Sie habe sich in erster Linie die Aufgabe gestellt, ihre Mitglieder mit modernem Geist zu erfüllen und sie dem Einfluß des Centrums zu entziehen. Das sei auch gelungen. Der Verband habe in den zwei Jahren seines Bestehens 8500 Mitglieder, ausschließlich Weber, gewonnen. Mehr als der „Deutsche Textilarbeiter-Verband" an Webern in zehn Jahren erworben habe. Das beweise, daß eine Organisation, die sich nur auf einen bestimmten Bezirk beschränkt und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse arbeitet, einen weit größeren Erfolg habe, wie eine über ganz Deutschland verbreitete Centralisation. Der niederrheinische Weber-Verband habe, da er nur Weber aufnahm, die Färber, Spinner und andre Textilarbeiter dem Deutschen Textilarbeiter-Verband zugeführt. Etwa 20 000 Arbeiter habe der niederrheinische Weber-Verband innerhalb 2 Jahren durch seine Agitation der Autorität des Centrums entzogen. Da der niederrheinische Weber-Verband es abgelehnt habe, seine Selbständigkeit aufzugeben und in den deutschen Textilarbeiter-

Verband aufzugehen, so werde er in jeder Weise bekämpft und zu vernichten gesucht. Das werde aber nicht gelingen, denn der niederrheinische Weber-Verband sei, hauptsächlich weil er über ein eigenes Preßorgan verfüge, diesen Kämpfen gewachsen. Jedenfalls werde der niederrheinische Weber-Verband auf seiner nächsten Generalversammlung beschließen, auch die übrigen Textilarbeiter aufzunehmen. Dieselben würden jedoch in selbständigen Gruppen organisiert werden müssen.

Auf Anregung Katers soll nach Schluß der Sitzung eine Besprechung der beteiligten Personen darüber stattfinden, unter welchen Umständen ein Anschluß des niederrheinischen Weber-Verbands an die Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Centralisation stattfinden kann.

Ueber die Verhältnisse ihrer Gewerkschaften sprachen hierauf die Delegierten der übrigen Berufe.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter in Herzfelde wurden folgendermaßen geschildert: Die Arbeit beginnt um 5 Uhr morgens und endet um 7½ Uhr abends. Es giebt aber Zwischenmeister, die von 4—8 Uhr arbeiten lassen. In dieser Zeit fertigt ein Ziegelstreicher unter günstigen Umständen höchstens 4000 Mauersteine pro Tag. Das Tausend wird mit 1,20—1,35 M. bezahlt. Die Arbeiter, welche bei kolossaler Hitze, so daß ihnen mitunter der Hut auf dem Kopf ansengt, die Steine aus dem Ofen karren, erhalten einen Tagelohn von 3,50 bis höchstens 4 M., die sonstigen Hilfsarbeiter einen solchen von 2,25—2,75 M.

Mit der Beendigung der Delegiertenberichte schloß die Sitzung um 8 Uhr abends.

Gerichts-Zeitung.

Der Kampf für die Gewissensfreiheit in Preußen, den der Parteigenosse Adolf Hoffmann seit Jahren führt, hat diesen jetzt zum drittenmal vor das Kammergericht gebracht. Wegen des besseren Verständnisses muß auf die früheren Vorgänge zurückgegriffen werden. Hoffmann ist 1896 aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und hat dann seine Kinder nicht mehr am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen lassen. Er wurde deshalb nach einiger Zeit angeklagt, in der Revisionsinstanz aber am 6. Februar 1890 freigesprochen. Das Kammergericht führte damals u. a. aus: „Schon das Allgemeine Landrecht spricht im § 11 II 12 den Grundsatz aus, daß schulpflichtige Kinder zur Teilnahme am Religionsunterricht einer Konfession, welcher die Kinder oder ihre Eltern nicht angehören, überhaupt nicht angehalten werden dürfen. In Ausführung dieses Grundsatzes, der noch zu Recht besteht, hat nun der Minister der geistlichen Angelegenheiten durch Erlasse von 1872, 1875 und 1877 bestimmt, daß Schüler, die in einer Religion beziehungsweise Konfession erzogen werden sollen, für welche im allgemeinen Lehrplan der betreffenden Schulanstalt Unterricht nicht angesetzt ist, auf den Antrag der Eltern ohne weiteres und bedenkenlos von dem Religionsunterricht in der Schule zu dispensieren sind, und daß dies insbesondere auch für die Kinder von Dissidenten, welche in gültiger Form aus der Landeskirche ausgetreten sind, gelten soll. Zu diesem Erlasse war der Minister befugt." — Nach dieser Entscheidung hielt Genosse Hoffmann neun Jahre lang ungehindert seine Kinder vom Religionsunterricht fern. Am 6. Dezember 1898 erhielt er dann wieder ein Strafmandat wegen unberechtigter Schulversäumnis eines Sohnes, dem eine ganze Anzahl Strafmandate folgten, wogegen Hoffmann die Gerichte anrief. Am 14. September 1899 bestätigte das Kammergericht ein landgerichtliches Urteil vom 27. Mai 1899, durch welches Hoffmann wegen jener wiederholten Versäumung der Religionsstunden zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt worden war. Der Strafsenat des Kammergerichts führte in den Urteilsgründen aus, daß das Gericht den 1890 noch vertretenen Standpunkt seit dem Jahre 1893 verlassen habe. Maßgebend wäre allerdings § 11 II 12 des Allgemeinen Landrechts, worin es heiße: „Kinder, die in einer andern Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staats erzogen werden sollen, können dem Religionsunterricht in derselben beizuwohnen nicht angehalten werden." Diese Bestimmung sei so auszulegen, daß die Kinder am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen sollen, wenn nicht der Nachweis erbracht werde, daß sie außerhalb der betreffenden Schule in einer andern, vom Staate anerkannten Religion unterrichtet würden. Irgendwelcher Religionsunterricht werde verlangt. Damit ständen auch nicht in Widerspruch die §§ 1—5 II 11 des Allgemeinen Landrechts, welche die „vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit" anerkennen, denn hier handele es sich nicht um Glaubens- und Gewissenszwang, sondern um Unterricht in einer Religion. Was ein Religionsunterricht nach den Gesetzen des Staates sei, das zu bestimmen stehe der Schulbehörde zu. Ohne Dispens hätte der Angeklagte seinen Sohn vom Religionsunterricht in der Volksschule nicht fernhalten dürfen. — Die verschiedenen „Strafthaten" wurden als eine einzige einheitliche Handlung angesehen. — Hoffmann machte sofort Gebrauch von dem Recht, sein Kind in einer „andren Religion nach den Gesetzen des Staats" unterrichten zu lassen, indem er schleunigst die Zulassung zum jüdischen Religionsunterricht beantragte. Die Schuldeputation gab auch seinem Antrag statt.

Am 13. März 1900 verurteilte das Landgericht als Berufungsinstanz abermals Hoffmann zu einer Geldstrafe, jetzt in Höhe von 9 M. Und zwar handelte es sich um das fortgesetzte Fernbleiben seines Sohnes vom evangelischen Religionsunterricht in der Zeit vom 10. Januar bis zum 12. August und vom 15. August bis zum 9. September 1899, sowie um das Fernbleiben von der Schulfeier zu Kaisers Geburtstag und von der Feier des Reformationsfestes am 2. November 1899. Das Gericht schied alle vor dem 27. Mai 1899 liegenden Versäumnisfälle aus, weil sie wegen der Annahme einer einheitlichen Handlung durch das am fraglichen Tage gefällte, oben erwähnte landgerichtliche Urteil mit erledigt seien. Das Fernbleiben von der Reformationsfeier sah das Gericht als dadurch entschuldigt an, daß der Angeklagte bereits alle Schritte gethan hatte, den Knaben in der jüdischen Religion unterrichten zu lassen. Die sämtlichen übrigen Versäumnisse zwischen dem 27. Mai und dem 9. September 1899 erklärte die Strafkammer für eine einheitliche Handlung, da sie sämtlich zurückzuführen wären „auf den im voraus gefaßten einheitlichen Vorsatz, fortdauernd das Kind dem Religionsunterricht fernzuhalten, und da sie völlig gleichartig, fortlaufend aufeinander gefolgt seien". Genosse Hoffmann legte Revision ein. Mit dieser hatte sich der Strafsenat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung zu beschäftigen. Der Angeklagte war persönlich erschienen und vertrat noch einmal gründlich seinen Standpunkt, daß er nicht verpflichtet sei als Dissident, sein Kind am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen zu lassen. Eine solche Verpflichtung widerspräche der in Preußen verfassungsmäßig gewährleisteten Gewissensfreiheit.

Ferner hob Hoffmann die Rechtsunsicherheit hervor, die durch das Schwanken in der Praxis des Kammergerichts verursacht werde. Er als Laie habe sich auf das Urteil aus dem Jahre 1890 verlassen und solle nun dafür büßen, daß hervorragende, in ihrem Fach ergraute Juristen sich geirrt hätten und sich ungestraft irren dürften. Uebrigens müßte er im vorliegenden Fall schon deshalb freigesprochen werden, weil bei Annahme einer einheitlichen Handlung diese alle Versäumnisse seines Sohnes bis zum 14. September 1899 umfasse, d. h. bis zum Tage des für ihn ungünstigen Kammergerichts-Urteils. Für eine Handlung könnte man nur einmal bestraft werden.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das frühere verurteilende Erkenntnis sei durchaus gerechtfertigt und das Gericht habe keine Veranlassung, auf die Dissidentenfrage noch einmal näher einzugehen. Der Senat habe aber angenommen, daß das Landgericht diesmal den Begriff des fortgesetzten einheitlichen Vergehens verkannt habe. An sich sei ja das Gericht berechtigt gewesen, die im Landgerichtsurteil vom 27. Mai 1899 und im Kammergerichtsurteil vom 14. September 1899 nicht berücksichtigten Schulversäumnisse aus der Zeit vom 27. Mai bis zum 9. September desselben Jahrs besonders zu prüfen. Aus dem jetzt angefochtenen Urteil vom 13. März 1900 sei nun jedoch zu entnehmen, daß das Landgericht in den Worten „einheitliche Handlung auf einen im voraus gefaßten Entschluß" den Entschluß gemeint habe, auf den auch alle übrigen schon im vorigen Jahre durch das Kammergerichts-Urteil vom 14. September endgültig abgeurteilten Schulversäumnisse vor dem 27. Mai 1899 zurückzuführen wären. Danach stehe fest, daß sämtliche Vergehen die Folge eines im voraus gefaßten Entschlusses seien und daß sie alle zusammen eine einheitliche Handlung bildeten. Wegen dieser einheitlichen Handlung sei H. aber schon einmal infolge Endurteils des Kammergerichts vom 14. September 1899 bestraft worden, eine abermalige Bestrafung deshalb sei darum unzulässig. Hätte das Landgericht einen andern Entschluß aus der Zeit nach dem 27. Mai 1899 festgestellt, dann wäre seine Entscheidung vom 13. März 1900 gerechtfertigt, so sei sie es aber nicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Parkettbodenleger. In der Versammlung, die gestern im Gewerkschaftshause tagte, konnte berichtet werden, daß die Situation für die Ausständigen außerordentlich günstig ist. Von den 170 Personen, die in der Parkettbodenleger-Branche überhaupt beschäftigt sind, befinden sich gegenwärtig 160 im Ausstand. Die 10 Personen, welche noch weiter arbeiten, können den Ausständigen unter den gegebenen Verhältnissen durchaus keinen Abbruch thun. Die Konjunktur ist eine sehr gute und die Arbeit drängt überall. Die Unternehmer-Vereinigung hat sich zu Verhandlungen mit der Lohnkommission bereit erklärt und ist zu gestern bereits eine Sitzung anberaumt worden. Die Arbeit soll so lange ruhen, bis eine zufriedenstellende Vereinbarung von den beiderseitigen Kommissionen erzielt worden ist und auch Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern sollen unterbleiben. Heute nachmittag 3 Uhr findet im Gewerkschaftshaus wieder eine Versammlung statt, in der die Kommission über das Resultat der Verhandlungen Bericht erstatten wird.

Achtung, Brauer! Kollegen! Trotz größter Mühe der Fünfer-Kommission ist es derselben nicht gelungen, die Mehrzahl der dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend nicht angehörigen Brauereien zur Anerkennung unsrer Forderungen zu veranlassen. Ein Teil derselben hält es gar nicht für nötig, auf unsre wiederholten Schreiben zu antworten. Sie sehen uns deshalb genötigt, den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung, die betreffenden Brauereien zu veröffentlichen, zur Durchführung zu bringen. (Siehe Annonce.) Die Fünfer-Kommission.

Achtung Stuccateure! Die Firma Junkersdorf, Wilmersdorf-Berlin ist gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Aus Pankow wird uns geschrieben: Das Versammlungsrecht scheint für Pankow nicht zu existieren. Die Filiale des Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter Pankow wollte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch eine Versammlung im Blaurockschen Saal abhalten. Blaurock, welcher persönlich zum Amtsvorsteher ging, um obige Versammlung anzumelden, mußte unverrichteter Sache heimkehren, weil der Amtsvorsteher unter keinen Umständen die Versammlung stattfinden lassen wollte. Nachdem von seiten des Amtsvorstehers ein Expreß-Bote zum Landrat gesandt war, wurde Blaurock mitgeteilt, daß der Landrat des Niederbarnimer Kreises ebenfalls die Abhaltung obiger Versammlung nicht dulden werde, eine schriftliche Begründung würde nicht gegeben. Wir möchten anraten, den Beschwerdeweg in allen Instanzen zu verfolgen, denn obiges Verbot würde das Vereins- und Versammlungsgesetz vollständig illusorisch machen.

In Spandau entwickelt sich in erfreulicher Weise die erst vor kurzem ins Leben gerufene Zahlstelle der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Nachdem sich auch die Arbeiter eines dortigen größeren Sägewerks fast vollzählig organisiert haben, beträgt die Mitgliederzahl der Zahlstelle bereits 126. Die Direktion der chemischen Fabrik auf dem sog. „Salzhof", deren Arbeiter fast sämtlich organisiert sind, hat sich denn auch den ruhigen, einheitlichen Wünschen der Arbeiter um Aufbesserung ihrer Lage in mancherlei Beziehung nicht verschlossen, sondern diese Wünsche in der Hauptsache ohne weiteres erfüllt. Vielleicht wird die große Masse der unorganisierten Arbeiter in Spandau jetzt versuchen, es den Fabrikarbeitern nachzuthun.

Von der Firma Völtzkow (Spiegel-, Bilder- und Photographie-Rahmen-Fabrik) erhalten wir folgende Zuschrift:

„In Ihrem Blatte vom 19. cr. bringen Sie eine Notiz, worin 16 meiner Arbeiter wegen Maßregelung und geplanter Abzüge ihre Arbeit niedergelegt haben. Da diese Ausführung den Thatsachen nicht entspricht, so ersuche ich um Richtigstellung dahin, daß diese Arbeiter ihre Thätigkeit eingestellt haben, weil einer ihrer Kollegen, der durch Sticheleien und Beleidigungen aus seinem Arbeitsverhältnis gedrängt wurde — anläßlich seiner Nichtteilnahme an der Maifeier — nach achttägiger Arbeitslosigkeit von mir wieder eingestellt wurde. Einer erneuten Verhandlung war ich nicht zugänglich, da dieselbe lediglich den Zweck verfolgte, diesen einen von seinen Kollegen gemaßregelten Arbeiter und Familienvater von neuem auf die Straße zu setzen."

Auf unsre Anfrage erklärten die Ausständigen nochmals ausdrücklich, daß für sie lediglich die Lohnreduktion als Anlaß zum Streik in Betracht kommt. Die Red.

Deutsches Reich.

Sämtliche Tischler — 50 Mann — der Möbelfabrik von Robert Werner in Schweidnitz sind zwecks Erzielung höherer Löhne in den Ausstand getreten.

Die Angestellten der Stettiner Straßeneisenbahnen, die vor etwa vierzehn Tagen in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintraten, überreichten am Freitagmittag der Direktion der genannten Gesellschaft ihre schriftlich formulierten Forderungen mit dem Bemerken, daß die Angestellten sich die Antwort der Direktion bis Montag, den 28. d. M., mittags 12 Uhr, erbitten. Die Forderungen werden auch für die Strecken-, Bahn-, Oberleitungs- und Schuppenarbeiter gestellt und erstrecken sich besonders auf die planmäßige Erhöhung der Löhne für alle Angestellten sowie die Festlegung der täglichen Arbeitszeit und eine Herabminderung der Strafen. Auch die Errichtung einer Pensionskasse wird neben der Errichtung einer Beschwerdekommission gefordert. Das gesamte Fahrpersonal sowie die Hilfsarbeiter ist mit wenigen Ausnahmen organisiert und ist, wie es den Anschein hat aus diesem Grunde, die Direktion den Vertrauensleuten der Angestellten gegenüber bei Abgabe ihrer Forderungen sehr entgegenkommend gewesen, so daß die Bewegung höchstwahrscheinlich ohne, daß es zum Ausstand kommt mit einem Erfolg für die Angestellten enden wird.

In der Waggonfabrik in Uerdingen am Rhein legten sämtliche Holzarbeiter die Arbeit nieder. Grund: es sollte der Stundenlohn abgeschafft und Accordlöhne eingeführt werden. Die Accordlöhne waren aber derartig niedrig gesetzt, daß die Arbeiter ihren früheren Lohnsatz nicht erreichen konnten. Die Direktion sucht Holzarbeiter heranzuziehen. Es wird ersucht, den Zuzug fern zu halten.

Ausland.

Ueber die Bauarbeiter-Aussperrung in Stockholm sind falsche Zahlen verbreitet worden und zwar vom Arbeitgeber-Verein. Derselbe hatte die Zahl der ausgeschlossenen Zimmerleute und Maurer auf ca. 5000 angegeben, die sich auf 20 000 steigern könnte, wenn die übrigen Baugewerke mit hineingezogen würden. Offenbar haben sie mit dieser Uebertreibung einschüchternd wirken wollen, denn der Arbeiter-Verband konstatiert nun, daß nur 1100 Maurer und 900 Zimmerleute, 6—700 Tischler und ein paar Handlanger, also ca. 3000 ausgesperrt sind.

Der Krieg.

Die Boeren haben sich vom

Rhenosterfluß zurückgezogen,

um hinter den **Vaal** zurückzuweichen, wo sie entschlossen sein sollen, zähesten Widerstand zu leisten. Ihr abermaliger Rückzug ist nicht ihrer Feigheit oder Demoralisation zuzuschreiben, sondern der oft betonten riesigen Uebermacht der Engländer, die diesen bei nicht allzu schwierigem Gelände stets die Möglichkeit der Umgehung der **Boerenflanken** giebt.

Ueber den Rückzug der Boeren meldet Feldmarschall Roberts vom Südufer des Rhenosterflusses vom 23. d. M.: Ich fand bei der Ankunft hier heute früh, daß der Feind während der Nacht geflohen war und eine starke Stellung auf dem Norduser des Flusses besetzt hatte, welche er sorgfältig verschanzte. Der Feind hielt es jedoch nicht für ratsam, diese Stellung zu verteidigen, als er hörte, daß Hamiltons Abteilung in Heilbronn stehe und daß unsre Kavallerie, welche den Rhenoster-Fluß einige englische Meilen weiter abwärts überschritt, seine rechte Nachhut bedrohte. — Die Brücke über den Rhenoster, mehrere Bahnüberführungen und einige Meilen der Bahnstrecke sind zerstört. — Die Truppen Hamiltons hatten die Boeren unter Piet Dewet von Lindsley nach Heilbron vor sich hergetrieben. Der Uebergang über den Rhenoster wurde stark bestritten, und unsre Verluste hätten schwer sein können, wenn wir nicht einen sehr gut verabredeten Plan gehabt hätten, welcher die Brigade unter Smith-Dorrien gerade im rechten Augenblicke an die Flanke des Feindes heranbrachte. — Der unsre Stellung in Boshof kommandierende Offizier meldet, daß sich in den letzten Tagen über 300 Oranje-Boeren ergaben. Kelly-Kenny berichtet, daß die Yeomanry das Land zwischen Bloemfontein und Boshof vom Feind gesäubert habe.

Eine gleichzeitige Meldung des „Reuterschen Bureaus" vom Rhenosterfluß besagt:

London, 24. Mai. Die Boeren, welche die Stellungen von Rhenosterfluß verlassen haben, marschieren jetzt gerade auf den Vaalfluß zu; sie erklären; daß sie bis zum Tode kämpfen werden. General French befindet sich in Prospect, einem Orte an der Eisenbahn ungefähr 5 Meilen nördlich des Rhenosterflusses. General Hamilton wirkt bei den Bewegungen Frenchs mit.

Ob die Boeren wirklich ernstlichen Widerstand leisten werden, hängt also lediglich davon ab, ob Lord Roberts nicht wieder ihre Flanken und ihren Rücken zu bedrohen vermag.

Im übrigen ist mitzuteilen, daß die Boeren einige

kleine Erfolge

zu verzeichnen haben.

Bei dem Ueberfall der Schwadron des Obersten Bethune erbeuteten die Boeren auch 2 Maxim-Geschütze nebst reichlicher Munition.

Ferner melden amtliche Boeren-Telegramme, daß die Boeren in den Gefechten, die der Besetzung Heilbrons durch die Engländer vorangingen, 20 Engländer, darunter 3 Offiziere, zu Gefangenen gemacht hätten.

Weiter wird dem „Reuterschen Bureau" aus dem Boerenlager bei Volksrust von 20. gemeldet: Gestern nachmittag griffen die Vorposten der Boeren eine Abteilung britischer Truppen zwischen Nautu und Mount Prospekt, südlich von Majuba an. Acht Engländer wurden getötet, dreizehn verwundet. Die Boeren hatten keine Verluste. Die Burghers sind mehr denn je entschlossen, einer Invasion in Transvaal entgegenzutreten.

Ein andres in Pretoria eingegangenes amtliches Telegramm behauptet sogar, daß die Boerenstreitkräfte am vergangenen Dienstag bei Heilbron in ein Gefecht mit den Engländern geraten seien, wobei die Engländer sich unter Zurücklassung von 60 Toten und Verwundeten hatten zurückziehen müssen und 200 Engländer gefangen genommen worden seien.

Andrerseits laufen englischerseits beständig Nachrichten über Abteilungen von Oranje-Boeren ein, die sich ergeben hätten.

Eine in Kapstadt verbreitete Nachricht, daß das der Boerenmission angehörende Mitglied Fischer Krüger zum schleunigen Friedensschluß geraten habe, ist sofort dementiert worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oestreichische Delegation.

Budapest, 25. Mai. (W. T. B.) Die heutige zweite Plenarsitzung der östreichischen Delegation verhandelte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. Elf Redner hatten sich eingetragen, darunter vier Czechen contra. Kaftan (Czeche) bespricht die Berliner Reise Kaiser Franz Josephs und erklärt, die Czechen könnten dieselbe unmöglich als Stärkung der Großmachtstellung Oestreich-Ungarns ansehen. Berlin sei durch den Besuch Mittelpunkt der europäischen Politik geworden, in Rußland aber Mißstimmung erzeugt. Redner bezeichnet es als einen Affront gegenüber den Czechen, daß die Beteiligung Kaiser Franz Josephs an der Enthüllung des Standbildes des Kaisers Sigismund im Programm in Aussicht genommen gewesen. Dank dem Kaiser Franz Joseph sei dieser Affront dem czechischen Volk erspart geblieben. Die Czechen wollten die besten Beziehungen zu Deutschland, aber nicht, daß Oestreich-Ungarn ein Vasallenstaat Deutschlands werde. Vor Angriffen Rußlands, welches Oestreich-Ungarn stets Beweise loyalen und korrekten Vorgehens gegeben, habe sich Oestreich-Ungarn nicht zu fürchten. Der Dreibund habe Oestreich-Ungarn wirtschaftliche Nachteile gebracht. Das deutsche Zolltarifprojekt weise auf eine beabsichtigte enorme Erhöhung des Zolles hin. Redner kritisiert die Politik Oestreich-Ungarns gegenüber Serbien und Montenegro und wünscht Anlehnung an Rußland.

Stransky (Czeche) führt aus, der Besuch des Kaisers sei von den Berliner Arrangeuren aufgebauscht worden; die östreichische Diplomatie hätte rechtzeitig abwinken sollen. Redner wirft dem Grafen Goluchowski Unstetigkeit und Wankelmütigkeit in der Politik vor und meint, der Einfluß Oestreich-Ungarns in Konstantinopel sei ganz geschwunden; das beweise die Affaire des östreich-ungrischen Militär-Attachés Freiherrn v. Gießl. Redner verlangt die Vorlage von Rotbüchern und wirft Goluchowski Einmischung in die innere Politik zum Nachteil der Czechen vor, welche daher mit Mißtrauen Goluchowski gegenüber erfüllt seien.

Nach Stransky spricht Demel und erklärt, die Deutschen billigten vollkommen die Politik Goluchowskis. Sie hielten am Dreibunde und der Bekräftigung desselben durch die intimen Beziehungen der Monarchen unter einander fest. Nicht minder freudig begrüßten sie das Einverständnis mit Rußland in der Orientfrage und die freundschaftlichsten Beziehungen zu diesem aufstrebenden Staat. Redner wünscht engen wirtschaftlichen Anschluß zwischen Deutschland und Oestreich. Slama bespricht die Ausweisungen aus Deutschland und citiert das Amtsblatt der preußischen Regierung im Regierungsbezirk Liegnitz, nach welchem aus dem Landkreise Beuthen 199 Personen wegen ihrer mährischen, czechischen oder polnischen Abstammung ausgewiesen seien.

Karlsruhe, 25. Mai. (W. T. B.) Bei der heutigen Stichwahl im VII. badischen Reichstags-Wahlkreis ist Schüler (Centrum) gewählt. Nach den bisherigen Feststellungen erhielt derselbe 9534 Stimmen. Reinhard (natl.) erhielt 9050 Stimmen.

Wien, 25. Mai. (W. T. B.) Bei den heutigen **Gemeinderatswahlen** des zweiten Wahlkörpers in sämtlichen 20 Bezirken Wiens wurden in 17 Bezirken durchweg die Christlich-Socialen gewählt. In zwei Bezirken wurden Christlich-Sociale gewählt und außerdem ist eine Stichwahl erforderlich.

Philadelphia, 25. Mai. (W. T. B.) In einer Besprechung der Rede, die der amerikanische Botschafter in Berlin, White, an die deutschen Krieger aus Amerika richtete, sagt der „Public Ledger": Wenn nicht die Demagogen in beiden Ländern wären, die sich bemühen, Unruhen zu stiften, damit sie persönlich Vorteil daraus ziehen, so würde nicht der Schatten einer Mißhelligkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehen.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

202. Sitzung. Freitag, den 25. Mai 1900, 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Am Platze des Herrn Abg. Dr. Langerhans liegt ein großer Blumenstrauß.

Präsident Graf **von Ballestrem:**

Unser lieber hochverehrter Kollege Herr Dr. **Langerhans** vollendet heute in erfreulichster Frische des Geistes und des Körpers sein 80. Lebensjahr. Ich weiß, daß ich im Sinne aller Kollegen handele, wenn ich dem ehrwürdigen Geburtstagskinde unsre herzlichsten Glückwünsche darbringe, zugleich mit dem Wunsche, daß auch sein fernerer Lebensabend sich als ein segensreicher und ungetrübter für ihn gestalten möge. (Bravo!) Als äußeren Ausdruck unsres Glückwunsches habe ich auf dem Platze des Herrn Dr. Langerhans im Namen des Reichstags eine Blumenspende niederlegen lassen. (Bravo!) Wir bedauern lebhaft, daß der Herr Kollege durch dienstliche Abhaltung verhindert ist, unsre Glückwünsche persönlich entgegen zu nehmen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **dritte Beratung** des **Nachtragsetats,** der 2 Millionen für das fünfte Kabel nach England verlangt.

Abg. Dr. **Eickhoff** (frs. Vp.)

fragt an, ob die Legung und der Betrieb dieses Kabels der Deutsch-atlantischen Telegraphen-Gesellschaft übertragen sei, und ob es richtig sei, daß der Herr Staatssekretär dieser Gesellschaft gegenüber eine Garantie für die Deckung von etwaigen Deficits von Reichswegen übernommen habe.

Geheimrat **Sydow**

erwidert, daß eine solche Garantie nicht gegeben sei und daß das neue Kabel auch nicht der Deutsch-atlantischen Telegraphen-Gesellschaft übergeben, sondern gemeinsamer Besitz der deutschen und englischen Regierung sei.

Der Nachtragsetat wird hierauf unverändert bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung der Novellen zum **Unfall-Versicherungsgesetz.**

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Es ist zweifellos, daß das Gesetz einige Verbesserungen bringt. Das ist ja aber eigentlich selbstverständlich, denn bei jedem Gesetz werden ja immer einige berechtigte Forderungen zurückgestellt, weil man sich sagt, man kann ja später abändern und verbessern. Solche Verbesserungen sind z. B. die Ausdehnung des Kreises der Versicherten, die Erhöhung der Waisenrente, die Einfügung des Begriffs der vollständigen Hilfslosigkeit. Auch kann die Rente jetzt schon früher als nach Ablauf der 13. Woche gezahlt werden und das mindeste Sterbegeld ist von 30 auf 40 M. erhöht. Beim See-Unfallversicherungsgesetz hat man die volle Heuer der Berechnung der Witwen- und Waisenversicherung zu Grunde gelegt usw. Andrerseits aber taucht doch die Frage auf: **„Genügen die Verbesserungen?"** Ich glaube diese Frage **verneinen** zu müssen. Ich betrachte nämlich das neue Gesetz nicht lediglich im Vergleich zu dem alten, sondern im Vergleich zu dem ganzen wirtschaftlichen Leben und da fragt sich doch, was wurde in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage des Jahres 1884 seiner Zeit damals den Arbeitern bewilligt und was bewilligt man ihnen bei der heutigen wirtschaftlichen Lage. 1884 that man mit dem Gesetz gewissermaßen einen Sprung ins Dunkle, es gehörte ein gewisser Mut dazu, den Unternehmern eine ganze Reihe von Lasten aufzubürden. Seit 1884 hat sich aber die Geschäftslage ganz erheblich verbessert. Wir haben zwar keine vollständige sociale Statistik, aber für einzelne Berufe besteht sie doch, und besonders für den Bergbau ist es statistisch festgestellt, daß der Wert der Produktion sich seit 1884 enorm gesteigert hat, während die Lohnsteigerungen seit jener Zeit durchaus nicht so große sind, so daß also die **Profitrate der Unternehmer erheblich höher geworden** ist. Das zeigt sich ja auch an den Kursen, die am besten Zeugnis von dem ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung seit 1884 ablegen. Es wäre daher mir angebracht gewesen, daß man das neue Gesetz diesen neuen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hätte und den Arbeitern mehr darin zugestanden hätte, als geschehen ist. Dazu war ja auch noch vor zwei Jahren einigermaßen Neigung vorhanden.

Man sagt: mit dem, was hier bewilligt wird, wird den Arbeitern ein besonderes Geschenk gemacht. Solche Ansichten dürfen wir überhaupt nicht aufkommen lassen. Herr von Bötticher hat übrigens 1884 die thatsächliche Lage viel richtiger erörtert, als er den Unternehmern sagte: „Wir arbeiten ja für Sie". Gegenüber den alten Bestimmungen des Haftpflicht-Gesetzes mit seinen schwankenden Belastungen war die Versicherungs-Gesetzgebung für die Unternehmer thatsächlich viel günstiger, da sie nur eine ganz bestimmte Summe in Rechnung stellen konnten. Die Gesamtausgaben für die Versicherung betragen auch nur 6 Pf. pro Kopf und Arbeitstag. Das ist eine so minimale Summe, daß sie jeder Unternehmer zu tragen vermag. Ein weiterer Vorteil für die Unternehmer liegt auch darin, wenn durch die Versicherung die Gesundheit der Arbeiter erhalten wird. Das hat nicht nur hohen ideellen, sondern auch großen materiellen Wert, da hierdurch die Leistungsfähigkeit der Industrie gesteigert wird. Andrerseits hat man den Arbeitern seit 1884 eine Reihe neuer Lasten aufgebürdet. So betrugen die Getreidezölle 1884 1,85 M., 1885 3 M., 1887 5 M. Die Mietspreise sind gestiegen, ebenso die Fleischpreise. Durch diese Fleischsteigerung werden alle Lohnsteigerungen, die etwa stattgefunden haben, ausgeglichen. Erst vor kurzem haben Sie noch das Fleischbeschau-Gesetz angenommen, und es ist sehr möglich, daß durch die infolgedessen zu erwartende Erhöhung der Fleischpreise, alle Vorteile, die durch dieses Gesetz dem Verletzten gegeben werden, durch dieselbe wieder aufgehoben werden. Dabei werden durch dieses Gesetz nicht einmal die Forderungen erfüllt, die 1887 die Führer der Mehrheit nicht für gerechtfertigt hielten. So zum Beispiel die Verkürzung der Karenzzeit auf vier Wochen, die Erhöhung der Rente für Ganzwaisen auf 25 Proz. Auch wurde damals gefordert, daß nur ein amtlich bestellter Arzt Ueberführung in eine Heilanstalt beantragen könne. Weiter wurde die Teilnahme von Arbeitervertretern bei Festsetzung der Rente und bei Einleitung des Heilverfahrens als völlig berechtigt anerkannt, ja man verlangte sogar Rentenfestsetzungs-Kommissionen. Auch verlangte man, daß die Vorstände der Hilfskassen größere Rechte bei den Wahlen zum Schiedsgericht haben sollten.

Der größte Teil dieser Forderungen ist ja nun heute nicht nur nicht wieder gestellt worden, sondern wir haben sogar das Schauspiel erlebt, daß diejenigen, die damals diese Anträge stellten, jetzt dagegen gestimmt haben. Man sagt, die Regierung würde ihre Zustimmung nicht geben. Seiner Zeit schien es ja, als ob die Regierung die Vorschläge der Kommission wieder als Vorlage einbringen würde, da aber erklärte der Verband deutscher Industrieller, er könnte diese Beschlüsse der Kommission unter keinen Umständen billigen. Auf diese Weise werden wir schließlich dahin kommen, daß **der Reichstag den Verband deutscher Industrieller als Ober-Reichsregierung anerkennt.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das können wir natürlich nicht mitmachen.

Trotz alledem würde aber die Möglichkeit für uns vorhanden sein, dem Gesetz unsre Zustimmung zu geben, wenn nicht durch dasselbe eine ganze Reihe von Verschlechterungen geschaffen würden, wodurch die Verbesserungen fast vollständig kompensiert werden. So wird durch § 5 einer Anzahl von Leuten, die bisher einen Rentenanspruch haben, derselbe entzogen. Es heißt freilich, daß dies nur in Fällen vorkommen soll, wo der Unfall sich bei Begehung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens ereignet hat, und das scheint ja auch von vornherein ganz plausibel. Denken Sie doch aber zum Beispiel an den Fall, der sich in Westfalen vor einigen Jahren ereignet hat, wo in einem Bergwerk übergebaut wurde in das Revier eines Nachbarwerks. Wäre dabei ein Unfall passiert, so hätte man den Verletzten auch eine Rente absprechen können, da es sich um einen unterirdischen Diebstahl handelte und die Leute ja thatsächlich auf diesem Gebiet nichts zu suchen hatten. Vergehen gegen das Dynamitgesetz können im Bergwerksbetrieb sehr leicht vorkommen.

Die zweite Verschlechterung liegt darin, daß man ein besondres Eherecht für die Arbeiter geschaffen hat, indem die Berufsgenossenschaft eine vom Richter noch nicht aufgelöste Ehe schon als nicht bestehend betrachten kann, und endlich bedeutet das Ruhen der Rente in einzelnen Fällen eine Verschlechterung des Gesetzes. Dazu kommt, daß man in einzelnen Fällen auch den Nachweis der Bedürftigkeit verlangt, also einen Grundsatz des Armenrechts hier hineingebracht hat. Es ist doch ganz zweifellos, daß ein Kind, das seine Mutter verliert, bedürftig ist, während es nach dem Gesetz erst nachweisen muß, daß die Mutter ganz oder überwiegend seinen Unterhalt bestritten hat. Nun beruhigt man sich dabei, daß ja die Berufsgenossenschaft das Recht erhalten, nach eignem Ermessen in geeigneten Fällen eine höhere Rente als die gesetzlich festgelegte zu zahlen. Damit verschiebt man aber ganz den eigentlichen Charakter der Berufsgenossenschaften, man macht sie zu Wohlthätigkeitsanstalten, und übergiebt ihnen Aufgaben, die sie nicht erfüllen können, da ihnen zur Erforschung der Verhältnisse des Rentenberechtigten die geeigneten Organe fehlen, wie sie den Armenbehörden zur Verfügung stehen.

Eine weitere Verschlechterung liegt in der Einschränkung der Haftpflicht. Ganz abgesehen von dem Wert, den die Haftpflichtentschädigung bisher gehabt hat, steht es doch ganz ohne Beispiel in der Geschichte der Gesetzgebung da, daß man Leuten einen Rechtsanspruch nimmt, den sie bisher gehabt haben, ohne ihnen einen andren dafür zu geben. Bei den Privatposten hat man doch eine Entschädigung für den Verlust eines Rechtes für berechtigt anerkannt, dem Arbeiter gegenüber hält man das nicht für notwendig. Eine Mutter, die für ihren Sohn alles gethan hat, um ihm eine gute Ausbildung zu geben, verliert den Anspruch auf Rente, wenn der Sohn als Lehrling verunglückt, weil sie nicht nachweisen kann, daß sie auf ihn als Ernährer zur Zeit des Unfalls angewiesen war, sie hat aber auch keinen Anspruch auf Entschädigung auf Grund des Haftpflicht-Gesetzes.

Gegenüber all dieser Verschlechterungen reichen die Verbesserungen durchaus nicht aus, ganz abgesehen davon, daß ja die ganze übrige Wirtschaftspolitik zu Gunsten der Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiter geht, die unter der geplanten Erhöhung der Getreide- und Fleischpreise am meisten zu leiden haben. — Wenn wir nun nicht in den Jubel über das so verbesserte Gesetz einstimmen, wird man uns wieder vorwerfen: Wir lebten ja nur von der Unzufriedenheit der Arbeiter und suchten diese daher zu erhalten. Diese durch nichts begründete Behauptung kann ich jetzt ganz schlagend zurückweisen an der Hand einer Abstimmung, die vor acht Tagen in der **Schweiz** vollzogen worden ist. Dort ist ein Unfallversicherungs-Gesetz, das noch erheblich weiter ging als dieser Entwurf, trotzdem von der großen Mehrheit der Bevölkerung verworfen worden. Dieses Votum beweist aber, daß, wenn wir auch früher derartige Gesetze abgelehnt haben, wir nur die Stimmung zum Ausdruck brachten, die in der That in der großen Masse der Bevölkerung vorherrscht (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), und dadurch erklärt es sich ja auch, daß trotz unsres ablehnenden Votums unsre Partei keinen Schaden erlitten hat. Ich betrachte aber dies Gesetz nicht vom parteipolitischen Standpunkt, sondern sage, wenn wir überhaupt einem Versicherungsgesetz unsre Zustimmung geben sollen, so müßte es mehr Verbesserungen, zum mindesten aber keine so erheblichen Verschlechterungen enthalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Rösicke**-Dessau (wildlib.):

Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Vorredners leider nicht entnehmen können, wie er und seine Freunde in der Gesamtabstimmung sich zu dem Gesetz stellen werden. Ich möchte zunächst der Ansicht des Herrn Molkenbuhr entgegentreten, als ob das Reich auf dem Gebiet der Unfallversicherung so gut wie gar nicht vorwärts komme. Auch die Herren Socialdemokraten werden, wenn sie unter sich sind, zugeben müssen, daß wir ein ganzes Stück weiter sind als andre Staaten. Es ist ein glücklicher Umstand, daß gerade jetzt mit Rücksicht auf die Pariser Ausstellung ein neuer Leitfaden erschienen ist, in dem die Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiter-Versicherung nochmals zusammengestellt sind. Nach ihm sind auf dem Gebiete der Krankenversicherung von 1885 bis 1893 ausgegeben 1144 Millionen, wovon allerdings die Arbeiter einen großen Teil beigetragen haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber in derselben Zeit sind nur von den Arbeitgebern geleistet für die Unfallversicherung 517 Millionen und für die Invalidenversicherung 402 Millionen. Das sind doch so erhebliche Leistungen, daß man nicht so darüber hinweggehen darf, wie der Abgeordnete Molkenbuhr es gethan hat. Ich kann Herrn Molkenbuhr auch nicht darin zustimmen, daß die Verbesserungen, die in das Gesetz hineingekommen sind, geringfügiger Art sind. Nicht nur in Bezug auf den Kreis der Personen hat eine Ausdehnung der Versicherung stattgefunden, sondern auch in Bezug auf die Thätigkeit, die Veranlassung zu einem Unfall geben kann, ferner in Bezug auf das Heilverfahren und die Unfallverhütungs-Vorschriften. Herr Molkenbuhr hat ausgeführt, die Arbeiter wollen keine Wohlthaten, sie wollen nur ihr Recht. Die vorliegenden Gesetze zeigen doch aber gerade, daß wir alle diese Rechte anerkennen. Es handelt sich nur um das Maß, wie weit wir in dieser Hinsicht gehen dürfen und gehen können. — Zum Schluß noch eine Bemerkung zu dem Kapitel „Ruhen der Rente". Wir haben eine bessere Vorschrift in dieser Beziehung nur beim See-Unfallgesetz, und ich werde deshalb mit andern Mitgliedern zusammen vorschlagen, die Bestimmungen dieses Gesetzes über das Ruhen der Rente in möglichste Uebereinstimmung mit dem See-Unfallgesetz zu bringen. — Jedenfalls werden Sie, wenn Sie berücksichtigen, was als Vorteil und Verbesserung an diesem Gesetz anerkannt werden muß, und dem gegenüberstellen, was Herr Molkenbuhr als Verschlechterung bezeichnet hat, selbst angenommen, daß das alles auch Verschlechterungen sind, zu dem Schlusse kommen, die Verbesserungen überwiegen die vermeintlichen Verschlechterungen in einem Maße, daß es unverantwortlich wäre gegenüber der Arbeiterschaft, dieses Gesetz nicht anzunehmen. (Bravo! bei den Freisinnigen, im Centrum und rechts.)

Abg. Dr. **Oertel**-Sachsen (k.):

Ich gebe dem Abg. Molkenbuhr darin recht, daß sich die Arbeiter durch dieses Gesetz nicht ein Geschenk, sondern ein gewisses Recht erwerben sollen. Sie können sich aber dieses Recht nur erwerben durch Opfer der Gesamtheit und der Arbeitgeber, die bei diesen Opfern oft über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinausgehen müssen. Herr Molkenbuhr sagte, seit 1884 seien die Arbeiter stark belastet worden. Ich stelle dem gegenüber fest, daß seit 1884 die Preise für Weizen, Roggen und Speisekartoffeln nur ganz unwesentlich gestiegen sind, während ich vor kurzem wieder im „Vorwärts" lesen konnte, daß die Löhne in den meisten Berufsarten in dieser Zeit ganz wesentlich gestiegen sind. Gewiß, die Konjunkturen sind in den letzten Jahren für viele Industrien sehr befriedigend gewesen. Aber in den mittleren und kleineren Betrieben sind die Warenpreise so gestiegen, daß das Unkostenkonto den Reingewinn aufgezehrt, und diese Betriebe sind die festesten Stützen der Monarchie und der ganzen Kultur. (Oho! links.) Deshalb ist ihre Lage bei der socialen Gesetzgebung besonders zu berücksichtigen. Außerordentlich schwer aber fallen die Lasten der Unfallversicherung den landwirtschaftlichen Betrieben. Das Fazit, das wir ziehen, ergiebt eine so empfindliche Mehrbelastung der Landwirtschaft, daß einige meiner Freunde geraten haben, die Gesetze abzulehnen. Aber wir werden trotz aller Bedenken, trotz des Bewußtseins, daß wir der Landwirtschaft neue große Lasten zumuten, fast ausnahmslos für das Gesetz stimmen, weil es stets unser Streben gewesen ist, die Lage der wirtschaftlich Schwächsten zu verbessern. Der landwirtschaftliche Arbeiter freilich wird m. E. gegenwärtig noch immer als Arbeiter zweiter Klasse behandelt. Ich strebe deshalb dahin, daß er mit dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werde, denn nur dadurch wird der Landflucht der Arbeiter Einhalt geboten. Das Gesetz bedeutet einen Schritt auf dem Wege, der zur Gleichstellung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeiter führt; auch deshalb werde ich für das Gesetz stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Hitze** (C.):

Ich habe mich gefreut, daß Herr Oertel es anerkannt hat, daß die Durchschnittslöhne der ländlichen Arbeiter erhöht werden müssen. Es liegt das im Interesse der Landwirtschaft selbst. Es ist deshalb nur zu wünschen, daß die Regierung der von uns gestellten Resolution Folge giebt. Die ländliche Unfallversicherung ist eine Wohlthat für die ländlichen Betriebsunternehmer, denn sonst würde das Haftpflichtgesetz Platz greifen und ein Unfall würde dann oft den ganzen Betrieb in Frage stellen können. Wir werden uns auch bei dritten Lesungen aller Aeußerungen möglichst enthalten. Wir halten das Gesetz für einen so kolossalen Fortschritt, daß wir mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sind und das Gesetz möglichst bald verabschieden wollen. Wir werden deshalb auch nur für die Anträge eintreten, die von vornherein einer Mehrheit im Hause sicher sind. Wir haben diese Zurückhaltung schon in der Kommission beobachtet und sind als entscheidende Partei dazu verpflichtet. Denn sonst könnte leicht durch unsre Entscheidung das ganze Gesetz Gefahr laufen und scheitern. Der Abg. Molkenbuhr hat die nachteiligen Stellen besonders hervorgehoben und dabei noch wesentlich übertrieben. Das Beispiel des Abg. Molkenbuhr über ungerechtfertigten Rentenentzug war ganz verfehlt. Zur Rentenentziehung gehört doch, daß sich der Arbeiter strafbar gemacht hat. Die Bergleute, die angewiesen worden sind auf fremdem Grund und Boden zu hauen, sind doch nicht strafbar, dafür ist allemal der Betriebsunternehmer verantwortlich. Andrerseits kann man doch bei einer strafbaren Handlung nicht Rente bewilligen. Es kann doch keine Berufsgenossenschaft einem Einbrecher, der sich bei einem Einbruch verletzt hat, Rente zahlen. Herr Molkenbuhr sieht in der Unfallversicherung einen nur ungenügenden Ersatz für die Haftpflicht. Die Haftpflichtprozesse waren aber ein Unglück für die Arbeiter. Es mußte immer erst das Verschulden des Unternehmers nachgewiesen werden und das war meist sehr schwierig. Man muß doch überhaupt die ganze Sache vom socialen, nicht vom individuellen Gesichtspunkt ansehen. Herr Molkenbuhr sagte, wir hätten keinen Grund, das Gesetz mit Jubel zu begrüßen. Wir jubeln auch nicht. Das Gesetz stellt einen gesunden maßvollen Fortschritt dar und ich hoffe, daß auch der Abgeordnete Molkenbuhr das noch einmal zugeben wird. Die vom Abgeordneten Molkenbuhr erwähnte Abstimmung in der Schweiz bedaure ich. Ich glaube auch der Abgeordnete Molkenbuhr bedauert sie (Molkenbuhr nickt), wenn wir heute das Gesetz einstimmig annehmen, so wird das auf die Zwiespältigkeit der Ansichten in der Schweiz wohlthuend wirken. (Beifall im Centrum).

Abg. **Dr Lehr** (natl.)

polemisiert gegen den Abgeordneten Oertel wegen seiner Aeußerung über die Zulassung nicht mündelsicherer Papiere die Anlegung der Kapitalien der Versicherungsgelder. Den Wert unserer socialen Gesetzgebung haben ja die Herren Hitze und Rösicke bereits dargelegt, ich will nicht weiter darauf eingehen, die Socialdemokraten werden ja doch stets bei ihren gegenteiligen Behauptungen bleiben. Ich kann mich auf die Erklärung beschränken, daß meine Freunde trotz einiger Bedenken für die Gesetze stimmen werden. Wir werden damit einen kräftigen Schritt vorwärts thun auf dem Gebiet der socialen Gesetzgebung, auf dem wir ja allen andren Nationen voranschreiten. Wir glauben, daß auch die Arbeiter die Verbesserungen, die diese Gesetze bringen, anerkennen werden, aber nicht um dieser Anerkennung willen, sondern um unsre Pflicht zu erfüllen, stimmen wir für die Gesetze. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Dem Herrn Abg. Oertel erwidere ich, daß die Belastung der Unternehmer durch die Unfallversicherung den wirtschaftlichen Aufschwung nicht verhindert hat, im Gegenteil, dieser hat sich gerade mit infolge der Unfallversicherung seit dem Jahre 1884 vollzogen. Was die Getreidezölle anlangt, so hätte Herr Oertel nachweisen müssen, daß 1898 die Differenz der Getreidepreise in Deutschland zu den Weltmarktpreisen nicht größer war als sie 1884 gewesen ist. Ueber die Zurückhaltung des Herrn Hitze bei der Beratung dieses Gesetzes habe ich mich selbst gewundert. Ich habe allerdings geglaubt, sie hinge mit der lex Heinze zusammen. Jedenfalls halte ich es für ganz unberechtigt, wenn man Anträge, die man für vollberechtigt hält, nur deshalb nicht vertritt, weil die Regierung nicht dafür zu haben ist. Wenn die Regierung das Bedürfnis hat, solche vollberechtigten Wünsche zurückzuweisen und sich vor dem Volke zu blamieren, so trägt sie selbst dafür die Verantwortung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was den Fall eines Unfalls bei Begehung einer strafbaren Handlung betrifft, so hat Herr Hitze nicht recht, wenn er meint, der Arbeiter selbst, müsse sich eines strafbaren Vergehens schuldig gemacht haben. Davon steht nichts im Gesetze. — Ich habe nicht gesagt, daß die Unfallversicherung ein ungenügender Ersatz für die Haftpflicht sei, sondern ich habe darauf hingewiesen, daß es ganz ungerecht ist, wenn Fälle vorkommen können, in denen ein Anspruch auf Grund des Haftpflichtgesetzes nicht erhoben werden kann, obgleich der Betreffende auch keinen Anspruch auf Unfallrente hat. — Die Abstimmung in der Schweiz habe ich nur zum Beweise dafür erwähnt, daß wir nur der Stimmung im Volke Ausdruck geben, wenn wir gegen derartig mangelhafte Versicherungsgesetze stimmen. Uebrigens ist es in der Schweiz eher möglich, Verbesserungen in solche Gesetze zu bringen, da dort das Volk entscheidet, bei uns aber der Verband deutscher Industrieller. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der **Specialdiskussion** werden die §§ 1 bis 4 unverändert angenommen.

In **§ 5,** der Gegenstand der Versicherung und Umfang der Entschädigung behandelt, beantragen die Abgg. Fischer (Sachsen), Hoch, Molkenbuhr und Stadthagen (Soc.) folgende Bestimmungen zu streichen:

„Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im Inlande wohnende Angehörige hat, welche im Fall seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder teilweise den Angehörigen überwiesen werden. — Die Ablehnung kann, auch ohne daß die vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht erfolgen kann."

Abg. **Hoch** (Soc.):

Es ist schon bei der Generaldebatte ein Fall erwähnt worden, der die Konsequenzen beleuchtet, zu welchen dieser Absatz führen würde. Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

Geheimrat **Caspar:**

Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Hitze in der Generaldebatte dem Herrn Abg. Molkenbuhr erwidert hat und bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Fischer-Sachsen u. Gen. (Soc.) wird hierauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten **abgelehnt,** § 5 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

In § 5a lautet der letzte Absatz: „So lange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls thatsächlich oder unverschuldet arbeitslos ist, kann der Genossenschaftsvorstand die Teilrente bis zum Betrage der Vollrente vorübergehend erhöhen."

Hier beantragen die **Socialdemokraten**, den Nachsatz zu fassen wie folgt: „ist die Teilrente bis zum Betrage der Vollrente zu erhöhen."

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

In dem § 5a ist eine der wesentlichen Verschlechterungen des bestehenden Gesetzes vorhanden, die aus einem an sich guten Gedanken hineingekommen ist. So wie der Text jetzt lautet, heißt es: Wer aus Anlaß eines Unfalls unverschuldet arbeitslos ist, gilt nicht als voll erwerbsunfähig. Der Genossenschaftsvorstand soll erst die Entscheidung haben. Ich bitte Sie dringend, diese Verschlechterung herauszubringen. Es läßt sich gar nicht ermessen, wie sehr dadurch die Rente sinken kann. Uebrigens vertreten wir in unserem Antrag nicht nur einen Wunsch der Arbeiter, sondern auch der Berufsgenossenschaften.

Abg. **Trimborn** (C.):

Wie kann man hier von einer Verschlechterung reden? Die Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit ist doch ein ganz neues Moment, das in dem bisherigen Gesetz nicht vorhanden ist. Die Berücksichtigung ist allerdings nur fakulativ; aber der Grund hierfür ist doch nur der, daß die Unfallversicherung mit der Arbeitslosigkeit an sich nichts zu thun hat. Uebrigens hat schon Herr Röficke darauf hingewiesen, daß das fakulative sich zur Regel auswachsen wird.

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Wir bekämpfen den Absatz in dieser Fassung, weil er die falsche Ansicht, als ob bei der Erwerbsunfähigkeit nicht auf die Arbeitslosigkeit Rücksicht zu nehmen sei, festlegt. Jetzt hat das Bürgerliche Gesetzbuch für ganz Deutschland einen gültigen Begriff darüber festgelegt, was Erwerbsunfähigkeit ist. Diese Festsetzung soll für diesen Teil des Arbeiterrechts nicht gelten? Darum ist es notwendig, daß hier die positive Bestimmung getroffen wird, daß auch im Fall der Arbeitslosigkeit der entgangene Gewinn ersetzt wird. Nach Ansicht der Arbeitervertreter und der allgemeinen Rechtsanschauung steht es fest, daß, wenn jemand infolge eines Unfalls arbeitslos ist, er völlig erwerbsunfähig ist und die festgelegte Vollrente zu erhalten hat. Eine entgegenstehende irrige Rechtsauffassung bitte ich nicht durch Ablehnung unsres Antrags zu stärken. Herr Röficke hat ja selber zugegeben, daß eine ganze Reihe nicht unerheblicher Verschlechterungen in das Gesetz hineingekommen sind, zu seinem Bedauern, wie ich hinzufüge. Umsomehr bitte ich Sie, unseren Prinzipalantrag anzunehmen.

Geheimrat **Caspar**:

Die Erwerbsunfähigkeit ist ein physischer Zustand, die Arbeitslosigkeit ist aber eine Folge des Arbeitsmarktes. Herr Trimborn hat daher ganz recht mit dem, was er sagte. Gegenwärtig dürfen die Berufsgenossenschafts-Vorstände nicht an Arbeiter, die teilweise erwerbsunfähig sind, die Vollrente zahlen, denn sie haben das Vermögen der Genossenschaft wie Vormünder zu verwalten.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Es steht ja in dem Paragraphen ausdrücklich: so lange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls thatsächlich oder unverschuldet arbeitslos ist. Daraus geht hervor, daß die Berufsgenossenschaft nichts zu zahlen hat, soweit die Lage des Arbeitsmarktes die Arbeitslosigkeit bedingt. Die Anschauung des Vorredners scheint mir also irrig.

Der Antrag der Socialdemokraten wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. § 5a unverändert angenommen. Ebenso § 5b mit einer vom Abg. Röficke beantragten redaktionellen Aenderung.

In § 5c, der in Abs. 3 bestimmt, daß verletzte Personen während des Heilverfahrens nur mit ihrer Zustimmung in andre Heilanstalten übergeführt werden dürfen, beantragen die Socialdemokraten, den letzten Satz zu streichen, nach dem „diese Zustimmung durch die untere Verwaltungsbehörde des Aufenthaltsorts ergänzt werden kann."

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.)

hält es für falsch, der unteren Verwaltungsbehörde ein solches Verfügungsrecht einzuräumen.

Geheimrat **Caspar**:

Wir haben in der Kommission nach einer objektiven Instanz gesucht, die darüber entscheiden soll, ob die Absicht der Berufsgenossenschaft, den Verletzten in eine Heilanstalt zu überführen, richtig ist. Die gefundene Lösung erscheint zweckmäßig, weil der Verletzte nicht zu einem Urteil darüber qualifiziert erscheint, ob es zu seinem Besten ist, wenn er in eine andre Heilanstalt gebracht wird.

Der Antrag der Socialdemokraten wird darauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Freisinnigen abgelehnt. (Als der Präsident dies feststellt, entsteht auf der Linken Heiterkeit, weil bei der schlechten Besetzung der Rechten und des Centrums die angebliche Majorität eine thatsächliche Minorität ist.)

Die §§ 5d, 5e, 5f und § 6 werden debattelos angenommen.

In § 6a, der von dem Anspruch der Witwe und den Kindern eines Verstorbenen handelt, beantragen die Socialdemokraten folgende Bestimmungen zu streichen:

„Der Anspruch der Witwe kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn die Ehefrau seit mindestens einem Jahr vor dem Unfall ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft sich ferngehalten und ohne Beihilfe des Ehemanns ihren Unterhalt gefunden hat.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Fall der Tötung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren."

Der Präsident teilt mit, daß ein übereinstimmender Antrag des Abgeordneten Röficke-Dessau vorliegt, der aber noch nicht verteilt ist.

Abg. Röficke-Dessau (wildlib.) zieht seinen Antrag aus diesem Grunde zurück.

Abg. **Hoch** (Soc.)

Auch hier handelt es sich um eine Aenderung an dem bestehenden Gesetz, die fraglos eine Verschlechterung ist. Die Regierung hat weder in der Kommission noch in der zweiten Lesung irgend welches Material zur Begründung einer derartigen Aenderung vorgelegt. In der jetzigen Fassung führt der Paragraph zu unmöglichen Konsequenzen. Die Berufsgenossenschaften sollen sich danach in die Eheverhältnisse des Arbeiters hineinmischen und untersuchen, wer die Schuld an etwaigen schlechten Verhältnissen trägt und ob die Frau sich auf einem gesetzlichen Grund hin vom Mann getrennt hat. Der Anspruch der Witwe soll auch ganz oder teilweise abgelehnt werden können, wenn die von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau ohne Beihilfe des Ehemannes ihren Unterhalt gefunden hat. Wird die Frau also von der Armenverwaltung unterhalten, dann treffen die Voraussetzungen des Paragraphen nicht zu und sie erhält die Rente. Wenn aber eine Frau sich und ihre Kinder ernährt, wird ihr zur Strafe die Rente entzogen. Das kann doch nicht die Absicht des Gesetzgebers sein. — Wir beantragen, auch den letzten Absatz zu streichen, erstens: weil die Stelle für diese Bestimmung unpassend gewählt ist, denn erst in späteren Paragraphen ist die Rede von einer Entschädigung, wenn die Ehefrau bei einem Betriebsunfall Schaden erlitten hat. Zweitens halten wir es für falsch, daß die Berufsgenossenschaften nicht verpflichtet sein müssen, in diesem Fall die Kinder zu unterstützen, daß auch hier nur die fakultative Form gewählt ist.

Abg. **Röficke**-Dessau (wildlib.)

bittet gleichfalls, die beiden Absätze zu streichen. Redner macht sich die Begründung des Abg. Hoch für die Streichung des ersten Absatzes zu eigen. Auch er hält die Selbstverwaltungsorgane nicht für geeignet, zu prüfen, ob eine Ehefrau sich in der That ein Jahr lang vor dem Unfall ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten hat. Den zweiten Absatz hält er an sich für berechtigt, empfiehlt aber, redaktionell ihn an dieser Stelle zu streichen und dem § 6b zuzufügen. Ihn ganz aus dem Gesetz zu entfernen, würde eine Verschlechterung sein, weil sonst die Berufsgenossenschaft überhaupt nicht das Recht hätte, in solchen Fällen den Kindern die Rente weiter zu gewähren.

Hierauf wird der Antrag der **Socialdemokraten** gegen die Stimmen der Rechten **angenommen** und in dieser Fassung der § 6a.

§ 6b lautet: „War die Verstorbene beim Eintritt des Unfalls verheiratet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten sie bis zum Wegfall der Bedürftigkeit (folgen die einzelnen Bestimmungen).

Hier beantragen die Socialdemokraten, die Worte „aber der Lebensunterhalt . . . bestritten werden" zu streichen.

Der Abg. Röficke-Dessau beantragt den § 6b wie folgt zu fassen:

War die Verstorbene beim Eintritt des Unfalls verheiratet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Mannes ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten sie bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

a) Der Witwer 20 Prozent,

b) jedes hinterbliebene Kind bis zum 15. Lebensjahre 20 Proz. des Arbeitsverdienstes.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt: im Falle der Tötung einer Ehefrau, deren Mann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren.

Abg. Hoch (Soc.) beantragt, in dem letzten Absatz des Antrags Röficke statt „berechtigt" zu sagen „verpflichtet".

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Wir wollen das Gesetz nicht als Armengesetz ausgestalten, daher haben wir unsern Antrag gestellt. Es soll der Nachweis der Bedürftigkeit geführt werden, daß die Frau den Unterhalt überwiegend bestritten hat. Es wird doch aber eine sehr seltene Ausnahme sein, daß die Frau zum Vergnügen in die Fabrik geht, sie wird es immer aus Not, aus Bedürftigkeit thun, daher müssen die Kinder im Fall ihres Todes stets die Rente erhalten.

Abg. **Röficke**-Dessau (wildlib.)

bittet mit Bezug auf seine Ausführungen in der Generaldebatte, seinen Antrag anzunehmen. Der Antrag Hoch bedeutet eine zu weitgehende Verpflichtung für die Berufsgenossenschaften.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.)

hält diese Verpflichtung nicht für zu weitgehend. Es ist doch das größte Unglück für erwachsene Kinder, die Mutter zu verlieren; in besonders unglücklicher Lage sind dieselben, wenn der Vater sich wieder verheiratet, daher muß ihnen die Rente auf jeden Fall gewährt werden. Auch muß den ehelichen Kindern dasselbe Recht eingeräumt werden, das Sie im § a den unehelichen Kindern gewährt haben.

Geheimrat **Caspar**.

Die ehelichen Kinder haben in ihrem Vater den natürlichen Ernährer, während die unehelichen auf die unzureichende Alimentation angewiesen sind. Ich bitte Sie den Antrag Hoch abzulehnen.

In der Abstimmung wird der Antrag Röficke angenommen, die Anträge der Socialdemokraten abgelehnt, § 6b in der so veränderten Fassung angenommen.

§ 7 bestimmt, daß an Stelle des Krankengeldes und der Rente die Berufsgenossenschaft freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewähren kann. Für Verletzte, welche verheiratet sind oder eine eigene Haushaltung haben oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, bedarf es zur Unterbringung in einer Heilanstalt der Zustimmung der Verletzten. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann, oder wenn der für den Aufenthaltsort des Verletzten amtlich bestellte Arzt bezeugt, daß Zustand oder Verhalten des Verletzten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert.

Die Socialdemokraten beantragen, die letzte Bestimmung von „oder wenn der" bis „erfordert" zu streichen.

Abg. **Hoch** Soc.):

Der Zusatz, dessen Streichung wir beantragen, ist ganz überflüssig. Wir fürchten, daß diese Bestimmung zu Unzuträglichkeiten für den Verletzten führen wird, und daß gerade, wenn es sich um ein Heilverfahren handelt, jede unnötige Aufregung von dem Verletzten ferngehalten wird.

Der Antrag der Socialdemokraten wird abgelehnt, § 7 unverändert genehmigt.

§ 7a giebt der Berufsgenossenschaft die Befugnis, jederzeit ein neues Heilverfahren eintreten zu lassen, wenn begründete Annahme vorhanden ist, daß der Empfänger einer Vollrente dadurch eine Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit erlangen würde.

Hat sich der Verletzte solchen Maßnahmen oder gemäß den Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes getroffenen Maßnahmen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen, so kann ihm der Schadensersatz auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, sofern er auf diese Folge hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflußt wird.

Die Socialdemokraten beantragen im zweiten Absatz vor dem Wort „Maßnahmen" einzuschieben das Wort „rechtskräftigen" und vor dem Wort „getroffenen" das Wort „rechtskräftig".

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Der Verletzte soll gerade mit Rücksicht auf seinen kranken Zustand vor allen Aufregungen bewahrt bleiben. Wenn er aber meint, er werde auch ohne Heilverfahren gesund werden, und sich deshalb gegen die Maßnahme wehrt, so hat jetzt seine Berufung gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaft nur insofern aufschiebende Wirkung, als er sich nicht sofort in die Heilanstalt begeben muß, während die Rente ihm wegen seiner Weigerung sofort entzogen werden kann, und ihm erst später nach dem Schiedsspruch eventuell erstattet wird. Den Arbeitern liegt aber gerade daran, daß sie auch die Rente erhalten, bis das Schiedsgericht entschieden hat.

Geheimrat **Caspar**:

Die Darstellung des Herrn Stadthagen ist nicht ganz zutreffend. Wenn der Verletzte jetzt Berufung gegen die Entscheidung einlegt, daß ein neues Heilverfahren eintreten soll, so hat diese Berufung gegen die ganze Anordnung der Berufsgenossenschaft aufschiebende Wirkung, also auch soweit dieselbe ein vorläufiges Sistieren der Rentenzahlung ausspricht. Der Antrag des Abg. Stadthagen ist also überflüssig.

Die Abgg. **Röficke**-Dessau (wildlib.) und **Trimborn** (C.) schließen sich dieser Auslegung des Gesetzes an. Die aufschiebende Wirkung der Berufung bezieht sich auf den ganzen Inhalt der Entscheidung, sowohl auf die Anordnung, sich in ein Krankenhaus zu begeben, als auch auf die Anordnung betreffs Entziehung der Rente.

Abg. Stadthagen (Soc.) zieht darauf den Antrag zurück.

§ 7a wird unverändert angenommen, ebenso die weiteren Paragraphen bis 56.

§ 57 giebt Bestimmungen über die Feststellung der Entschädigungen.

Abg. Röficke-Dessau (wildlib.) beantragt, den Abs. 3, der festsetzt, daß vor der Feststellung der Entschädigung dem Entschädigungsberechtigten Gelegenheit zu geben ist, sich zu äußern, zu streichen und den Abs. 4 wie folgt zu fassen:

„Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden oder nur Teilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein andrer Arzt zu hören."

Ferner beantragt Abg. Röficke-Dessau (wildlib.) folgenden § 57a einzuschieben:

„Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten oder im Fall seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie entschädigungsberechtigt sind, mitzuteilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzuteilen.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen sind befugt, auf diese Mitteilung innerhalb zweier Wochen sich zu äußern. Auf ihren Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Von einem solchen Antrage hat die untere Verwaltungsbehörde dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntnis zu geben; diese hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen."

Die beiden Anträge Röficke werden debattelos angenommen.

§ 66a giebt Bestimmungen über das Ruhen der Rente. Einmal soll sie ruhen während der Verbüßung einer Freiheitsstrafe, dann wenn der Verletzte nicht im Inland seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.)

befürwortet einen socialdemokratischen Antrag, diesen Paragraphen zu streichen. Er sieht in dem ersten Teil des § 66a eine Strafverschärfung, macht gegenüber dem zweiten Teil des Paragraphen darauf aufmerksam, daß man einem Krüppel die Grenzen des Arbeitsfeldes möglichst erweitere. Finde ein Krüppel nicht im Inland, sondern im Ausland Arbeit, so solle man ihm die Rente nicht vorenthalten.

Abg. **Röficke**-Dessau (wildliberal):

verkennt die Richtigkeit des zweiten Hinweises seitens des Vorredners nicht und beantragt deshalb, daß dem berechtigten Ausländer, wenn er wieder ins Ausland geht und dort ständigen Aufenthalt nimmt, das Recht auf Rente entzogen wird, daß aber dem berechtigten Inländer, der im Auslande Aufenthalt nimmt, die Rente bleibt. Der Inländer muß sich aber dem deutschen Konsul von Zeit zu Zeit vorstellen, nicht öfter aber als einmal im Jahr.

Unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrags wird § 66a mit dem **Antrag Röficke angenommen.**

§ 67 bestimmt, daß die Berufsgenossenschaft einen Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden kann, wenn bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt ist. Die Socialdemokraten beantragen statt „zwanzig Prozent oder weniger" zu setzen „zehn Prozent oder weniger". Abg. Röficke-Dessau (wildlib.) beantragt statt „von zwanzig Prozent" zu setzen „von fünfzehn Prozent".

Abg. **Stadthagen** (Soc.)

begründet den socialdemokratischen Antrag. Er weist darauf hin, daß früher vom Centrum selbst die jetzt von den Socialdemokraten verlangten 10 Proz. als Grenze gewünscht worden seien.

Unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrags wird § 67 mit der Aenderung durch den Antrag Röficke angenommen.

In **§ 78**, der den Berufsgenossenschaften das Recht giebt, Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen, wird folgender Zusatz des Abg. Röficke angenommen: „In den Unfallversicherungs-Vorschriften ist anzugeben, in welcher Art diese Vorschriften zur Kenntnis der Versicherten zu bringen sind."

§ 95 lautet im ersten Teil: „Die versicherten Personen und ihre Hinterbliebenen können, auch wenn sie einen Anspruch auf Rente nicht haben, einen Anspruch auf Ersatz des infolge eines Unfalls erlittenen Schadens gegen den Betriebsunternehmer nur dann geltend machen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat."

Die Socialdemokraten beantragen die Worte „auch" und „nicht" zu streichen.

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Auch dieser Paragraph bringt eine Verschlechterung gegen den bestehenden Zustand, wenn unser Antrag nicht angenommen wird. Der Kreis derjenigen Personen, die an sich auf eine Rente Anspruch haben, ist durch dieses Gesetz erweitert, aber gleichzeitig wird durch dieses Gesetz hinzugefügt, daß diese Personen, also z. B. Eltern, keinerlei Rechte aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch geltend machen dürfen, nicht nur, wenn sie Rente bekommen, sondern auch wenn sie einen Anspruch auf Rente nicht haben. Wir ersuchen nur um Streichung der Worte „auch" und „nicht", so daß also das Recht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch nur dann verloren gehen soll, wenn ein Recht auf Rente besteht.

Der Antrag der Socialdemokraten wird abgelehnt und § 95 unverändert angenommen.

§ 96 stellt die Haftung des Unternehmers für alle Aufwendungen der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen fest, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß er den Unfall vorsätzlich oder fahrlässig verschuldet hat.

Abg. Dr. **Opfergelt** (C.) und Genossen

beantragt für die Haftung gegenüber den Berufsgenossenschaften folgende Bestimmung zu treffen:

„Dieselben Personen (die Unternehmer rc.) haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafrechtliches Urteil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit und Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschafts-Versammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch das Statut kann diese Befugnis auf den Vorstand übertragen werden.

§ 96 wird in der vom Abg. Opfergelt vorgeschlagenen Fassung debattelos angenommen.

Dieselben Abgeordneten schlagen vor, dem § 96a folgende Fassung zu geben:

„Will der Vorstand den Ersatzanspruch geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzuteilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Generalversammlung anrufen. (Dieses Appellationsrecht des Ersatzpflichtigen war in dem § 96a nach den Beschlüssen 2. Lesung nicht so klar ausgesprochen.) Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mitteilung und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschafts-Versammlung abzuwarten."

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Ich bitte Sie, den ganzen Paragraphen zu streichen, weil durch diese Bestimmung zweifellos eine Vermehrung der Unfälle herbeigeführt wird. Der Antrag Opfergelt stellt zweifellos eine Verschärfung dieses Uebels dar. Er giebt dem Unternehmer, der strafrechtlich verantwortlich ist und vom Vorstand der Berufsgenossenschaft civilrechtlich haftbar gemacht wird, das Recht, an die Generalversammlung der Berufsgenossenschaft zu appellieren, dort aber hat er natürlich die größte Aussicht, daß ihm Gnade für Recht wird. So wird diese Bestimmung zu einer Prämie auf Bummelei und Sorglosigkeit der Unternehmer.

Direktor **v. Wödtke**:

Ich bitte um Annahme des Antrags Opfergelt. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Genossenschaftsversammlung zum Richter darüber zu machen, ob der betreffende Unternehmer haftpflichtig sein soll oder nicht. Nachträglich giebt Redner noch seinem Bedauern über die Annahme des Antrags Opfergelt § 96 Ausdruck, der den Schutz beseitigt, daß ein Unternehmer erst strafrechtlich verurteilt sein muß, ehe er der Berufsgenossenschaft civilrechtlich haftet.

§ 96a wird hierauf in der Fassung Opfergelt gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. Ebenso der entsprechend veränderte § 96b.

Der Rest des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes wird debattelos erledigt.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Wir haben noch nachzuholen den Aufruf des § 1 des Hauptgesetzes in zweiter Lesung, der seiner Zeit durch mein Verschulden vergessen worden ist. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht. — Der § 1 ist in zweiter Lesung genehmigt.

Ich schlage dem Hause nunmehr vor, sich zu vertagen und setze die nächste Sitzung an auf Sonnabend 11 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Erste eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Handelsbeziehungen zum britischen Reich. 2. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Abg. **Rickert** (fr. Vg.) [zur Fragestellung]:

Es herrschen Zweifel darüber, ob der Herr Präsident die Absicht hat, nach Erledigung der Unfallversicherungsgesetze, noch weitere Gegenstände vor Pfingsten auf die Tagesordnung zu setzen. Wir Provinzialen haben ein lebhaftes Interesse daran, dies zu erfahren.

Graf **Ballestrem**:

Ich bin auch Provinziale und habe daher volles Mitleid mit Ihnen. (Heiterkeit.) Außer dem Entwurf, betreffend Handelsbeziehungen zum britischen Reich, dessen schleunige Erledigung das Auswärtige Amt wünscht, beabsichtige ich keine weiteren Gegenstände vor Pfingsten zu erledigen.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Kunst und Wissenschaft.

Schillertheater. Freudlose Liebe. Schauspiel von Giacosa. Deutsch von Otto Eisenschitz. Der Uebersetzer erzählt, daß das Schauspiel vor zehn Jahren in Italien die größte Ueberraschung und die hellste Begeisterung weckte. Uns hat es weder überrascht noch begeistert. Es ist ein Theaterstück wohlbekannten Genres, in dem nur hier und da (besonders in der letzten Scene) poetische Begabung hervorbricht. Versöhnend und wohlthuend wirkte der sittliche Ernst, der durch die Arbeit geht. Der Ehebruch (es handelt sich um einen solchen) ist nicht ohne Sinn für Tragik aufgefaßt; die künstlerische Gestaltung bleibt aber ganz im Aeußerlichen stecken. Statt Psychologie und innere Handlung erhalten wir nur robuste Theatersituationen. Die eigentliche Kunstscene des Stücks, die im allgemeinen wohl den Abend entscheidet, hat auf mich am allerkältesten gewirkt. Die Art, wie der Ehemann die beiden Sünder entlarvt, ist durchaus gemacht, konstruiert, erlügelt. Der Liebhaber brauchte nur wie ein vernünftiges Wesen zu handeln, anstatt sich auf einen in dieser Situation völlig verschrobenen Edelmut hinauszuspielen — und die ganze Scene wäre wie weggeblasen. Einen tieferen Eindruck macht nur der Schluß. Die Bitterkeit, die hier aus den Worten des Ehemanns spricht, wirkt um so ätzender, je feiner sie ist. Hier huscht wirklich ein tragischer Schatten über das Schicksal zweier Menschen.

Gespielt wurde im allgemeinen gut. An erster Stelle sind Patry, Alwine Mieke und Eyben zu nennen. Herr Bollin zeichnete den Gerichtsassessor zu grob, sprach zu laut und zu wenig nüancierl. Ob sich für Frau Gundra nicht gelegentlich eine bessere Beschäftigung finden ließe? Sie zeigt immer eine decente Natürlichkeit, die mir etwas zu versprechen scheint. — Schließlich gab es noch die „Schulreiterin" von Pohl. Es genügt, den harmlosen und recht bekannten Schwank zu nennen. E. S.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 21. ds. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe war wegen Nichterscheinens der Annonce im „Vorwärts" äußerst schwach besucht. Nur Punkt 1 der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zum Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisation wurde erledigt. Zu demselben wurde Kollege Ritschke gewählt. Bollfraß forderte zur Flugblattverteilung am kommenden Sonntag auf. Schulz machte bekannt, daß der Streik in Dresden nur aufgeschoben nicht aufgehoben sei.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Mai, vorm. 8½ Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens", Alexanderstr. 27c: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung." — Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Vaterunser. VI. Denn Dein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen". Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Centralverein der im Adreßfachwesen und verwandten Branchen Beschäftigten. Berlin. Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, bei Kernchen, Wallstr. 57: Versammlung.

Lokalverband der Elektromonteure und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Heute 8½ Uhr: Sitzung im Restaurant „Zum alten Plätteisen", Schillingstr. 36.

Witterungsübersicht vom 25. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °C. = °R.
Swinemde.	757	NNO	1	wolkig	11	Haparanda	761	Still	0	wolkenl	5
Hamburg	758	W	1	Regen	12	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	756	Still	0	bedeckt	15	Cork	766	S	1	heiter	11
Frankf./M.	760	WSW	2	bedeckt	12	Aberdeen	762	S	3	wolkig	11
München	761	W	4	Regen	9	Paris	761	WNW	1	bedeckt	10
Wien	760	Still	0	bedeckt	14						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Mai 1900.

Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit geringeren Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken

66 eigene Verkaufsgeschäfte in allen grösseren Städten Deutschlands.

Prämiirt mit der goldenen Medaille 1893.

Unstreitig billigste und beste Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art, da der Verkauf unserer **Gesammtproduktion ohne jeden Zwischenhandel zu billigsten, festen, in unserer Fabrik mit deutlichen Zahlen auf die Sohle gestempelten Preisen, direkt an das Publikum erfolgt.** Jede Uebervorteilung ausgeschlossen. Händlern können auf unsere billigst berechneten Preise keinerlei Rabatt gewähren.

Verkaufshäuser in Berlin:

O., 50 Andreasstr. 50.
O., 139 Frankfurterstr. 139.
S., 65 Oranienstr. 65.
S., 240/41 Friedrichstr. 240/41.
W., 50 Potsdamerstr. 50.
C., 14 Rosenthalerstr. 14.
C., 16 Spittelmarkt 16.
N., 1 Danzigerstr. 1, Ecke Schönh. Allee.
NW., 87 Turmstr. 87.
NW., 29 Beusselstr. 29.
NW., 22 Wilsnackerstr. 22.
Charlottenburg, 122 Wilmersdorferstr. 122. Rixdorf, 30/31 Bergstr. 30/31.

Verkaufshäuser im Reiche:

Altenburg, Markt 15.
Altona, Reichenstr. 14.
Breslau, Reuschestr. 47/48.
Burg bei Magdeburg, Marktstr. 10.
Braunschweig, Damm 12.
Brandenburg a. H., Steinstr. 8.
Bromberg, Brückenstr. 2.
Beuthen, O.-Schl., Bahnhofstr. 28/29.
Cassel, Königstr. 62.
Crefeld, Hochstr. 31.
Chemnitz, Innere Johannisstrasse, Ecke Herrenstrasse.
Cottbus, Sprembergerstr. 4.
Coblenz, Rheinstr. 9.
Danzig, Gr. Wollwebergasse 14.
Darmstadt, Ludwigstr. 16.
Dresden, König Johannstr. 21.
Dessau, Kavalierstr. 18.
Dortmund, Westenhellweg 51.
Düsseldorf, Bolkerstr. 28a.
Elberfeld, Wallstrasse, Ecke Schlössersgasse.
Elbing, Alter Markt 46.
Erfurt, Bahnhofstr. 4.
Forst i. L., Kottbuserstr. 19.
Frankfurt a. M., Fahrgasse 107—109.
Genthin, Brandenburgerstr. 48/49.
Graudenz, Alte Strasse 6.
Görlitz, Berlinerstr. 51.
Hamburg, Steinstr. 111. Dammthorstr. 4.
Halberstadt, Breiteweg 53.
Halle a. S., Schmeerstr. 1.
Hannover, Gr. Packhofstr. 13.
Heilbronn, Kaiserstr. 26.
Hildesheim, Hoherweg 35.
Köln, Breitestr. 103.
Kiel, Holstenstr. 22.
Königsberg i. Pr., Schmiedestr. 13.
Leipzig, Reichsstr. 13.
Mannheim, Q 1. 8.
Magdeburg, Alte Markt 11.
Mainz, Schusterstr. 13.
Nürnberg, Plobenhofstr. 2.
Posen, Krämerstr. 19/20.
Potsdam, Brandenburgstr. 49.
Reichenbach, Markt 8.
St. Johann-Saarbrücken, Bahnhofstr. 83.
Stuttgart, Tübingerstr. 16.
Stassfurt, Schloss- und Steinstrassen-Ecke.
Stettin, Heumarkt 1.
Strassburg, Kinderspielplatz 1.
Wiesbaden, Langgasse 33.
Worms, Kämmererstr. 49.
Zwickau, Wilhelmstr. 6.

Weltbekannt sind unsere Fabrikate

durch ausserordentliche Haltbarkeit, **durch** auffallend billige feste Preise, **durch** vorzügliche chice Passform, **durch** unerreichte Leistungen auf dem Gebiete der Schuhindustrie.

Unsere Specialität Goodyear Welt-Herren- und Damenstiefel, System Handarbeit, ist der beste Stiefel der Gegenwart.

Strapazier-Damen-Stiefel

Mk. 3,40.

Strapazier-Herren-Stiefel

Mk. 4,50.

Derber Kinder-Stiefel

Mk. 1,90.

Leder-Kinder-Schuhe

Mk. 0,35.

Unsere Läger sind jeder Saison entsprechend, reichhaltigst mit allen nur denkbaren Arten von Schuhwaren in allen Preislagen und Ausführungen versehen. Grosse Auswahl in farbigen modernen Stiefeln und Schuhen.

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Hüte * *

trotz der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verkaufe noch zu den alten Preisen. [41022*

Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ecke Skalitzerstraße.
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Krawatten.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer, Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Herren-Filzhüte
1,50, 2,—, 2,50 M., ff. 3,—, 4,50 M.
Seidenhüte . . . von 4 M. an.
Chapeaux claques „ 8 „ „
Knabenhüte . . . „ 1 „ „
Allerbilligste Bezugsquelle. [44252*
Alfred Krug, Hutfabrik,
54 Brunnen-Straße 54.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, **1 Mark.**
nur neue moderne Sachen. [41002*
prima Qualität 1,50 und 2,—.
Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **1 Mk.**
früher Barnimstr. 4 u. 5.
Hutfabrik-Comptoir jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Zu Vereins-Dampferpartien
empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken, Schulen 2c. seine **eleganten, 300 Pers. fassenden** Salondampfer unter coul. Beding. **P. Bauer,** Friedrichshagen, Seestr. 85.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstrasse 132|133 • Rosenthalerstrasse 27|29 und 54 • Oranienstrasse 53|54.

Knaben-Garderobe.

	passend für das Alter von ca.	2—3	3—4	4—5	5—6	6—7	7—8 Jahren
Blusen-Anzüge	blau-weiss gestreifter Waschstoff	2.–	2.25	2.50	2.75	3.–	3.25 Mk.
Wasch-Anzüge,	Matrosen-Blusen, blau-weiss und braun-weiss gestreifter Satin	4.–	4.25	4.50	4.75	5.–	5.25 Mk.
Wasch-Blusen-Anzüge,	weiss Satin, Kragen blau besetzt	3.50	3.75	4.–	4.25	4.50	4.75 Mk.
Wasch-Beinkleider	mit doppeltem Leibchen aus dunkelblauem Satin	1.–	1.15	1.30	1.45	1.60	1.75 Mk.

Einzelne Blusen aus blau-weiss gestreiftem Waschstoff für Knaben im Alter von 3—8 Jahren, jede Grösse **95** Pfg.

Wein-Grosshandlung

Fabrik feinster Liqueure

Hugo Beling.

Frischer Maitrank

1/1 Flasche 50 und 60 Pf. inkl. Flasche.

Eigene Verkaufsstellen:

Bad-Strasse 12 (neben der Markthalle).
Bad-Strasse 56—Pank-Strasse 25.
Blücher-Strasse 14.
Brunnen-Strasse 96.
Bülow-Strasse 5 (am Nollendorfplatz).
Dresdener Strasse 125.
Grüner Weg 91 (Andreasplatz).
Invaliden-Strasse 143.
Invaliden-Strasse 163 (neben der Markthalle).
Königsberger Strasse 28.
Kottbuser Damm 7.
Kottbuser Damm 14.
Landsberger Strasse 40.
Linden-Strasse 103 (neben der Markthalle).
Oranien-Strasse 14 a (Heinrichsplatz).
Oranien-Strasse 58 a (Moritzplatz).
Reinickendorfer Strasse 21 (Weddingplatz).
Rosenthaler Strasse 11—12.
Schönhauser Allee 187 (am Schönhauser Thor).
Weidenweg 64 (am Baltenplatz).
Wilsnacker Strasse 57 (Eingang Dreyse-Strasse).
Wrangel-Strasse 20.
Weissensee: König-Chaussee 47 b. 24067

Otto Wetzel & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampfbetrieb.

Unsre Verkaufsstellen in Berlin
befinden sich:

32. Landsberger-Strasse 32.
6. Dresdener-Strasse 6.
52. Wilsnacker-Strasse 52.

Unsre Preise sind deutlich auf der Sohle ausgestempelt.
— Direkter Verkauf ohne jeden Zwischenhandel. —

Wurms Magendoktor

Ansichts-Postkarte

erhalten Sie beim Einkauf von Wurms konzentr. Kräuterliqueur „Magendoktor" in den **Restaurationen** und **Ladengeschäften.**

(Original in Postkartengrösse, 10farb. Chromodruck auf feinstem Karton.)

Beachten Sie die ärztlichen Attest-Plakate!

Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläschen!

General-Depot: Berlin C., Breitestrasse 23.

Telephon: Amt V, 1832.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [39782*
R. Wagner, Invalidenstr. 151/I (fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Rohtabak-Ausverkauf

zu herabgesetzten Preisen. [47539*
Aufgabe des Geschäfts wegen Todesfalls.
P. E. Platt & Söhne, Brunnenstr. 16, Hof part.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en detail 46562*

Telephon Amt IV 447.

Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . von Mk. 15 an | **Radfahrer-Anzüge** von Mk. 11 an
Rock-Anzüge . . . . 23 | **Jünglings-Anzüge** . . 12 an
Cachemir- und Lüstre-Jacketts von Mk. 2,— an
Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,— an

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigner Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng feste Preise.

Kein Laden.

Größte Saisonauswahl der Hutbranche!!

Letzte Neuheit steifer und weicher Herrenhüte **2.25. 3—3.50** Mk., echte Haarhüte **5** Mk., **elegante Cylinder 5—10** Mk., **Automobil** a **2.75** und **3.00** Mk., sowie ein großer Posten **weicher Herrenhüte 1.75** und **2** Mk. per Stück. [47052*

Strohhüte in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstr. 38, part. rechts.

Sonntag, den 27. Mai, bleibt mein Geschäft bis 6 Uhr geöffnet.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M., Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7

Schuhwaren, Damenblusen, Knabenjacken sucht Stralauerstraße 32, Partiegeschäft. 8366

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Pading** in Berlin.

Ein Linsengericht für die Straßenbahner.

„Das Vertrauen der Aktionäre, zumal der auswärtigen, zur Verwaltung geht sehr weit. Der Ruf der Hartherzigkeit, den sich die Leiter der Straßenbahngesellschaft in der Berliner Bevölkerung erworben haben, scheint den Aktionären, die von der Berechtigung dieser vox populi überzeugt sind, die beste Gewähr dafür zu bieten, daß ihre Interessen keinen Schaden nehmen werden, selbst wenn es schweren Kampf kosten sollte, sie zur Geltung zu bringen. Das hat der jetzige Ausstand von neuem gezeigt. Im wesentlichen blieb die Verwaltung siegreich. Sie hat den Angestellten nur ein Linsengericht geboten. Das mag im Interesse derer, welche die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage anzustreben allen Grund haben, aufs tiefste bedauert werden; das Vertrauen der Aktionäre zu der Leitung des Unternehmens wird dadurch aber eine neue Kräftigung erfahren. Sie dürfen die Erwartung hegen, daß sich auch in Zukunft eine Schmälerung der Gewinne, die sich aus der Erhebung unerwarteter Ansprüche ergäbe, thunlichst wird vermeiden lassen. . . . . Wenn sich die Verwaltung des Unternehmens lange Zeit gegen die Aufbesserung der Löhne gesträubt hat, so kann sie für ihre Haltung nicht den Gesichtspunkt geltend machen, daß durch jede Konzession die Gewinne übermäßig beeinträchtigt werden würden. Hätte die Verwaltung sämtliche ihr vor Beginn des Ausstands gestellten Forderungen bewilligt, so würden die dadurch entstehenden Mehrausgaben etwa 500 000 M. betragen haben. Vorläufig ist nur die Befriedigung eines Teils der gestellten Ansprüche zugesagt worden. Selbst wenn aber in absehbarer Zeit, was durchaus unwahrscheinlich ist, jene ganze Summe für die Verbesserung der Lage der Angestellten aufgewendet werden müßte, so würde darin noch keine Gefährdung der Rentabilität des Unternehmens erblickt werden dürfen."

Das ist für die Straßenbahn-Angestellten, die soeben maßvoll den Kampf beendet haben, in den die Direktion sie mutwillig hineingetrieben hatte, eine so nachdrückliche Aufreizung, daß es durchaus nicht verwunderlich wäre, wenn die Beamten beim Lesen der hier abgedruckten Zeilen von neuem zu streiten anfingen, um sich zum mindesten den Rest ihrer ursprünglichen Forderungen zu erkämpfen.

Und wenn abermals ein solcher, nach den hier mitgeteilten Worten nun zu berechtigter Kampf ausbräche, so könnte der Eisenbahnminister Herr v. Thielen wieder in schwungvollem und von der kapitalistischen Presse mit Beifall begleiteten Redeausbruch denjenigen, der sich so aufreizend auszudrücken wagte, für alle weiteren Excesse usw. verantwortlich machen.

Welcher von Arbeitergroschen gemästete Agitator war es, der eine so gewissenlos frivole Sprache führte? Gemach. Es war diesmal kein socialdemokratischer Hetzer, der vom Linsengericht usw. sprach. Die angeführten Worte finden sich in einem Blatt, dessen Fürsorge für die kapitalistischen Interessen über alle Zweifel erhaben ist, und in diesem Blatt wiederum an einer Stelle, die als das in Druckerschwärze verwandelte Evangelium der kapitalistischen Ordnung betrachtet wird. Das aufreizende Citat ist aus dem Handelsteil der „Vossischen Zeitung" abgedruckt!

An dieser geweihten Stätte lächeln die kapitalistischen Auguren einander an und machen sich lustig über die Schauspielerkünste, mit denen sie in der Stunde der Gefahr dem dummen Pöbel weismachten, daß das ganze Unternehmen zu Grunde gehen müßte, wenn den bescheidenen Forderungen der Angestellten nachgegeben würde.

Wer da einwendet, daß es immerhin ein liberales Blatt sei, das sich derart ungeschickt verplaudere, dem ist zu erwidern, daß selbst ein ministerielles Organ, nämlich die „Berliner Korrespondenz", sich große Mühe giebt, die Errungenschaften der Straßenbahner als unbedeutend und wertlos hinzustellen. Um gewissenhaft zu sein, wollen wir auch diese aus dem Ministerbureau kommende Aeußerung wiedergeben:

„Abgelehnt wurde einmal die Forderung eines Maximalgehalts von 150 M. und die im Verlauf der Bewegung modifizierte Forderung von 130 M., desgleichen das geforderte Anfangsgehalt von 95 M. (anstatt jetzt 90 M.). Gewährt worden sind nur 90 bis 120 M. (früher 81—100 M.), ein Betrag, der bereits vor Ausbruch des Streiks angeboten war.

Abgelehnt ist ferner die Forderung der neunstündigen Maximalarbeitszeit, hingegen wurde die Arbeitszeit für Fahrer auf im Durchschnitt neun, für Schaffner auf im Durchschnitt elf Stunden begrenzt, unter Einrechnung der Ruhepausen während des Dienstes und der Pausen beim Antritt und bei Beendigung des Dienstes in die Arbeitszeit. Auch diese Bewilligung war bereits vor Niederlegung der Arbeit zugestanden worden. Dasselbe gilt für die Erhöhung des Ueberstundensatzes von 25 auf 50 Pf. (statt der geforderten 60 Pf.) und für das Zugeständnis von vier freien Tagen im Monat, wobei ein Tag thunlichst auf den Sonntag fallen soll.

Abgelehnt sind vor allem sämtliche die Disciplin und die Ordnung des Dienstes gefährdenden Forderungen. Keine einzige derselben ist bewilligt, ja nicht einmal bei den Schlußverhandlungen von den Angestellten selbst aufrecht erhalten worden. Sodann ist die ursprüngliche Meldung, daß in die Friedensbedingungen eine Bestimmung Aufnahme gefunden habe, nach welcher (Forderung 8) auf jedem Bahnhof eine besondere Beschwerdekommission errichtet werden soll, unrichtig. Den Angestellten ist lediglich zugesichert worden, daß Vertreter aus ihrer Mitte zu periodischen Besprechungen in der Direktion zugezogen werden sollen, um ihnen Gelegenheit zur unmittelbaren Verlautbarung etwaiger Wünsche oder Beschwerden der Direktion gegenüber zu geben.

Abgelehnt sind somit alle unter dem Einfluß der Socialdemokratie erhobenen Forderungen, wie: die Nichtverhängung von Geldstrafen, Entlassungen oder Ehrenerklärungen einzelner Oberbeamten und die Entnahme Reuanzustellender aus dem Arbeitsnachweis des Centralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Auch die in der Presse verbreitete Behauptung, daß erst infolge des Streiks die Einrichtung der Pensionskasse zugestanden worden sei, ist völlig unrichtig. Die Einrichtung einer solchen Kasse war vielmehr schon seit langer Zeit von der Direktion beschlossen; auch waren die hierzu erforderlichen Mittel bereits zur Verfügung gestellt worden. Die Kasse konnte ihre Thätigkeit nur wegen einzelner Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen dem Magistrat und der Direktion obwalteten, noch nicht beginnen. Ersterer hat in der Sitzung vom 18. d. Mts. zur Beseitigung der Meinungsdifferenzen einen Vergleichsvorschlag gemacht, der von der Direktion umgehend angenommen worden ist."

Wenn diese von amtlicher Stelle kommenden Darlegungen einen Sinn haben sollen, so doch nur den, daß die Angestellten, die allen Verleumdungen und Hetzereien der Direktion zum Trotz so bewunderuswürdig maßvoll blieben, mit dieser ihrer Mäßigung blutwenig, oder um im Tone der „Voss. Ztg." zu reden, nur ein Linsengericht erreicht haben. Weiter ist aus den amtlichen Darlegungen der Schluß zu ziehen, daß die Straßenbahn-Beamten ein zweites Mal nicht so thöricht sein dürfen, sich mit derart bescheidenen Forderungen zu begnügen.

Es ist anerkennenswert, daß man so an amtlicher Stelle die schroffen Worte, die die Herren Minister im Abgeordnetenhause und in der Unterredung mit Herrn v. Schulz gegen die Ausständigen gebraucht haben, wieder gutzumachen sucht.

Allerdings ist die Form, wie hier namentlich Minister v. Thielen desavouiert wird, möglichst ungeschickt gehalten; wie leicht könnten die Straßenbahner durch die amtliche Herabsetzung ihrer Errungenschaften von neuem in den Streik gehetzt werden?!

Am Ende hat aber die amtliche „Berl. Korr." die Entschuldigung für sich, daß die Angestellten unter „socialdemokratischer" Leitung schon viel zu viel Disciplin gelernt haben, um zu ungelegener Zeit von neuem loszuschlagen. Und darin mag das amtliche Blatt ja recht haben. Die Angestellten werden immer mehr den Wert einer straffen Organisation schätzen lernen und unter deren Leitung zu einer Zeit, wo es ihnen paßt, auch die Forderungen zu erringen wissen, die die Direktion nach kapitalistischem Urteil allerdings schon heute bewilligen könnte, ohne ihr und ihrer Aktionäre Interesse auch nur im geringsten zu gefährden.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Versammlungsverbote und Schanksperren vor Gericht. In dem Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung stehen Versammlungsverbote und Schanksperren im Ruhrrevier an erster Stelle. Durch solche Maßnahmen der Behörden wurde hier schon manche Versammlung illusorisch. Viele Wirte erklären bei Anfragen betreffend Hergabe ihres Lokals zu Versammlungen offen heraus: „Wir wagen es nicht mehr, wir fürchten geschädigt zu werden!!! Anläßlich der diesjährigen Maifeier sind auch wieder eine ganze Anzahl Versammlungsverbote erlassen worden. Aus diesem Grunde erschien in der „Arb.-Ztg." ein Artikel, der sich mit dem behördlichen Vorgehen gegen Arbeiterversammlungen befaßte. Durch diesen Artikel wollen nun verschiedene, vor und nachgeordnete Behörden beleidigt sein. Es haben nämlich gegen den verantwortlichen Redacteur der „Arb.-Ztg.", Genossen Bredenbeck, ein Amtmann, ein Landrat und der Regierungspräsident von Westfalen Strafantrag gestellt. Selbstverständlich wird Genosse Bredenbeck ein reichhaltiges Material beibringen, durch welches die Maßnahmen der Behörden, wenn es sich um Arbeiterversammlungen handelt, ganz eigenartige Beleuchtung finden werden. Durch den Wahrheitsbeweis wird Bredenbeck auch den Nachweis führen, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Flugblatt-Verteilung

erfolgt am Sonntagvormittag in Berlin und sämtlichen Vororten. Es wird erwartet, daß die Parteigenossen und Genossinnen sich zahlreich und pünktlich an den bekannten Stellen einfinden.

Im **zweiten Wahlkreise** erfolgt die Verteilung früh 7½ Uhr von folgenden Lokalen aus: Schonheim, Gräfestr. 8; Müller, Gräfestraße 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Groß, Ecke Barnther- und Fossenerstraße; Siebert, Großbeerenstr. 54; Pinzer, Schützenstr. 18/19; Sotz, Markgrafenstr. 102; Lindemann, Moritzstr. 9; Quandt, Ecke Bergmann- und Belleallianceстraße; Voigt, Königgrätzerstraße 39; Wagas, Pallasstr. 16; Werner, Bülowstr. 59.

Die Mitglieder des **Wahlvereins IV (Ost)** werden ersucht, sich Sonntag früh 7½ Uhr Mann für Mann zur Flugblatt-Verteilung an den bekannten Stellen einzufinden.

Desgleichen werden die Parteigenossen des **5. Wahlkreises** ersucht, früh 7½ Uhr an folgenden Stellen zahlreich zu erscheinen: Lange, Dragonerstr. 15; Willner, Winsstr. 59; Teschner, Gollnowstr. 6; Knötsch, Hirtenstr. 10; Wittschow, Kl. Hamburgerstr. 27; Gründer, Johannisstr. 9.

Im **6. Wahlkreise** versammeln sich die Genossen ebenfalls Punkt 7½ Uhr an folgenden Stellen: Pfarr, Putlitzstr. 10; Krause, Müllerstr. 7a; Schulz, Schwartzkopffstr. 15; Bachgänger, Swinemünderstr. 34; Rosin, Rappinerstr. 42; Hoppe, Ackerstr. 21; Abendroth, Badstr. 42; Herrmann, Putbuserstr. 45; Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9, Ecke Christinenstraße.

In **Charlottenburg** werden die Flugblätter früh 7 Uhr in folgenden Lokalen ausgegeben: 1. Bezirk: Paasche, Potsdamerstraße 44; 2. Bezirk: Leder, Bismarckstr. 74; 3. Bezirk: Dörre, Wallstr. 90; 3. Bezirk: Gimpel, Osnabrückerstr. 4; 4. Bezirk: Kant, Pestalozzistr. 65; 5. Bezirk: Wilke, Bismarckstr. 35; 6. Bezirk: Böttger, Leibnizstr. 3; 7. Bezirk: Bredlow, Ansbacherstr. 31.

In **Pankow-Nieder-Schönhausen** erfolgt die Verbreitung früh 7 Uhr vom Lokal des Herrn Devantier, Ecke Mühlen- und Floraстraße aus.

In **Weissensee** treffen sich die Parteigenossen früh 7½ Uhr bei Gartz, Lehderstr. 5.

In **Britz** beginnt die Verbreitung früh 7 Uhr von Dorn, Bürgerstr. 4 aus.

In **Lichtenberg und Friedrichsberg** treffen sich die Genossen 7½ Uhr an folgenden Stellen: Lutterbüse, Friedrich Karlstraße 11, Grauer, Frankfurter Allee 181, Wernicke, Gürtelstr. 22, Lange, Wartenbergstr. 67, Sarnow, Appodienstr. 1.

In **Steglitz und Friedenau** versammeln sich die Genossen früh 7½ Uhr in folgenden Lokalen: Friedenau, bei Grube; Steglitz, bei Schellhaase, Gärtner, Schimmrock, Kaiserhallen, Wollenzien, Marksteinstr. 1.

In **Mariendorf** ist der Treffpunkt früh 8½ Uhr bei Ebel.

In der letzten Lokal-Liste muß es unter Saatwinkel heißen: Restaurant „Jägerhäuschen", Inhaber W. Schumann (statt Lehmann).

Grünau. Im Arbeiter-Bildungsverein spricht am Sonnabend, den 26. Mai, Genosse F. Günther über: Die Folgen der lex Heinze.

In Ober-Schöneweide ist Montagabend 8 Uhr bei Töpfer öffentliche Versammlung, in der Genosse Hoffmann über „Glaube und Vernunft" spricht. Heute hat der Arbeiter-Bildungsverein keine Sitzung.

Lokales.

Die Erholungsstätte vom „Roten Kreuz" in der Jungfernheide.

Auf dem vorjährigen „Tuberkulose-Kongreß" regten zwei Berliner Aerzte, die Herren Drr. Becher und Lennhoff die Schaffung einer neuen Einrichtung, der sogenannten „Erholungsstätten" für kranke Arbeiter an. Es sollten in der waldigen Umgebung der Großstädte aus Segeltuch hergestellte „Dockersche" Baracken — wie sie im Kriege als Feldlazarette Verwendung finden, und deshalb schon in Friedenszeiten vom „Vaterländischen Frauenverein" vorrätig gehalten werden — Aufstellung finden, um denjenigen Kranken, für deren Gesundheit ein längerer Aufenthalt in frischer Waldluft wünschenswert erscheint, die Gelegenheit zu einer solchen „Freiluftkur" zu bieten. Dieser Gedanke wurde von dem „Heilstättenverein vom Roten Kreuz" aufgegriffen, und zunächst die Einrichtung einer solchen „Erholungsstätte" für männliche Kranke in der Jungfernheide in Aussicht genommen. Es gelang dem auch dem Verein, insbesondere durch die thatkräftige Mitwirkung seines Sekretärs, des Herrn Oberstabsarzt Dr. Pannwitz, den Plan soweit zu fördern, daß die „Erholungsstätte" nunmehr in Betrieb genommen werden kann. Sie liegt etwa fünfzehn Minuten vom Bahnhof Jungfernheide entfernt an einem Waldwege, der sich vom Tegeler Weg gerade gegenüber dem Hinkeldey-Denkmal nach links abzweigt. Auf einem größeren, durch einen Drahtzaun abgegrenzten Raum sind zwei Dockersche Baracken aufgestellt, von denen die eine zum Aufenthaltsraum bei ungünstiger Witterung bestimmt, eine kleine Bibliothek, Zeitungen usw. den Besuchern bieten soll, während die andre einen Lazarettraum für plötzliche Unglücksfälle, das Zimmer der diensthuenden Schwester, die Küche usw. enthält. In der Umgebung der Baracken ist ausgiebig Gelegenheit zum Sitzen, Liegen, Spielen usw. geboten; auch steht es selbstverständlich den Kranken frei, die Umzäunung zu verlassen und sich im Forst zu ergehen. So ist vorläufig für etwa 100 Personen eine Einrichtung geschaffen, wie sie bisher in dieser Weise für Kranke der unbemittelten Bevölkerungsklassen nicht zur Verfügung stand. Eine Erweiterung würde im Bedarfsfall schnell auszuführen sein.

Der Betrieb der „Erholungsstätte" ist so gedacht, daß die Kranken, welche die Nacht in ihrer Behausung zubringen — nur um solche handelt es sich hierbei —, sich morgens um 9 Uhr einfinden und bis 7 Uhr abends im Walde verbleiben. Mittagbrot und Milch wird in der Erholungsstätte zu billigem Preise erhältlich sein, bez. auf Kosten der Kassen, welchen die Kranken angehören, geboten werden; andrerseits steht nichts im Wege, daß die Besucher sich auch ihr Mittagessen mitbringen, und es an Ort und Stelle wärmen lassen. Um zur Erholungsstätte zu gelangen, benutzen die Kranken am besten die Stadtbahn. Es schweben gegenwärtig noch Verhandlungen mit der Eisenbahn-Verwaltung über eine Fahrpreis-Ermäßigung, und es wird voraussichtlich den Besuchern der Erholungsstätte gestattet werden, Arbeiter-Wochenkarten auch außerhalb der sonst für die Fahrt gestellten Stunden zu benutzen.

Aus der Benutzung der Erholungsstätte an sich erwachsen keinerlei Kosten.

Kranke, welche keiner Krankenkasse angehören, können ihre Aufnahme direkt im „Bureau der Erholungsstätte vom Roten Kreuz, W., Unter den Linden 16" nachsuchen. Kassenkranke sollen sich zunächst an ihre Kassenärzte wenden, die in geeigneten Fällen einen entsprechenden Antrag an die Kassenverwaltung stellen werden.

Am Himmelfahrtstage fand auf Veranlassung der „Centralkommission der Krankenkassen Berlins" eine Besichtigung der „Erholungsstätte" statt, zu welcher die Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten eingeladen waren. Etwa 200 Personen hatten sich eingefunden. Herr Ober-Stabsarzt Pannwitz erklärte die Einrichtungen und gab Erläuterungen über den Betrieb der Anstalt. Die Anwesenden konnten nur ihre Anerkennung über das in so kurzer Zeit Geschaffene aussprechen. Schon bei der Besichtigung erklärten einige Kassenvorstände, daß sie nicht allein ihren Kranken die Benutzung der „Erholungsstätte" gestatten würden, sondern daß sie auch auf Grund des Krankenversicherungs-Gesetzes berechtigt zu sein glaubten, für diese Kranken die Kosten der zu verabfolgenden Milch und des Mittagessens zu tragen. Es wäre zu wünschen, daß sich möglichst alle Kassen dem anschließen.

Zu seinem 80. Geburtstage wurde gestern der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans durch unzählige Deputationen beglückwünscht. Auch Vertreter unserer Fraktion erschienen unter Führung des Genossen Singer, der dem Jubilar Worte des Dankes für die Liebe und Gerechtigkeit darbrachte, welche Dr. Langerhans als Stadtverordneten-Vorsteher der socialdemokratischen Fraktion während seiner Geschäftsführung habe angedeihen lassen. Gerührt dankte der Jubilar. Wenn seine Ansichten von denen der Socialdemokratie auch abwichen, so sehe er doch vollkommen ein, wie notwendig für die Arbeiter die Vertretung sei, deren sie sich in der socialdemokratischen Fraktion erfreuten.

Der Oberbürgermeister Kirschner sprach im Namen der Stadt den Wunsch aus, daß sich Dr. Langerhans noch recht lange dieser Auszeichnung zu erfreuen haben werde. Der Wortlaut des Ehrenbürgerbriefs ist folgender:

Wir der Magistrat der kgl. Haupt- und Residenzstadt Berlin beurkunden und bekennen hiermit, daß wir im Einverständnis mit der mitunterzeichneten Stadtverordneten-Versammlung dem praktischen Arzt Dr. med. Paul Langerhans, der seit 36 Jahren durch das Vertrauen seiner Mitbürger zum unbesoldeten Ehrendienst in der Gemeindeverwaltung berufen, der Stadtverordneten-Versammlung seit nahezu 25 Jahren angehört und deren Leitung während der letzten 7 Jahre ununterbrochen mit größtem Pflichteifer und strengster Unparteilichkeit geführt hat, der, einer alten Familie entsprossen, immer treu zu seiner Vaterstadt gehalten und für ihr bestes gewirkt, insbesondere an der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse Berlins auf das Eifrigste mitgewirkt hat, der in echtem Bürgersinn und Bürgerstolz alle Zeit die Grundsätze der Selbstverwaltung als die Voraussetzung für das Blühen und das Gedeihen des städtischen Gemeindewesens hoch gehalten und verfochten hat, der sich in dem hohen Alter von 80 Jahren noch gern und freudig den Pflichten unterzieht, die ihm seine Ehrenämter im Reich, Staat und Gemeinde auferlegen, und sich durch seine rastlose Thätigkeit und durch Einsetzung seiner besten Kräfte um das Wohl der Stadt Berlin verdient gemacht hat, das Ehrenbürgerrecht unsrer Stadt erteilt haben. Dessen zur Urkund haben wir diesen Ehrenbürgerbrief unter unsrer Unterschrift und unter Anhängung unsres großen Stadtsiegels anfertigen lassen.

Berlin, den 25. Mai 1900.

Magistrat 2c. Stadtverordnete.

Nach einer kurzen Ansprache des Stadtverordneten-Vorstehers Michelet dankte der Jubilar, in seiner Rede hervorhebend, daß er, wenn er seine Stellung ausgefüllt habe, viel der Nachsicht seiner Kollegen zu verdanken habe. Er hoffe, noch ein Weilchen mitmachen zu können. Er werde derselbe bleiben.

Zu unsrer vorgestrigen Mitteilung über den Fall Ziethen erhalten wir vom Rechtsanwalt Victor Fränkl eine Zuschrift folgenden Inhalts: Ich bitte Sie, zu der Ziethenmotiz folgendes nachtragen zu wollen: 1. Der von mir benannte neue Zeuge Mayer hat sich nicht in, sondern nach dem Prozeß Landauer gemeldet. 2. Bei der Frage der Verwertbarkeit der sogenannten „Aussagen" der tötlich verletzten Frau Ziethen habe ich mich vornehmlich auf neue Gutachten von Autoritäten der Hirnpathologie und Psychiatrie gestützt. Ich habe u. a. schriftliche Aeußerungen der Professoren Eulenburg, Forel, Wille, Oppenheim, Mendel und des Dr. Kurella beigebracht, welche alle nach Kenntnisnahme von dem Inhalt der Vernehmungen der Ehefrau Ziethen und dem Obduktionsbefund sich ablehnend gegen den Wert ihrer Angaben — teilweise in scharfen Auslassungen — ausgesprochen haben. — Im einzelnen den sehr anfechtbaren Ausführungen der Elberfelder Strafkammer entgegenzutreten, wird ja Sache der sofortigen Beschwerde sein — nur das sei noch gesagt: Es ist für den Geist unsrer Strafprozeß-Ordnung charakteristisch, daß das Gericht keinen Anlaß zu finden brauchte, die neu bezeichneten Zeugen zu vernehmen, um durch lebendige Anschauung ein Bild von ihrer Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Victor Fränkl.

Für die Provinz Brandenburg und den Stadtbezirk Berlin wird vom Polizeipräsidium folgendes verordnet: Die öffentliche Ankündigung von Geheimmitteln, die dazu bestimmt sind, zur Verhütung oder Heilung von Pflanzenkrankheiten zu dienen, ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden, falls nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M., im Vermögensfall mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Wie in früheren Jahren wird auch in diesem Jahre das Milchfest von den Zöglingen der Rummelsburger Waisenanstalt und des Hauses Alte Jakobstraße 33, und zwar Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags, in Tabberts Waldschlößchen in der Köpnicker Heide begangen werden.

Das von uns unter Reserve vermerkte Gerücht, wonach die rücksichtslose Ausnutzung des Straßenbahnpersonals auf Unregelmäßigkeiten im Betriebe zurückzuführen sei, wird von der „Nat.-Ztg." für unbegründet erklärt. Leider fällt es uns schwer, die „Nat.-Ztg." in Straßenbahnangelegenheiten als Autorität anzuerkennen. War

dies Blatt doch mit besonderem Eifer auf Verbreitung der falschen Nachricht verseßen, daß die streikenden Angestellten sich an den Straßenunruhen beteiligt hätten.

Die Kohlenhändler Berlins planen eine Protestversammlung, in der die jetzigen unleidlichen Kohlen- und Coaksverhältnisse erörtert werden sollen. Gegen das Verfahren der Gasanstalten in der Vergebung von Coaks, das bekanntlich zu der gegenwärtigen ungewöhnlichen Verteuerung geführt hat, will man energisch protestieren.

Schwer verbrannt wurde Donnerstagabend 8½ Uhr das 16jährige Dienstmädchen Martha Eckert, Elisabeth-Ufer 57. Es war erst am Tage vorher von auswärts gekommen und hatte bei dem Patentanwalt Jahr Stellung genommen. Vorgestern Abend erhielt es den Auftrag, einige Flaschen Bier aus dem Keller heraufzuholen, wozu es sich eines Lichtes bediente. Sie stellte dasselbe auf die Erde, bückte sich und nahm die Flaschen auf. Bei dieser Gelegenheit waren die Kleider unbemerkt mit dem Lichte in Berührung gekommen und hatten sich entzündet. Ahnungslos schritt das Mädchen die Treppen empor und hatte bereits seine im ersten Stock belegene Wohnung erreicht, als das bis dahin glimmende Feuer sich im Nu zu hellen Flammen entwickelte. Unter Hilferufen stürzte es die Treppe herab nach dem Hofe, wo der zufällig anwesende Destillateur B. die Flammen mit Hilfe seines schnell ausgezogenen Rockes vergeblich zu ersticken suchte. Erst als noch mehrere Hausbewohner auf das Hilfegeschrei herbeigeeilt waren, gelang es, das Mädchen unter der Hofpumpe auf die Erde zu werfen und das Feuer zu löschen. Die Bedauernswerte hatte im Rücken und an den Beinen gräßliche Brandwunden davongetragen und wurde von dem Personenwagen Nr. 8 der alarmierten Feuerwehr schleunigst nach dem Krankenhause Am Urban befördert, wo sie schwerkrank darniederliegt.

Am kommenden Sonntag tritt eine erweiterte Geschäftszeit ein. An diesem Tage dürfen die Verkaufsräume der Geschäfte, abgesehen von den üblichen Verkaufsstunden bis 10 Uhr vormittags, von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends geöffnet bleiben und das Personal in diesen Stunden beschäftigt werden.

Der Schutzmann Schöwe rettete zwei kleine Kinder vom Ersticken. In der Lichtenbergerstr. 6 waren in der Wohnung der Arbeiter Haaseschen Eheleute Lappen, die auf dem geheizten Herd zum Trocknen lagen, in Brand geraten und entwickelten einen derartigen Qualm, daß die allein in der verschlossenen Küche befindlichen Kinder der neun Monate alte Haasesche Sohn und der sechs Jahr alte Sohn eines Nachbarn, dem Ersticken nahe waren. Der Schutzmann Schöwe, der durch den aus dem Fenster dringenden Rauch aufmerksam geworden war, brach die Küchenthür auf und brachte die Kinder in Sicherheit.

Verschwunden ist seit dem 16. Mai die 14½ Jahre alte Ludovica Kleinfeldt, die bei ihrem Vater W. Kleinfeldt, Königsbergerstr. 28 wohnte. Das für sein Alter stark entwickelte Mädchen ist 1,66 Meter groß, hat ein rundes Gesicht und dunkelblondes Haar und trug zuletzt ein hellgelbes Jackett, blauseidenen runden Hut mit weißem Band, schwarz karrierte Bluse und schwarzen Oberrock. Die Eltern bitten dringend um Benachrichtigung und sind gern bereit, alle Unkosten zu ersetzen.

Feuerbericht. Während der beiden letzten Tage erfolgten mehrfache Alarmierungen, die teilweise auf die herniedergegangenen Regenmassen zurückzuführen waren. So wurden Wilhelmstr. 56, Holzmarktstraße 3 und Antonstr. 9 die Keller dermaßen überschwemmt, daß die Wassermassen durch die Feuerwehr ausgepumpt werden mußten. Fußboden und Balkenlage hatten Neue Königstr. 1, Kurfürstenstr. 13 und Fronzstr. 7 Feuer gefangen, doch konnte in allen Fällen die Gefahr leicht beseitigt werden. Alexandrinenstr. 118a und Birkenstraße 4 waren Küchenbrände abzulöschen. Letzterer war durch Explosion einer Petroleumlampe entstanden. Ein fehlerhafter Blitzableiter der elektrischen Straßenbahn von Siemens u. Halske hatte Freitag früh Kottbuser Ufer 33 einen Kurzschluß verursacht, weshalb die Feuerwehr herbeigerufen wurde, die die Leitung ausschaltete, worauf die Bahnverwaltung für Ausbesserung der defekten Leitung sorgte.

Das Viertage-Rennen, das auf der Rennbahn am Kurfürstendamm Donnerstag beginnen sollte, ist wegen des ungünstigen Wetters zunächst auf Freitag und gestern aus gleichem Grunde abermals auf Sonntag vertagt worden.

Im Victoria-Theater ist vorgestern mit einem Schwank von Girardin „Die Kanonenkönigin" ein Erfolg erzielt worden. Das von Richard Manz bearbeitete Stück ist, wenn auch nicht ohne Pikanterie, so doch frei von Lascivitäten und führt im hübschen Aufbau eine Reihe kunterbunter Verwechselungen vor. Das Spiel war durchweg flott und ansprechend; besonders zeichneten sich aus Emma Stiefle in der Titelrolle und Herr Walden als unglücklicher Professor.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Bei der Ersatzwahl eines Stadtverordneten für die zweite Abteilung siegte in der Stichwahl der Kandidat der Bürgerpartei, Mätzig, mit 345 Stimmen gegen 223 Stimmen, die Herr Wachsmuth, der auch von unsrer Partei unterstützt wurde, auf sich vereinigte. Die Wahlbeteiligung war eine sehr rege.

Der Gemeinde- und Amtsvorsteher in Treptow, Bürgermeister a. D. Schmock, dessen Wahl zum ersten Bürgermeister der Stadt Inowrazlaw wir kürzlich meldeten, der aber diese Wahl wegen des dortigen rauheren Klimas im Interesse der Gesundheit seiner Gattin nachträglich abgelehnt hatte, ist jetzt zum ersten Bürgermeister der Stadt Malstatt-Burbach einstimmig gewählt worden und hat die Wahl angenommen. Im Königreich Sachsen wird Herr Schmock sich vielleicht ganz wohl fühlen.

Waidmannslust. Der Gemeinde Hermsdorf ist von der Stadtgemeinde Berlin ein Vertrag wegen Lieferung von Gas zu Beleuchtungs- und andern Zwecken überreicht worden. Es steht zu erwarten, daß dieser Vertrag, wenn vielleicht auch mit einigen Modifikationen, angenommen wird; dann dürften auch die beiden Nachbargemeinden Lubars-Waidmannslust und Dalldorf, durch deren Gebiet die Rohrleitung hindurchführt, an die Beleuchtungsanlage mit angeschlossen werden. Sollte aber keine Einigung mit der Direktion der städtischen Gaswerke erzielt werden können, so bietet sich wenigstens für Waidmannslust noch eine andre günstige Aussicht auf Verwirklichung des Gasbelenchtungsprojekts. Auch die Gasanstalt in Tegel würde bereit sein, den Ort mit dem nötigen Gas zu versorgen.

Tegel. Die auf dem Tegeler See und der oberen Havel fahrenden Dampfboote sind jetzt in den Händen einer Gesellschaft, welche infolge der beseitigten Konkurrenz die Fahrpreise in jeder Weise zu Ungunsten des Publikums erhöht hat.

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zwei neue Bebauungspläne genehmigt, von denen der eine einen neuen Straßenzug nach Niederschönhausen im Zuge der Wasserwerke und des zu erbauenden Krankenhauses vorsieht. Auf dem Terrain der Berliner Immobilienbank soll das in den Plänen angegebene Schulgebäude näher an die Berlinerstraße herangerückt werden. — Das Schulgeld an der Realschule soll von 80 M. auf 100 M. erhöht werden, dabei wird in Aussicht gestellt, daß der Etat wohl erheblich überschritten werden müsse. Für die Gesellschaft für Hundezüchtung, die demnächst eine Ausstellung in Pankow veranstaltet, wurde ein Preis von 50 M. gestiftet. In der Angelegenheit des Diakonissenhauses, welches das Konsistorium erbaut haben will, beschloß die Gemeindevertretung, der geistlichen Körperschaft auf seine Anfrage zu antworten, daß der Termin für den Bau des Hauses sich nicht bestimmen lasse und zur Zeit für die Gemeinde auch kein Anlaß vorliege, mit dem Bau zu beginnen. Die Gemeinde habe sich auch nicht davon überzeugen können, daß der Prediger unter einer Wohnungsnoth leide.

Reinickendorf. Der Brand in der Jordanschen Schneidemühle in der Provinzstraße, welche in der Nacht vom 24. zum 25. Februar dieses Jahres total eingeäschert wurde, wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Bei der Vernehmung der Angestellten sind so widersprechende Angaben gemacht worden, daß die Verhaftung des Werkführers vor einigen Tagen erfolgte. — In unbeschreibliches Elend geraten ist die Arbeiterfamilie Staßs, die hier Provinzstr. 69 wohnt. In der aus 13 Köpfen bestehenden Familie ist vor einigen Tagen unter den 11 Kindern Scharlach und Diphtheritis ausgebrochen; zwei Kinder sind bereits den Krankheiten zum Opfer gefallen. Da nun die Frau ebenfalls erkrankt daniederliegt, ist der Mann gezwungen, von seinem Erwerb fern zu bleiben.

Schöneberg. Außerordentlich hohe Anforderungen hat der auf dem Holzplatze von Seckel u. Schweitzer stattgehabte Brand an die Leistungsfähigkeit der Schöneberger und Berliner Feuerwehr gestellt. Der Magistrat hat daher dem Polizeipräsidium 600 M. zur Verteilung an die Mannschaften überwiesen. Auch der Schöneberger Wehr soll ein ansehnlicher Betrag zur Verteilung übergeben werden. — Zu einem Konflikt zwischen Stadtverordneten und Magistrat ist es in der städtischen Tiefbau-Kommission gekommen. Der Stadtverordnetenvorsteher Müller und zwei andre Stadtverordnete haben ihr Amt niedergelegt, weil im Widerspruch zur Deputation Pflasterarbeiten anstatt an den Mindestfordernden unter Mehrbewilligung von 1000 M. an einen andren Unternehmer vom Magistrat vergeben worden sind und ferner, weil sie der Ansicht sind, daß eine Asphaltierung von Straßen nur mit Genehmigung der Stadtverordneten für jedes Jahr vorgenommen werden dürfe und vor dem Beginn derselben die Deputation gehört werden müsse.

Ein seltsames Abenteuer erlebten am Donnerstag einige Ausflügler in Dalldorf. Als ihr Wagen abends 9¼ Uhr unter strömendem Regen dort durch die Oranienburgerstraße fuhr, wurden sie eines Mannes ansichtig, der ihnen im Adamskostüm entgegentrat. Der Arme war offenbar geisteskrank. Ein Gendarm war nicht zu finden, und daher packten die Ausflügler den Unglücklichen in ihre Droschke, wickelten eine Pferdedecke um seinen Körper und fuhren mit ihm zur Irrenanstalt. Dort kamen sie aber schön an. Der Portier erklärte, daß er die Aufnahme des Kranken verweigern müsse, da dieser ja keine — Papiere bei sich habe. Vergeblich suchten die Männer dem betreffenden begreiflich zu machen, daß der Irre sich der staatsbürgerlichen Pflicht, für seine Papiere Sorge zu tragen, wohl im hüllenlosen Augenblick nicht recht bewußt gewesen sei, da er ja nicht einmal an eine gehörige Ordnung seiner Toilette gedacht habe. Als Mensch mochte dem Portier dieser Einwand am Ende einleuchten, als Beamter hielt er sich aber an den juristischen Grundsatz: quod non est in actis non est in mundo. Was sich nicht durch Geburtsschein legitimieren kann, ist für mich Luft. Da es den Samaritern unter dem immer ärger werdenden Unwetter nicht gut möglich war, dies Argument zu widerlegen, und da sie, so leid es ihnen um den unglücklichen Irren that, es auch nicht gut verantworten konnten, ihn in Berlin in ihren Familienkreis aufzunehmen, so blieb ihnen zu ihrem Bedauern nichts übrig, als den Armen, so wie er war, in Dalldorf seinem Schicksal zu überlassen. Was aus ihm geworden ist, konnten sie in der späten Stunde nicht mehr in Erfahrung bringen.

Wie wir aus den Abendzeitungen vernehmen, ist der Irrsinnige, der ein Tischler Schreiber aus Berlin sein soll, später nackt auf einen Pferdebahnwagen gesprungen. In der Müllerstraße gelang es dem Schaffner, Polizeibeamte herbeizuschaffen, die den Mann nach der Wache und von da nach Dalldorf brachten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Unhold. Wegen schwerer Kuppelei war die Arbeiterin verwitwete Frau Marie Junker und wegen fortgesetzter schwerer Sittlichkeitsverbrechen der Kaufmann Felix Kallmann aus Berlin angeklagt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt; Frau Junker hat vor einigen Jahren ihren Mann durch den Tod verloren. Dieser hinterließ ihr sechs Kinder im jüngsten Alter, aber nichts zum Beißen und zum Brechen. Sie mußte die Kinder durch ihrer Hände Arbeit ernähren, und da ihr dies überaus schwer wurde, suchte sie durch Inserate einen „Freund", der geneigt sei, eine „arme Witwe" zu unterstützen. Der „Menschenfreund" fand sich in dem Angeklagten Kallmann, der in Bezug auf seine Ansprüche ebenso hoch hinausging, wie er knauserig war in der Abmessung des Sündenlohns. Er opferte in Zwischenräumen 3 M. und wenn es hoch kam, auch einmal 5 Mark. Dafür opferte die entmenschte Mutter ihre ältesten Töchter im Alter von 13 Jahren bis herab zu 9 Jahren. Sie stand dabei, wenn die Kinder sich unter den Qualen krümmten, die ihnen der Wüstling bereitete. Schließlich suchten die Kinder bei fremden Leuten Schutz vor diesen Mißhandlungen, was zur Erhebung der Anklage führte. Das Urteil lautete für Frau Junker auf vier Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, für Kallmann auf zwei Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Vermischtes.

Der von dem Rittergutsbesitzer Buchholz aus Kosseublatt aus Rache wegen einer ungünstigen Aussage in einem Prozeß wegen Verleitung zur Brandstiftung durch Schüsse schwer verletzte Gutsgärtner Ponold ist, nach der „Ztkf. O.-Ztg.", an den Folgen der Verwundungen gestorben. Er hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern, von denen das älteste sechs Jahre, das jüngste drei Monate alt ist.

Zum Konitzer Morde wird aus Konitz gemeldet: Der Antrag des Rechtsanwalts Maschke auf Haftentlassung des früheren Fleischers Israelski wurde abgelehnt. Die Kriminalpolizei forscht neuerdings u. a. nach dem Verbleib eines früheren Gesellen des Fleischermeisters Hoffmann.

Der große Elberger Moorbrand gewinnt, wie der „Voss. Zeitung" aus Osnabrück gemeldet wird, immer mehr aus Ausdehnung. Das Feuer hat bereits den Emskanal überspringen und die herzoglich Arenbergschen Forsten ergriffen. Es ist zunächst unmöglich, dem gewaltigen Brand Einhalt zu thun, trotzdem rastlos gearbeitet wird.

Die Cholera in Siam. Ein aus Bangkok unter dem 20. v. M. nach Brüssel abgesandter Bericht meldet, daß die Cholera im Königreich Siam stark wütet. Das Thermometer zeigt 37 Grad über Null im Schatten und nachts 31 bis 32 Grad. Die Regengüsse sind im Rückstand; das Wasser der Kanäle und des Flusses ist salzig und diejenigen, die davon trinken, sterben massenhaft an der Cholera. Auch Europäer sind ihr erlegen. Der deutsche Generaldirektor der Tramwahnen Lethge und seine Frau sind, wie erinnerlich, auch an der Cholera gestorben.

Aus Durban, 24. Mai, wird amtlich gemeldet, daß dort ein Todesfall an Beulenpest vorgekommen ist. Der Verstorbene ist ein Indier. Es sind sofort die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Marktpreise von Berlin am 23. Mai 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	15,40	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	8,—	6,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,20	1,—
*) Roggen, gut	„	15,10	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,50	1,—
Gerste, gut	„	14,80	14,20	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,10	13,60	Eier	60 Stück	3,10	2,20
„ gering	„	13,50	13,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*) Hafer, gut	„	15,30	14,90	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	14,80	14,40	Zander	„	2,60	1,—
„ gering	„	14,30	14,—	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	6,—	5,32	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	6,80	5,90	Schleie	„	3,—	1,40
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	18,—	2,50
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt am 25. Mai. Getreide. Die Preise gaben endlich nach, da endlich der für die Saaten erwünschte reichliche Regen eingetreten ist. Effektive Ware war am Frühmarkt zu billigeren Preisen offeriert. Mittags konnten sich Lieferungen nach matterem Beginn einigermaßen erholen, da von den ausländischen Börsen, insbesondre aus Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Nordamerika, feste Tendenzberichte vorlagen, doch blieben die Preise bei dem Mangel an Beteiligung für Weizen noch 0,25, für Roggen 0,50 M. hinter vorgestern zurück. Roggen war aus Rußland zu billigen Bedingungen angeboten. Auch Mehl war etwas schwächer im Preise. Am Hafermarkt wurden in Ermangelung inländischer Ware russische Provenienzen zu ermäßigten Preisen gehandelt. Mais lag unverändert fest. Rüböl nachgebend.

Spiritus loco unverändert.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmermann

Ernst Schulz,

Grunstr. 41, am 24. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofs zu Nieder-Schönhausen aus statt.

Zahlreiche Beteiligung wünscht

247/11 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine innig geliebte Frau und unsre liebe Mutter

Bertha Wentker

geb. **Klein** [1206b

am heutigen Tage nach langen schweren Leiden im Alter von 40 Jahren verstorben ist. Tief betrauert von den Hinterbliebenen

Hamburg, den 23. Mai 1900.

H. Wentker nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Mitteilung, daß der Kollege Schlosser **Herm. Vosskühler** am Freitag, den 18. d. Mts., abends 10½ Uhr, verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofs in Plötzensee aus statt. 1209b

Die Kollegen vom Werkzeugbau der A.-E.-G., Ackerstrasse.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied

Ernst Schulz

am 24. d. M. an Lungenentzündung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

254/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 18. Mai 1900, starb infolge eines Unfalls unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Vosskühler.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiland-Kirchhofs in Plötzensee aus statt.

113/5 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Begräbnis unsres lieben Sohnes und Bruders

Emil Dommaing

sagen allen Freunden und Bekannten sowie den Vereinen und Kollegen unsern herzlichsten Dank.

Familie Dommaing.
Köpenick.

Am 23. d. Mts. starb vier Monat nach dem Tode ihres Mannes unsre liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Frau

Emilie Schneider

geb. **Gäbler.**

Dies zeigen tiefbetrübt an

Bernhard, Paul, Frieda, Olga Schneider, Anna Wolf geb. Schneider, Paul Wolf.

Die Beerdigung findet nicht Sonntag, sondern heute nachmittag 5 Uhr von der Halle des städtischen Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. [1213b

Unserm Mitarbeiter

Fritz Blümel

zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum unsern herzlichen Glückwunsch.

Das Personal der Firma **F. Budweg u. Sohn,** Waidmannslust-Berlin.

Von der Reise zurückgekehrt

Dr. Silberstein,
Nixdorf.

12129

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Zimmerer.

(E. H. Nr. 2. Hamburg.)

Am Donnerstag, den 24. d. Mts., starb das Mitglied unsrer Kasse, der Zimmerer 259/6

Ernst Schulz,

Grunstr. 41.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand. Bez. II.

Fahrräder

prima deutsche Fabrikate à 175 M.

auf **Teilzahlung.**

W. L. Adomeit,
Lothringerstrasse 63, I.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Montag, den 28. Mai, abends 8½ Uhr

Ausserordentliche General-Versammlung

im **„Palast-Theater"**, früher **„Feen-Palast"**, **Burgstraße 22. Ecke St. Wolfgangstraße.** 113/4

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Beratung der Anträge des Mitglieds P. Litfin.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhändigen.

Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler.

Die Zahlstellen der Filiale Berlin I. befinden sich:
O.: Löwe- und Jerusalemerstraßen-Ecke bei Wiedemann.
S.: Ritterstraße 123 bei Strauss.
(Zahlstunden Montag und Sonnabend abends von 8–9 Uhr.)
C.: Alte Jakobstraße 69 bei Lenz.
O.: Langestraße 102 bei Fetsch.
SW.: Koltzestraße 50 bei Wehe.
W.: Blumenthalstraße 5 bei Bedrend.
NW.: Havelbergerstraße 37 bei Perschke.
(Zahlstunden Montag, Mittwoch und Freitag abends von 8–9 Uhr.)
Wedding: Jasenwallerstraße 3 bei Bergmann.
(Zahlstunden Sonntagvormittag von 10–12 Uhr.)

124/14 **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 28. Mai, abends 8½ Uhr,
im Lokal des Herrn Möhring, Admiralstrasse 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Reuter** über: „Unser Beruf einst und jetzt". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 146/16

Der Kollege Hugo Blatle, Rixdorf, Thomasstraße 8, wird aufgefordert, seine Streikliste abzurechnen.

Am 3. Pfingstfeiertag findet eine **Herrenpartie nach Pichelswerder** statt. Treffpunkt Schlesischer Bahnhof (Madaistraße) morgens 7 Uhr.

Der Vorstand.

Achtung! Former. Achtung!

Sonntag, den 27. Mai, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Große öffentliche Versammlung der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. **Die Einigungsverhandlung in Leipzig.** Referent **Körsten.** 2. Diskussion. 3. Verschiedene Mißstände in den Berliner Gießereien und das Verhalten der Meister. 4. Die auswärtigen Formerstreiks. 5. Verschiedenes. 61/5

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.

Der Einberufer. J. A.: A. P.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. Mai.

Opernhaus. Der Bärenhäuter Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Standhafte Liebe. Die Dienstboten. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die Lügnerin. Vorher: Die sittliche Forderung. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Freudlose Liebe. Hierauf: Die Schulreiterin. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer fesselt. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die eine weint, die andre lacht. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Kämpfende Armut. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Kanonen-Königin. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Räuber. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania) Bis ans Ende der Welt. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Ein Abenteuer im Harem. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.
– **Taubenstraße 48/49.** Abends 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv".

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Schauspiel in 4 Akten v. G. Giacosa, deutsch von O. Eisenschitz.
Hierauf:
Die Schulreiterin.
Lustspiel in 1 Akt von Emil Pohl.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Montag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Central-Theater
Sensationeller Lacherfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: **Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfums.** (Blendendes Ballett.)
Sonntag bis inkl. Sonnabend: **Berlin nach Elf.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Kämpfende Armut.
Anfang 8 Uhr.
Am 1. Pfingstfeiertag (3. Juni): **Am Spieltisch des Lebens.**
Nächste Gartenvorstellung: 27. Mai.
Specialitäten, Theater u. Konzert.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten: (vornehmstes u. großartigstes Sommer-Etablissement der Residenz)
Variété-Vorstellung ersten Genres.
Elektrische Zauberbäume.
Anfang 6 Uhr. Entree 75 Pf.
Ende 11 Uhr.
Saisonkarten an der Kasse.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel
Annie Dirkens.
Wie man Männer fesselt.
Vaudeville-Posse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Wie man Männer fesselt.**

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schultz. Telephon I 2126.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Burleske Ausstattungs-Operette sowie
das neue erstklassige Mai-Specialitäten-Programm
Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags). Rauchen überall gestattet.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Riesen
und
Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7–10½ Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Der berühmte Magier
Mr. Roberts.
Die weltberühmte
Hohenzollern-Galerie.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.
Der französische Saal.
Im **Restaurant** täglich mittags und abends
Großes Konzert.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern, und einem Prolog von Dr. M. Wilhelm Meyer.
Anfang 8 Uhr.

Barnum & Baileys
grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.
Heute um 3 und 8 Uhr
und zweimal täglich um dieselbe Zeit.
Nur bis zum 10. Juni.
Die Sehenswürdigkeiten sind um 1 und 6 Uhr zu besichtigen. Billetverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von **1** bis **4½** Uhr und von **6½** bis **9½** Uhr ausgestellt.
Das die Nachmittags-Vorstellungen besuchende Publikum wird höflichst gebeten, die Zelte um 6 Uhr zu verlassen, damit die Abend-Vorstellungen vorbereitet werden können.
1 Mk. Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Cirkus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. numerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1-Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind numeriert mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importhaus. Unter den Linden No. 47.

Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Ensemble Waldau-Jordan.
Großer Lacherfolg:
Die Kanonenkönigin.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Ein Abenteuer im Harem.
Rob. Steidl, Krüger u. Kirsten.
In Vorbereitung:
Venus auf Erden.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf im Theater sowie beim Invalidendank und Künstlerdank.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag:**
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Otto Randolf.
List und Phlegma.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Angely.
Im wunderschönen Monat Mai.
Liederspiel in 1 Akt von Stinde.
Im Saal: **Großer Ball.**

„See-Terrasse", Lichtenberg,
Röderstrasse 6.
(Die breite Röderstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
Täglich vorzügl. Elite-Programm im Variété-Theater.
Novität: **„Lichtenberg auf Stelzen"** Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen.
Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.
(Stempel: Deutsche Terrain-Gesellschaft m. b. H. – See-Terrasse Lichtenberg b/Berlin – Berlin)

Achtung! **Brauer.** Achtung!
Gemäß dem Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 8. April bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, veröffentlichen wir diejenigen, dem „Verein der Brauereien Berlins und Umgegend" **nicht** angehörigen Brauereien, welche die Forderungen der Fünfer-Kommission **nicht** anerkannt haben: **Münchener Brauhaus. Berlin: Brauerei Pichelsdorf: Kaiser-Brauerei. Charlottenburg: Stadtbrauerei A. Lorch. Belforterstraße: Pilsener Brauhaus. Veteranenstraße: Brauerei Enders. Weißensee: Brauerei Kinn u. Comp., Akt.-Gesellsch.**
Bemerkt sei hierzu noch, daß die **Brauereien Julius Bötzow** und **Hilsebein**, Tempelhofer Berg, die Forderungen bis auf Regelung der Arbeitsnachweisfrage bewilligt haben. 1229b
Die Fünfer-Kommission.
J. A.: L. Hodapp, Weißensee, Wörthstr. 13.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Billigste Familien-Unterhaltung.
Wochent. abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
Italien. Janitscharen-Bande Rocco. Tyroler Alpensänger Michel Hopp. Rumänisches Orchester Laier. Oestreichische Damenkapelle Hangard. Theater-Abteilung: Abends 7½ Uhr.

Jul. Wernaus Sommer-Theater
Schwedter-Strasse 23/24.
Sonnabende sind noch zu vergeben. Volksbelustigungen aller Art. Für 1500 Personen Unterkunft im Saal u. Garten.
2 Kegelbahnen.
Es ladet ergebenst ein **Wernau.**

Ober-Schöneweide
Wilhelminenhofstr. 18
Otto John
empfiehlt Genossen **Restauration** bei Ausflügen. [4042L*]
Kegelbahn! Gr. Garten!

Böhm'sche Malzbier-Brauerei
Emil Cantieni, [4470L*]
Colbergerstr. 19. T.-A. II. 2369.
Prima Malz- u. Weißbier zum Selbstabfüllen, bestes und billigstes Familiengetränk à Ltr. 10 Pf. Versand in Fässern à 5 u. 10 Ltr. frei Haus.

Speck, neuer deutsche Ware,
magerer Pfd. 65 Pf., bei 5 Pfd. 60 Pf.
fetter „ 55 „ „ 5 „ 52 „
Hallesche Zwiebelleberwurst
à Pfd. 50 „
Rotwurst „ „ 50 „
Pa. Schlackwurst, harte „ „ 110 „
Pa. Salamiwurst, Dauerw. „ 110 „
sowie sämtl. andre Sorten Thüringer und Braunschweiger Wurstwaren zu billigsten Preisen. Restaurateuren und Wiederverkäufern billigste Engrospreise.
Jos. Scheidmann,
Dallborferstr. 19. Ackerstr. 8.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin". 11/17

Morgen 1 Uhr Schles. Brücke nach **Pferdebucht.** Angehörige mit der Bahn bis Köpenick. Gäste willkommen. 11/18

G. Zaunasch's (früh. Paster)
Gesellschafts-Säle, Inselstr. 10.
empfiehlt Vereinszimmer und Saal zu öffentlichen Versammlungen. Jeden Sonntag: **Ball!** 4516L*

Etablissement „Südost"
Waldemarstr. 75. [4475L*]
Mehrere Sonnabende u. Sonntage im Mai, Juni, Juli zu vergeben.

Ostend-Oberschöneweide.
Restaurant Sportshaus.
Empf. Vereinen, Gesellschaften u. **Saal. Garten.** Kegelb. u. Kaffeek. **Döbslaw.**

Restaurant Jägerhäuschen
in Saatwinkel
empfiehlt für **Vereine und Gewerkschaften.** 715b
Wilh. Schumann.

Laabs
Elsasserstr. 30.
Behandl. aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden**
ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst.: 9–2. 6–9.
Freitag und Sonntag nur 9–2.
Verbandskarten Ermäßigung.

! Charlottenburg !
Bestellt nur
hochelegante Anzüge,
Paletots, sowie ff. **Beinkleider**
beim [4747L*]
Internationalen Maßgeschäft
Kantstr. 56, H. Rosenthal,
2. Haus von der Wilmersdorferstraße, **nicht mehr im Eckladen.**
Jede Bestellung wird **noch zu den Festtagen** unter **Garantie** des **Gutsitzens** von den **feinsten Stoffen** zu den **allerbilligsten Preisen** nach Maß angefertigt.
Da noch bedeutende Arbeitskräfte eingestellt wurden, darum kauft **keine fertige Garderobe,** sondern bestellt bei mir nach Maß, **ebenso billig als fertige,** jedoch viel haltbarer.
Jetzt nur
Kantstr. 56, H. Rosenthal,
2. Haus von der Wilmersdorferstraße, **nicht mehr im Eckladen.**

van Houtens Cacao
½ Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Bei „Behandlung der Fettsucht"
BERICHT AUS DER KLINIK VON GEH.MED.RATH PROF. DR. GERHARDT.

Bei „Chronischer Verstopfung" (LIEBREICH)

„Dauernd sich gleichbleibend" (LANGENBECK)

Bei Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern,
in ganzen und halben Flaschen.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwisch. Müggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume.
Belustigungen aller Art. Coulante Preise. **M. Degebrodt.**
4590L*] „Strandschloß", Köpenick.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden** ohne jegliche Berufsstörung. 3973L*
Sprechstunden 9–2 u. 5–9.
Donnerstagvormittag keine Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Ausstellung im Zoologischen Garten.

Eröffnung am 1. Juni!!
Unsre neuen Landsleute
aus **Samoa.**
Urwald – Samoanisches Dorf. Tropenlandschaft.
Männer, Frauen, Kinder von Samoa.
Die Dorfjungfrau von Falealupo.
Krieger Mataafas und Malietoas.
Die Ausstellung **„Samoa"** wird an tropischer Schönheit und Naturwahrheit alles bisher auf diesem Gebiet Gezeigte übertreffen.
Schön, interessant, lehrreich.

Schweizer Garten
Am Königsthor. – Haltestelle der Ringbahn. – Am Friedrichshain.
Sonntag, 27. Mai
Garten-Konzert und Extra-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. | Im Saal bis 2 Uhr **Ball.**
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: Eintritt 30 Pf. **Früh-Konzert und Vorstellung.** Eintritt 30 Pf.
Beginn der Hauptsaison und der tägl. Vorstellungen.
Extra-Vorstellung.

Kommandantenstraße 72 **Neues Klub-Haus** Kommandantenstraße 72.
Jeden **Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: Grosser Ball.** [4578L*]
Große und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten zu vergeben. Einige Sonnabende u. Sonntage noch frei. **H. Ebert.**

Segler-Schloss, Hankels Ablage.
Besitzer **W. Heinrich.** Fernsprecher: Wusterhausen 13. [4411L*]
empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Schulen sein am Wald und Wasser gelegenes Restaurant. Große und kleine Säle, schöner schattiger Garten und großer Spielplatz stehen dem geehrten Publikum zur Verfügung.

Wald-Restaurant Kiekemal
15 Min. schöner Waldweg von Station „Hirschgarten" (Außenseite der Bahn). 30 Minuten von „Pferdebucht" entfernt. Inhaber **F. Magdeburg.** Kegelbahn, Kaffeeküche, Tanzsaal, Billard, Schießstand, gr. Spielplatz, Gute Speisen u. Getränke zu soliden Preisen. [4578L*]

„Teufelssee" Zu den Müggelbergen. **„Marienlust".**
Inh.: **C. Streichhahn,** Besitzer des **Kaiserhofs,** Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit großen **Sälen** und **Gärten,** jedes circa 3000 Personen fassend, mit **Dampferbrücken, Stallungen** für 40 Pferde. **Volksbelustigungen** aller Art. 4581L*

Köpenick. Restaurant zum Schweizergarten,
Lindenstrasse 4 (an der Rummelsburger Chaussee).
Empfehle mein schön gelegenes **Sommerlokal** mit **Garten,** großem **Saal,** 1000 Personen fassend, **Gesellschaftszimmer, Hallen,** verdeckte **Kegelbahnen, Volksbelustigungen** aller Art. Familien können Kaffee kochen. Für Kremserpartien sehr geeignet. Stallung für ca. 50 Pferde vorhanden.
4673L* Ergebenst **W. Gaerisch.**

Achtung! **Adlershof.** Achtung!
Da mir nach wiederholten Gesuchen öffentliche Tanzlustbarkeiten vom Amtsvorsteher Herrn **v. Oppen** nicht gestattet sind, so stelle ich meinen **Saal** Vereinen und Gesellschaften **zu Festlichkeiten** zur Verfügung und bitte ich, mich **bei Ausflügen** gütigst **berücksichtigen** zu wollen.
4735L* Achtungsvoll **Paul Schmauser.**

Restaurant **Pferdebucht** b. Köpenick
(20 Minuten Waldweg. Von Berlin per Fuhrwerk über Kaulsdorf in 1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Laubwald gelegen, bietet es Vereinen und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze, 2 Kegelbahnen, Kaffeeküche, großer Tanzsaal und Hallen für ca. 1000 Personen.
Neu erbaute Stallungen für 60–80 Pferde.
Gute Speisen und Getränke. Civile Preise. [4674L*]
Regem Besuch sieht entgegen hochachtungsvoll **Wilhelm Brüsewitz.**

Wo? ist der schönste Aufenthalt für **Ausflüge** und **Landpartien?** Auf der Insel **Pichelswerder**
beim alten Freund.

Seiden-Hut-Fabrik
von **Carl Renz,**
3 Oranien-Strasse 3.
Strohhüte, Schirm- und Mützen-Lager. Reelle Bedienung.

Kufeke's Kindermehl.
Von AUTORITATEN empfohlen
BESTES im GEBRAUCH billigstes

In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin
von
Wilhelm Müller, Gericht-Straße Nr. 10, am Hochplatz,
kaufen Sie
komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen,
sowie einzelne **Möbel, Polsterwaren** und **Teppiche** zu nicht erhöhten Preisen auch auf **Teilzahlung.** [4633L*

Redacteur-Gesuch.

Zur Leitung des politischen Teils der „Münchener Post" wird ein wissenschaftlich gebildeter und journalistisch befähigter Redacteur per 1. Juli gesucht. Mit den bayrischen Verhältnissen betraute Bewerber werden bevorzugt. Offerten an **Hans Häuslmeier**, München, Bayerstr. 93/94. [*

Fruchtsäfte 1,00 M. u. 1,50 M.

Fruchtweine 65 Pf.

Schäumende Liebe

Feinste Tafelliqueure.

Med. Ungarweine.

ist ein erfrischendes und der Gesundheit förderliches Getränk.

→ **Champagner ähnlich.** ←

doch fast alkoholfrei.

Zu haben in unsren 4665Q*

160 Niederlagen

Preis 30 Pf. exkl. Flasche.

Hermann Meyer & Co.

Berlin O., Fruchtstr. 74.

Versand nach auswärts nicht unter 30 Flaschen gegen Nachnahme.

Selterwasser gr. Fl. **5** Pf. Limonade **10** Pf.

Rotweine von 55 Pf an

Weissweine von 45 Pf an

---

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [3788Q*

Knabenfilzhüte 1—3 M.
Herrenfilzhüte, weich 1,75—5,50 „
steif 2,00—5,50 „
Cylinderhüte 4,00—11,00 „
Chapeaux claques 8,00—10,00 „

im Einzelverkauf bei

Arnold & Eggert

Hut-Engros-Geschäft

Waldemarstr. 44. part.

Kein Laden.

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

MAGGI

stets vorrätig bei **Ernst Grosskreuz**, O., Köppenstrasse 13

Kauft!

Euren Bedarf an **Stiefeln** und **Schuhwaren**

nur bei

Carl Neustadt,

Weddinger Schuhwarenhaus, Chausseestr. 70,

da man dort reell, billig und gut kauft. [4676Q*

Als Malzkaffee

wird auch gebrannte Gerste und geröstetes Malz verkauft — damit darf aber Kathreiners Malzkaffee nicht im entferntesten verwechselt werden! Der „Kathreiner" ist nach patentiertem Verfahren mit Geruch und Geschmack des Bohnenkaffees versehen und besitzt dadurch höchst schätzenswerte Eigenschaften, die den andren sogenannten Malzkaffees nicht innewohnen. Man achte beim Einkauf genau auf die plombierten Pakete mit dem Bilde des Prälaten Kneipp.

NEU! **Trinkt vom Fass!** NEU!

Goldklares Weissbier

aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt"

Julius Borsdorf, Neue Königstrasse No. 31/32.

Es ist das beste Weißbier. — Verfälschung unmöglich!

Ausschank-Lokale: Schultze, Frankfurterstr. 5. **Maass,** Frankfurter Allee 109. **Pfautsch,** Thaerstraße 34. **Schöpp,** Neue Königstraße 36. **Schmidt,** Am Friedrichshain 31. **Köpnick,** Schillingstr. 30a. **Krüger,** Andreasstr 44. **Welkisch,** Alexanderstr. 24. **Ewald,** Schönleinstr 6. **Kunz,** Gröben-Ufer 1. **Schulz,** Lübbenerstr 16. **Breitkreutz,** Prinzenstr. 44. **Dietrich,** Jerusalemerstr. 11/12. **Giebeke,** Alte Jakobstr. 55. **Link,** Brangelstr 96. **Ulrich,** Zimmerstr 99. **Zernikow,** Georgenstr 24. **Kopprasch,** Neue Roßstr. 6. **Christ,** Bergmannstr. 9. **Meissner,** Weißenburgerstr. 34. **Jungblut,** Gerichtsstraße 31. **Machwitz,** Schulstr 19. **Fink,** Uferstr. 1. **Wien,** Jonasstr. 8. **Balzer,** Linkstraße 25. **Scheithauer,** Grunewaldstr. 106. **Zepp,** Nürnbergerstr. 32. **Schwartan,** Unter den Linden 78. 4635Q*

Vororte! Schöneberg: Assmann, Hauptstraße 101. **Liademann,** Ebertstraße 86. **Rixdorf: Alex,** Bergstr. 131. **Heichaus,** Hermannstr. 52. **Steglitz: Wiesinger,** Herderstraße 4. **Weisenfeld,** Schloßstr 92. **Weißensee: Frenz,** Königs-Chaussee 41. **Wilmersdorf: Hoffmann,** Nachodstr 41. **Strausberg: Thiel,** Bahnhof **Köpenick: Meyer,** Rosenstr. 101.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste Zutaten, saubere Arbeit, zwei Anproben. 4547Q*

!!! Ohne Konkurrenz !!!

!!! Tadelloser Sitz !!!

Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.

Verkaufe fast jeden Stoff billiger als Fabrikmuster-Kollektion.

Herren-Bekleidung

Brunnenstraße Nr. 66, part.

Schankgeschäft [*

billig zu verkaufen, Duth. Antonstr. 9

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik

Chapeaux claques,

weiche und steife Filzhüte zu billigsten Preisen bei

Max Radtke, Krautstrasse 50,

4482L* **an der Markthalle (kein Laden).**

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über

Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie, Richard Driessen, Hannover, Brüderstr. 4.

Elektrotechnik und Maschinenbau (6. Juni)

Zwei neue **Abendkurse der „Elektra".**

Prospekte und Lehrplan gratis. Anmeldungen schleunigst. **Prinzenstr. 55.**

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen, die Hose

(bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk) **4 Mk. 50**

Echt indigoblaues Jackett für Maschinisten, Monteure 2c. 1 M. 90
Echt indigoblaue Hose ditto . 1 M. 50
Prima Manchester Hose 8,—, 5,50, 3,50
Gefüttert Manchest.-Jackett 13,— 9,—
Aerzte-Kittel, gebleicht Nessel 2 M.
Maler-Kittel in Leinen-Art . 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (braun) . . 2 M. 40
Weiches Leder-Jackett, gefüttert, zweireihig . . . 7 M. 50
Weiche Leder-Hose, Prima Ware . . . . . 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 15te Preisliste 1960 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 4099Q*

Nachdruck verboten!

Trotz kolossaler Preissteigerung aller Artikel noch zu den **alten bekannten billigen Preisen:**

Hüte für Herren v. 2 M. an Feinere Qualität v. 3,40 Mk. an.

Seidenhüte 4,50 M. bis zu feinsten Qualitäten.

Strohhüte neuster Mode ausnahmsweise billig.

Kinder-Strohhüte (beliebte Marlow-Façon) von **40 Pfennig** an.

Schirme Regenschirme, Sonnenschirme v. 1,50 M. an

Krawatten Plastron-Façon (Neuheit) rein seiden **95 Pf.**

Wäsche, Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs in bester Qualität.

Handschuhe, farbige Glacés, Paar 1,50 M.!!

Gottmann,

Gr. Frankfurterstr. 130 u. 417.

Künstliche Zähne!

Vollständig schmerzlos, Plombieren und Zahnziehen. **Bequeme Teilzahlungen.** Umarbeitungen und Reparaturen von Gebissen in 3 bis 5 Stunden. 4625Q*

Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I.

Sprechstunde von 8-8 Uhr, auch Sonntags

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwartzkopfstraße 15. †131*

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 63 im Schankkokal.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †150

Steglitz. Schloßstraße 76, Ecke Flensburgerstraße: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten, prachtvoller Stand, 12,00, zweischläfrig 16,50. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †150*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Remontoiruhren. Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 21/9*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Damenbüsten billig Hüth, Weinbergsweg 13b. 9185

Bettstellen, reelle Matratzen, billigst! Muschelspiegel 14, Muschelkleiderspind 30, Sofa spottbillig! Dwinaykt, Grünerweg 51, nur im Keller! 987b

Nußbaummöbel. Stube, Küche, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 33A, vorn I links. †77*

Hutgeschäft, altes, Damen- und Herren-, krankheitshalber zu verkaufen Frankfurter Allee 163. †91*

Milchgeschäft mit Rolle verkauft Krüger, Müllerstr. 163a. 11786

Fahrrad verkauft Barbiergeschäft, Brunnenstraße 113. †140*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen; Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus-Damenräder, Zweisitzer, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial" Diefenbachstraße 33. [1802*

Fahrräder, erstklassig, zu Engrospreisen im Musterlager, Kommandantenstraße 46 I. Teilzahlung gestattet. Abonnenten dieses Blattes Rabatt. 11629

Gaskocher. Sparsystem, Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gasbratöfen 12,00, Gasplätteisen, Schneider-Bügelapparate billigst. Teilzahlung. Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. (Kein Laden.) 903b

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Restauration, gut gehend, lebhafte Gegend, für jeden annehmbaren Preis sofort Umstände halber verkäuflich. Günstige Gelegenheit für Anfänger, schönes Geschäft. Agenten verbeten. Weidenweg 38, Goldner Stern. 12196

Umständehalber gute Wirtschaft, Federbetten sofort verkäuflich Adalbertstraße 62, Hof I. [21/10

Restaurant, rentabel, voller Schank zu verkaufen. Selbstkäufer erhalten Auskunft. Huege, Ackerstraße 28.

Nähmaschinen, beste Ringschiff-Adler-Schnellnäher ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte. Landsberger, Landsbergerstr. 35. Kein Laden. [1290b

Singermaschine 18,00, Garantie. Koch, Moabit, Bandelstraße 16, Keller.

Gangbare Restauration zu verkaufen, passend für Parteigenossen, Höchststraße 14. †54*

Buchbinder-Werkzeug verkäuflich Dorotheenstraße 56 beim Portier.

Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Fahrräder, erstklassige Marken, zwei Jahre Garantie, billig. Teilzahlungen gestattet. Reparatur-Werkstatt. Tandems und Einsitzer werden verliehen. Gefahrene Räder, gut erhalten, billig. Carl Fischer, Beusselstraße 9. 1188*

Lebendes Fischfutter bei A. Zobel, Rixdorf, Ringbahnstraße 22, 1 Treppe.

Cigarrenfabrik von A. Tietz, Invalidenstraße 124 und Breitestraße 23. Hervorragende Cigarren-Nummern: Nr. 21 und 29 5 Pf., Nr. 23 und 27 6 Pf., Nr. 22 7 Pf., Nr. 31 7½ Pf. usw. †77*

Nähmaschinengeschäft von Fritze, Turmstraße 39, liefert jedes System ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Gebrauchte spottbillig. Postkarte erledige sofort. [*

Herrenrad, guterhalten, 40 Mark. Schönhauser Allee 177a, Hof parterre.

Vermischte Anzeigen.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. [146*

Fuhren jeder Art fährt billigst Otto Damel, Hedemannstr. 2, Kohlenhandlung. 9625

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer m. Pianino Glaue, Krausenstraße 18. [210b

Fahrrad-Reparaturen billig unter Garantie, Zimmer, Andreasstraße 70.

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 174K*

Gleineris Wedding-Kasino, Schulstraße 29. Saal, 400 Personen, zu Festlichkeiten für das Sommerhalbjahr 1900 Sonnabends noch zu vergeben. 2 Vereinszimmer mit Pianino 40—100 Personen, auch frei Vor- und Hintergarten und 2 verdeckte Kegelbahnen.

Vermietungen.

Zimmer.

Kleines möbliertes Zimmer gesucht. Preisofferten. Spedition d. Vorwärts, Salzwedelerstraße 8. †138

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren vermietet Tacke, Posenerstraße 18, vorn IV. links. 11845

Jung. Mann sind. ank. Schlafstelle. **Kamke.** Kl. Andreasstr. 12, vorn IV.

Ritterstraße 110, Hof I, Schlafstelle für Herrn, auch Kost. Budak.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27. *

Strebsamer Arbeiter sucht irgend eine lohnende Beschäftigung. Offerten unter D. 5 Expedition des „Vorwärts".

Stellenangebote.

Korbmacher gesucht, Munitionskörbe ohne Fächer, Lohn Mark 1,35. Krüger, Spandau, Wilhelmstraße.

Farbigmacher verlangt Schultze, Oranienstraße 185. 12215

Einen kräftigen Lausburschen, der in Berlin Bescheid weiß, verlangt Joers, Stalitzerstr. 28. [†114

Rahmen-Drechsler und Schwarzpolierer auf Rahmen werden verlangt Köpnickerstraße 109a. 12178

Tischler zum Fournieren von Eichenleisten verlangt Biehstädt, Stallschreiberstraße 18. 12106

Knopfkraiser auf Horn und Steinnuß verlangt Haldestraße 48. 12058

Steinmetzen, Vorsetzer und Schrifthauer gesucht Stahl & Herzog, Rixdorf, Hermannstraße 198. 1896*

Klavierspieler verlangt Sonntags Kühne, Restaurateur, Weißenseer, Rölleistraße 20. †83

Cartonnagen-Arbeiterinnen auf bessere Genres finden lohnende Beschäftigung bei Pauly & Pinner, Kommandantenstraße 18. 1204b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Redacteur gesucht.

Meldungen sind sofort an den Verlag der „Arbeiter-Zeitung" Halberstadt zu richten. 4745Q*

Gehaltsansprüche sind beizufügen.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe.

Zum 1. Juli d. J. ist die Stelle eines Bureaubeamten (Kassenschreiber) bei unsrer Kasse zu besetzen. Anfangsgehalt wöchentlich 27 Mark, dasselbe erhöht sich alle zwei Jahre um 78 M. jährlich oder 1,50 M. wöchentlich, bis zum Höchstgehalt von 1800 M. Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 30. d. M. an den Vorsitzenden **Bernh. Jost,** Blumenstr. 61, II zu richten. Nur Mitglieder der Kasse sind wählbar. (§ 57 des Statuts.)

372/1 **Der Vorstand.**

Von einer großen **Maschinenfabrik Süddeutschlands** werden tüchtige [20/15*

Monteure und Schlosser

für sofort gegen guten Lohn bei dauernder Beschäftigung gesucht. Angebote unter Chiffre N. F. 1133 an **Rudolf Mosse, Nürnberg.**

Achtung, Tischler!

Anläßlich der Maifeier sind die Tischler in der Bautischlerei von **Stiebitz & Köpchen, Charlottenburg,** entlassen worden. Die Werkstatt ist infolgedessen bis auf weiteres gesperrt. 68/1*

Die Ortsverwaltung Charlottenburg.

Achtung, Drechsler!

Bei der Firma **Voeltzkow, Ritterstraße 15,** haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 69/8

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.